



Sezession

Autorenporträt
Antoine de Saint-Exupéry

Götz Kubitschek
Klausur

Martin Kehlberg
Entzug

Caroline Sommerfeld
Überlegenheit

Ellen Kositza
Wir '89er

91

August 2019
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-
Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen
Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.)
und Erik Lehnert

17. Jahrgang, Heft 91,
August 2019

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.

Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.

Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr.

Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlängert es
sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten. Manuskripte sind
übrigens stets willkommen und sollten
als Kurzbeitrag 9000 und als Grundla-
genbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leer-
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 9043 99
Fax: (03 46 32) 9043 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

- 1 **Zynische Vernunft**
Götz Kubitschek

Bild und Text

- 2 **Rammstein**
Ellen Kositza

Thema »Sachsen«

- 4 **Autorenporträt**
Antoine de Saint-Exupéry
Benedikt Kaiser
- 10 **Die Klausur**
Götz Kubitschek
- 14 **Der Entzug**
Marcel Kehlberg
- 18 **Wir '89er: Ein Rückblick auf eine Zeit
voller Hoffnung und ohne Partei**
Ellen Kositza
- 22 **Carl Schmitt und die Identitätspolitik**
Seyed Alireza Mousavi
- 26 **Zauberlehrlinge und Winkeladvokaten**
Siegfried Gerlich
- 32 **Christentum, Islam und
Aufklärungsüberlegenheit**
Caroline Sommerfeld
- 38 **Menschheits(alp)traum**
Künstliche Intelligenz
Michael Wiesberg
- 44 **Polen 1939**
Stefan Scheil
- 48 **Sieben Thesen über den Konservatismus**
Gerd-Klaus Kaltenbrunner

Bücher

- 56 **Stauffenberg – Inflationäre
Vereinnahmung**
Erik Lehnert
- 58 **Lehrmeister des Mosaiks – zwei
neue Bausteine**
Benedikt Kaiser
- 60 **Rezensionen**

Zynische Vernunft

von Götz Kubitschek

Am 28. Dezember 2018 hat der Kulturphilosoph Peter Sloterdijk in der *Neuen Zürcher Zeitung* einen ausführlichen Text über das »zynische Bewußtsein zu Beginn des 21. Jahrhunderts« veröffentlicht. Er griff darin Überlegungen aus jenem Wurf auf, der ihm 1983, also noch vor der friedlichen Revolution, mit seiner *Kritik der zynischen Vernunft* gelungen war.

Wir können Sloterdijks jüngsten Text als Fortschreibung des diskriminierenden Feindbegriffs in der Gesellschaft lesen und zur Deutung unserer Lage und für die Interpretation der politischen Theologie des Gegners heranziehen. Sloterdijk verfährt in der für ihn typischen Art, wenn er gesellschaftsphilosophische Grundbestandteile des BRD-Gemüts im Vorbeigehen abräumt – vorbereitend, weil er Platz braucht. Diesmal wird der »herrschaftsfreie Diskurs« zur Abholung an die Straße gestellt, denn es handelt sich bei ihm um eine rein theoretische (also durch keine Erfahrung gedeckte) Angelegenheit, wirkmächtig zwar, aber vor allem siedend und vernebelnd, und damit das gefundene Fressen für den Entrümpler Sloterdijk, der über ihn sagt: »Es gibt ihn nicht, jedoch gibt es die Enttäuschung darüber, daß es ihn nicht gibt.« Zack, erledigt, damit ist die Fläche bereinigt, und nun wird neu möbliert.

Sloterdijk unterscheidet in seinem Text drei Gestalten des »irrenden Bewußtseins« – nämlich den unfreiwilligen Irrtum, der sich aufklären ließe, dann die bewußte Täuschung, die vom Getäuschten unfreiwillig erlitten werden muß, und drittens ein Stadium, in dem »das Getäuschtwerden von Freiwilligkeit« getragen wird: im Kino oder im Theater erlaubte Voraussetzung, im politischen Bereich dort auffindbar, wo die Suggestion die Nüchternheit ablöst und die Ideologie die Bandbreite des Möglichen und des Denkbaren zum Glauben, zu einer religiösen Haltung hin verengt und verdichtet. Dieser »halb bewußte, halb unbewußte Pakt zwischen den Lügner und den Belogenen« setzt sich unter »politisch-ethischen Vorzeichen« überall dort durch, wo – Sloterdijk – »ein Wille zum Glauben auf Propaganda trifft, sprich auf elaborierte und nachhaltige Überredungssysteme vom Typus Missionspredigt, Konfessionsliteratur, Sektenpresse und Parteiindoktrinierung.«

Hier sind wir am entscheidenden Punkt: Die Notwendigkeit der politisch (und das heißt: der propagandistisch) Mächtigen, ein Bekenntnis zur Wahrheit abzulegen, ist in unserer Lage bereits eine Notwendigkeit von vorgestern. Wir beschreiben doch längst »Enthemmungsphänomene«: unverhohlene Aufrufe zur Denunziation, Kriminalisierung, Verleumdung, Verfolgung und Ausgrenzung – natürlich nicht mit den geradezu plumpen Mitteln einer offensichtlichen Diktatur, sondern mit denen der »Totalitären Demokratie« im Internetzeitalter, also bemäntelt, subtil, diskriminierend.

Das ist der Punkt, und wir sollten als gute Beobachter die Selbstdemaskierung des Gegners, die »Lockerung des Maskenzwangs« (Sloterdijk) genau registrieren: »Wenn die Oberen die Maske fallen lassen, verhehlen sie ihre Gleichgültigkeit gegen die ihnen offiziell zugewiesene Sorge um das Gemeinwohl nicht länger.« Bemäntelungsraffinesse steht neben schwindender Bemäntelungsmühe.

Das ist das Einfallstor: Jede Bemäntelung läßt einen Schlitz frei, jede Heuchelei wirkt irgendwann wie eine solche, und mit zunehmender Macht und Machtausübungsleichtigkeit prägt sich im Gebaren und in den Gesichtern der Gewinner der zynische Zug aus. Sloterdijk: »In ihrem Zynismus lassen die Herrschenden sich anmerken, daß sie es leid sind, die Mühe der Heuchelei auf sich zu nehmen. Sie glänzen mit der Ironie der Gut-Davongekommenen. Für sie sind Größen wie Ehre, Anstand, Wahrheitsliebe, Takt und Einfühlung bloße Spielfiguren im großen Welttheater. Sie genießen die Überzeugung, sie dürften jederzeit das Recht auf Ausnahme für sich beanspruchen.«

Aus Sloterdijks Gedanken über die Lüge und den Zynismus in der Politik unserer Tage wird überraschend deutlich, was wir unter jenem Riß verstehen, von dem wir meinen, daß er noch breiter werden müsse: Es gibt keinen Belegzwang mehr auf Seiten der Macht, es reicht die Behauptung, und sei sie noch so absurd, und bereits zu dem selbstverständlichen Vorgang, diesen Machtzynismus als solchen zu benennen, gehört Mut. Es gibt kaum noch Vermittlung.

Das aber ist nun seit jeher das Kennzeichen dafür, daß das Tischtuch zerrissen ist. ■



Der mit dem Feuer spielt

von Ellen Kositzka

Ich war Anfang zwanzig und mitten im Studium, als der Hype um Rammstein begann. Meine jüngere Schwester war damals im Teenie-Alter. Ich hatte große Freude, an ihr rumzuerziehen: »Sitz gerade! Mach mal was Anständiges in deiner Freizeit! Das Leben *ist* nicht nur Party!«

Sie hörte damals Musik der »Neuen deutschen Härte« und hing mit Leuten ab, die sich als *Straight edge* bezeichneten – also muskulöse Typen, die mindestens vegetarisch lebten und keinen Alkohol konsumierten. Mir war gleich klar, daß das unauthentisch war. Die Muskeln rührten ja nicht von schwerer Arbeit her, sondern kamen aus der Dose und dem »Gym«, und das Asketentum war ein *Fake*. Diese Typen waren in Wahrheit domestizierte Heulsusen.

Mit fünfzehn besuchte meine Schwester ihr erstes Rammstein-Konzert, da traten sie als Vorband der Ramones auf. Sie war enthusiastisch und spielte mir Lieder vor. Ich hingegen wußte, daß »RAMMSTEIN« dieser Schriftzug war, den Hauptschüler auf ihrer Heckscheibe spazierenfuhren. Ich senkte den Daumen und schüttelte mitleidig den Kopf.

Etwas später, um 1997, hatte ich einen erbärmlich schwachen Nachhilfeschüler. Auf dessen Rechner fand sich folgender Bildschirmschoner; ein lodender Schriftzug »WOLLT IHR DAS BETT IN FLAMMEN SEHEN?« Ein Rammstein-Titel. Der Knabe war dreizehn – alles klar. Musik für präpotente Gernegroße! Martialisches Gegröle, möchte-gern-gedankenschwer und schicksalsbeladen. Mitgenommen hatte ich, daß diese Truppe mit Fascho-Charme liebäugelte, um sich zugleich davon zu distanzieren. Wie billig! Unsereins kannte und schätzte recht ähnliche Musik, die sich »Industrial« oder EBM (Electronic Body Music) nannte, die aber ohne Schwulst, ohne Pyrotechnik und weitaus arkaner auftrat. Eine der populäreren Nummern war Laibach, die slowenische Rätseltruppe, die ungleich subtiler mit rammsteinähnlichen Versatzstücken spielte. Unsereins besuchte Laibach-Konzerte: War es nicht herrlich und tiefgründig, wie diese Männer in dunklen Mänteln, unangreifbar zwischen Pathos und Ironie, mit der deutschen, mit der Weltgeschichte hantierten? Laibach, so schien mir, war für Studenten, Rammstein hingegen eher für Schulabbrecher mit Provokationsbedarf. Schon

die Musik: marschähnlicher Technosound, Gitarrenriffs, schlagzeuglastig, Wahnsinnsbühnenshow, überall Feuer, Lichter und Explosionen. Rammstein hatten 2016 sowohl in Barcelona als auch in Tallinn ganze Stadtteile von der Stromversorgung abgeschnitten, weil die Show dermaßen ... klimaunfreundlich war. Die Texte? Einmal in die große Kiste aus dem andeutungsvollen Schattenreich gegriffen, daneben dann einige kontradiktorische Einsprengsel und eine markige Teutonenstimme mit rollendem r. Hilfe!

Till Lindemann, die Hauptfigur, wir sehen ihn hier im Bild, Jahrgang 1963, erschien mir als ausgebuffte Businessfigur. Wenn ich gelegentlich in Ärztezimmern Illustrierte lesen mußte, erfuhr ich von seinem Liebesleben und davon, daß er Gedichte schreibt. Ich las einige davon. Sie waren effekthascherisch, aber ganz in Ordnung. Schwarze Romantik.

Lindemann, gebürtiger Leipziger (die Band besteht ausschließlich aus ostdeutschen Männern), olympische Schwimm-Hoffnung zu DDR-Zeiten, gelernter Bautischler, daneben Korbmacher, Zimmermann, Pyrotechniker und über Jahre alleinerziehender Vater, ruft in seinen Versen, seinen Liedtexten und in seiner Bühnenshow Bilder einer kollektiven Zerrissenheit auf. Klar, daß das heute, im Globalzeitalter, ankommt, gerade bei den sub-elitären Schichten.

Zuletzt ging es heiß her um Rammstein: Das im Frühjahr 2019 veröffentlichte Video »Deutschland« wurde bis ins Feuilleton diskutiert. An »Schnellroda« stellten Journalisten brennende Fragen. »Ist das *Ihre* Ästhetik? Halten Sie Rammstein für eine Gruppe Ihres Milieus? Wie gefällt Ihnen das Video? Warum singt Lindemann: *Deutschland – meine Liebe kann ich dir nicht geben?*« Wie lächerlich! Diese poppigen Niederungen – und wir?!

Nun, im Juli 2019, schwärmte meine Schwester in höchsten Tönen vom Rammsteinkonzert in Frankfurt. Sie war froh, ein Ticket ergattert zu haben. Und auch für das Tourneejahr 2020 waren sämtliche Konzertkarten (rund 500000) binnen weniger Stunden ausverkauft. Die Schwester: Man könne sich das nicht vorstellen! Ein reiner Rausch! »Wetten, Ellen: Du guckst Dir mal ein paar Videos an. Du wirst schon sehen, was ich meine.«



Quelle: YouTube, © Rammstein Official

Was soll ich sagen – sie hatte recht. Ich pflege YouTube-Abstinenz. Nur wegen der Wette habe ich mir zwei Rammstein-Videos angeschaut. Dann noch zwei. Und noch zwei. Weil’s so schön war, noch ... Meine Schwester hat gewonnen. Die »Germania« in jenem berühmten *Deutschland*-Video ist eine Frau of colour. Die Rammsteinleute weiden ihren Körper aus – zugleich tritt diese schwarze Imperatorin als Domina auf. Letztlich als eine schwarze, weibliche, behinderte (Rollstuhl!) Dominatrix. Liebe Güte, wer kann so was in Szene setzen, ohne sich peinlich zu machen? Rammstein. Die Rammsteins selbst tragen in diesem Video gelegentlich Häftlingskleidung, Strick um den Hals: Wir sind die Verfolgten! Till Lindemann trägt, wie so oft, ein charakteristisches Oberlippenbärtchen und Seitenscheitel. Nicht zu vergessen, der »Nasenring« (Armin Mohler)!

Oder das Video zu *Ohne Dich*. Oder, von der Prüf stelle auf den Index genommen, das riefenstahllastige Video zu *Stripped*. Sind die nun rechts? Seit über zwanzig Jahren wird im Feuilleton darüber gestritten. Bandmitglieder verneinen, sie seien vielmehr klar links. Nur: Sie traten (anders als die ebenfalls übel beleumundeten Kollegen von Freiwild) auf keinem einzigen Gegen-Rechts-Festivals auf. Kommentare zu ihren auf YouTube präsentierten Videos sind deaktiviert; eine schöne Arroganz. Es gibt ein Lied, das als klares Bekenntnis zur guten Gesinnung gewertet wird: *Links*, 2,3,4:

*»Sie wollen mein Herz am rechten Fleck
Doch sehe ich dann nach unten weg*

*Da schlägt es links
Links«*

Doch, ohweh, am Liedende schlägt die Dialektik weithin unbeachtet zurück:

*»Sie wollen mein Herz am rechten Fleck
Doch sehe ich dann nach unten weg
Da schlägt es in der linken Brust
Der Neider ...«*

In der FAZ vom 15. Juli 2019 hat der Schriftsteller Andreas Maier genial und gültig die Rammstein-Performance beschrieben: »Bei Helene Fischer gibt es Sex und Liebe, Sauberkeit und Sport, hier dagegen Deutschlands tiefstes Wesen und Deutschlands tiefste Bilder. Nur eben als Pop und Show. Uneigentlich. Als uneigentlich haben viele auch immer die Politik Merkels gesehen. Dennoch hat sich das Land kollektiv für eine ganze Epoche unter ihren schützenden Muttermantel begeben. Die Jungs aus dem Osten bieten uns etwas sehr Ähnliches an. Jetzt lassen sie ihr Fan-Volk sogar Deutschland schreien. (...). Nicht zuletzt darin sind Merkel und Rammstein einander verwandt: Beide arbeiten sich pädagogisch an diesem Land ab. Beide erklären nicht, warum sie tun, was sie tun. Gut so, nur so kann es funktionieren. Das haben beide begriffen.«

Ja. So ist es. Dann bin ich jetzt halt Rammstein-Fan. Das T-Shirt mit dem Aufdruck »Manche führen« (Vorderseite), »Manche folgen« (Rückseite) ist im Rammsteinshop derzeit nur in Übergrößen erhältlich. Wieder so ein Quatsch. ■



Autorenporträt

Antoine de Saint-Exupéry

von Benedikt Kaiser

Der französische Autor und Pionier des Luftverkehrs Antoine de Saint-Exupéry (1900–1945) war, anders als etwa die mit ihm bekannten Schriftstellerkollegen Louis Aragon (1897–1982) und Pierre Drieu la Rochelle (1893–1945), dem Kriegseinsatz in der *Grande Guerre* 1914/18 knapp entgangen. Seine spätere Abenteuerlust und die Suche nach Bewährungsproben in extremen Situationen mögen unter anderem aus diesem von ihm so empfundenen Versäumnis rühren. Die Entstehung der Luftfahrt, der Korpsgeist der Pioniere auf diesem Gebiet, die starke Persönlichkeit in einer starken Gemeinschaft – das wurden anstelle der Drieu et al. beeindruckenden Schützengrabenerlebnisse jene Eckpfeiler, die das Werk von Saint-Exupéry konstituierten.

Gewiß: Die heute Lebenden kennen »Saint-Ex« vornehmlich aufgrund seines Bestsellers *Der kleine Prinz* (1943), ein Kinderbuch auch für Erwachsene, für Träumer jeden Alters, das der seit Jugendtagen zeichnerisch begabte Autor selbst illustrierte. Diese Erzählung über ein außerirdisches Wesen, das durch stetes Fragen und Suchen den wahren Dingen auf den Grund gehen möchte, ist in über 180 Sprachen und Idiome übersetzt worden – weltweit wurden bis heute rund 140 Millionen Exemplare gedruckt.

Weniger bekannt ist, zumindest im deutschen Sprachraum, neben der frühen Luftfahrtpublizistik die politische und philosophische Essenz des Gesamtwerkes. Exupéry's Gedanken kreisen um Gott, die Liebe (zu Gott und den Menschen) und das Prinzip der Treue (zu seiner Einheit, im Glauben). Stil und Inhalte können als eine Art Mischung aus Ernst Jünger (mit ihm teilt er die in den 1920er Jahren virulente Kritik der »bourgeois« Gesellschaft), Henry de Montherlant (mit ihm verbinden ihn aristokratische Tugendauffassungen) und Georges Bernanos (mit ihm assoziiert man nicht zuletzt das Problematisieren des Verhältnisses Persönlichkeit/Gemeinschaft) begriffen werden: das typische Saint-Ex-Band, das diese Topoi verbindet, ist das Fliegen.

Antoine Jean-Baptiste Marie Roger de Saint-Exupéry, 1900 in Lyon als Sproß einer bis ins Kreuzzugszeitalter nachweisbaren Familie zur Welt gekommen, saß als Zwölfjähriger das erste Mal in einem Flugzeug, was ihn nach eigenem Bekunden in Ekstase versetzte. Zu jung für den Einsatz im Ersten Weltkrieg, schloß der auf Schlössern aufgewachsene Jugendliche 1917 die Schule ab und immatrikulierte sich im Fachbereich Architektur, da er an der Marineschule abgelehnt worden war. Es waren dies die Leidenszeiten des jungen Technik- und Wissenschaftsbegeisterten, der von Anstellung zu Anstellung wechselte, ohne seiner Passion näherkommen zu können. Erst 1926 wurde er in einem Flugunternehmen tätig, ein Jahr später wurde er Postflieger zwischen Frankreich und den Kolonien im Norden Afrikas, 1929 nahm er eine leitende Stelle im französisch orchestrierten südamerikanischen Luftverkehr ein. Neben diesen Tätigkeiten als flie-

»Für die Piloten jener Pionierjahre bedeutete das harte Arbeitsbedingungen: Kälte im offenen Cockpit, stundenlang Regen im Gesicht, Gliederstarre, Durst und Hunger, Lärm und Rütteln. Manche Geräte mussten wegen der starken Vibration an einem Band um den Hals getragen werden und zur Orientierung gab es nur Karten und Kompass.«

Joseph Hanimann: *Antoine de Saint-Exupéry. Der melancholische Weltenbummler: Eine Biografie*, Zürich 2013, S. 64.

♦ *Antoine de Saint-Exupéry*

gender Kurier unternahm Saint-Exupéry diverse Rekordversuche. Seine Abenteuerlust und die Suche nach dem Neuen führten zweimal infolge eines Absturzes dazu, daß er lebensbedrohlich verletzt wurde. Einmal – in der libyschen Wüste – überlebte er dank Nomaden, die seinen Kameraden und ihn fanden und, was nicht immer selbstverständlich war, verschonten, ja ihnen sogar zur direkten Rückkehr in die von Saint-Ex geliebte »Zivilisation« des französischen Kolonialstützpunktes verhalfen. Das andere Mal, beim Flug von der US-amerikanischen Ostküste an die südamerikanischen Ausläufer Feuerlands im Jahre 1938, blieben nachhaltige gesundheitliche Schäden zurück, die ihn bis ans Lebensende marterten.



Diese Erfahrungen sog der Tat-Mensch Exupéry, der vom epochentypischen nietzscheanischen Vitalismus geprägt war, auf; sie verhalfen ihm zu seiner literarischen Geburt. Er verarbeitete sie, neben verschiedenen Zeitschriftenbeiträgen, im *Südkurier* (1928), dem *Nachtflug* (1931) sowie in *Wind, Sand und Sterne* (1939). Im letztgenannten Werk, der Originaltitel war *Terre des hommes* (Die Erde der Menschen), positioniert sich der Autor kurz nach seinem Feuerland-Abenteuer mittelbar gegenüber dem Vorwurf der Todessehnsucht. »Mensch sein«, definiert sein Alter ego, bedeutet »Verantwortung fühlen«. Weiter führt der Protagonist aus: »Ich pfeife auf Todesverachtung. Sie ist nur ein Zeichen geistiger Armut oder jugendlicher Unreife, wenn« – und das ist entscheidend – »sie nicht in einer übernommenen Verantwortung wurzelt.«

Verantwortung übernehmen in der Stunde des allgemeinen Zerfalls der französischen Armee 1940: Das hieß für Saint-Exupéry, das scheinbar »nutzlose Dienen« (Henry de Montherlant) vorzuleben. In dieser Haltung des verlorenen Postens kann man einen Stil erkennen, und Saint-Exupéry zeigte sich durchaus überzeugt, daß Stil und Haltung, Stil und Persönlichkeit zusammengehören. »Denn der Stil ist die Seele. Und man erschafft nur insoweit diese Seele, als man sich einen Stil schmiedet. Sich bewußt

werden heißt, einen Stil erwerben. Im Stil steckt die Bemühung, und sie ist Handlung«, heißt es in den *Carnets*, den Notizheften des Autors.

Der handelnde, tätige Mensch ist eines der Leitmotive Saint-Exupérys, und der Drang nach Handlung hieß bei ihm ganz konkret: Sehnsucht nach dem Fliegen. Endlich – und gesundheitlichen wie weltanschaulichen Widrigkeiten zum Trotz, denn man hielt ihn im Kreise der Gaullisten für einen verkappten Pétain-Anhänger – in der Luftwaffe des »freien Frankreichs«, erhielt Saint-Ex nach einem Aufklärungsflug über Arras das Kriegsverdienstkreuz mit Palme. Er faßte diese Leistung literarisch 1942 in der – von den nationalsozialistischen Besatzern verbotenen – Erzählung *Flug nach Arras* zusammen. In ihr beschrieb er nicht nur das Leben mit den Kameraden und das stoische Dienen trotz der möglichen Niederlage, sondern durchdachte auch die Option der *Résistance* gegen die Feinde Frankreichs: »Der erste Akt des Widerstandes, kommt er zu spät, ist immer verlustreich. Aber er ruft den Widerstand wach. Vielleicht geht aus ihm wie aus einem Samenkorn ein Baum hervor.« Saint-Ex zeigte sich überzeugt, daß »die Niederlage sich als der einzige Weg zur Erneuerung erweisen [kann], trotz ihrer Häßlichkeiten«.

Anders als für viele konservative, rechte oder faschistische Schriftsteller seiner Zeit war die Kollaboration mit den deutschen Besatzungskräften nach der Niederlage 1940/41 jedoch im Sinne Saint-Exupérys keine adäquate Lösung; sie würde die ewige Treue zur Heimat negieren. Für Saint-Exupéry, bei Drucklegung des Manuskripts *Flug nach Arras* bereits im US-amerikanischen Exil, in dem er zwischen verschiedenen auslandsfranzösischen ideologischen Fraktionen ein Außenseiter blieb, spaltete die Niederlage das intakte Hexagone, sie »zerlegt, was ganz war«. Für das Gros der verständigungsorientierten Rechten war Frankreich hingegen bereits durch die Epoche der Dritten Republik (1871–1940) fragmentiert und in feindliche weltanschauliche Blöcke geteilt. Frankreich habe verloren *aufgrund* seiner notorischen inneren Zerrissenheit, die es überhaupt erst für Dekadenzerscheinungen einer liberalen Demokratie anfällig gemacht habe, so der Grundkonsens der (durchaus heterogenen) Kollaborationsrechten. Eine solche Überlegung ließ der theoriescheue Saint-Exupéry nicht gelten. Die Treue zum Vaterland verbot ihm eine entsprechende politiktheoretische Reflexion, obschon er Charles de Gaulle ebenso instinktiv ablehnte (als Egomane) wie er Marschall Pétain (als Vaterfigur der Nation) nahezu verehrte. Gleichwohl verblieb Saint-Exupéry im Lager de Gaulles; man fühlt sich unweigerlich an das englische »Right or wrong – my country!« *à la française* erinnert.

Dabei war Saint-Exupéry freilich kein Republikaner; das Prinzip der Gleichheit – elementarer Bestandteil der französisch-republikanischen Trias »Liberté, Egalité, Fraternité« – irritierte ihn. In der Moderne sei ständig eine solche Gleichheit aller Menschen gepredigt worden. Weil aber der Einzelne, der Mensch, die Persönlichkeit vergessen wurde, erschien der Begriff unscharf und überholt: »Wie soll man die Gleichheit auf der Ebene der Individuen, zwischen dem Weisen und dem Rohling, dem Dummkopf und dem Genie, definieren? Wenn wir sie festlegen und verwirklichen wollen, verlangt die Gleichheit auf der Ebene der Stoffe, daß diese alle denselben Platz einnehmen und dieselbe Rolle spielen. Das ist absurd«, hieß es im *Flug nach Arras* anklagend. Gleichheit existiere nur in konkreten Einheiten, nicht als Abstraktum.

In seinem Fragment gebliebenen, 1948 posthum veröffentlichten Werk *Citadelle*, das sowohl »konservative Utopie« (Joseph Hanimann) als auch »Traum-Parlando« (Léon Werth) titulierte, wurde, und das in der deutschen Übersetzung unter dem Titel *Die Stadt in der Wüste* firmiert, ergänzte er diese Kritik: »Ich wurde gewahr, daß er [der Mensch] ebenso wertlos ist, wenn er in der Masse aufgeht, wenn er sich von ihr beherrschen läßt und sich ihren Gesetzen unterwirft.« Die ersten niedergeschriebenen Seiten las er Ende der 1930er Jahre ausgerechnet seinem damaligen Freund, Gallimard-Kollegen und späteren *collabo* Pierre Drieu la Rochelle vor, der zwar ebenfalls eine gefühlsmäßige Ablehnung der »Masse« hegte, aber im Zeitalter der Massen ihre faschistische Formierung erwartungsfroh begrüßte.

Saint-Ex lehnte die Vorstellung einer autoritären Erziehungsdiktatur ab; die Unterdrückung der Persönlichkeit würde in dieser wuchern, das Selbstbewußtsein des Einzelnen nähme in verschiedener Hinsicht irreparablen Schaden. Die Konsequenz aus dieser Haltung läßt sich auch für

»Nun aber enthält die Mar-seillaise vor allem den Haß des Pöbels auf alle Führergestalten.«

Antoine de Saint-Exupéry: *Carnets*, in: ders.: *Schriften*, Bd. 3, S. 239–357, hier 243.

»Solange ich nichts Besseres habe, halte ich mich an den Rahmen, der mir überliefert ist ... Und das heißt, im guten Sinne, konservativ sein.«

Antoine de Saint-Exupéry: *Carnets*, in: ders.: *Schriften*, Bd. 3, S. 239–357, hier 248. [kursiv im Original]

»Wenn es kein einendes Band für sie gibt, sind die Menschen nebeneinander gestellt und nicht miteinander verbunden. Man kann nicht Bruder schlechtweg sein. Meine Kameraden und ich sind Brüder in der Gruppe 2/33. Die Franzosen in Frankreich.«

Antoine de Saint-Exupéry: *Flug nach Arras*, in: ders.: *Schriften*, Bd. 1, S. 341–487, hier 474.

das Zwischenmenschliche unschwer erkennen: »Verachte deshalb die Urteile der Masse! Denn sie führen dich auf dich selbst zurück und hindern dich am Wachsen.« Die beißende Kritik der abstrakt-universalen Gleichheit und der »Vermassung« ändert nichts daran, daß Saint-Exupéry von Liebe beseelt war (und damit zu freizügig umging; seine zahllosen Liebschaften sprechen Bände). Zuallererst galt diese Liebe aber Gott. Die fortschreitende Säkularisierung wurde von ihm beanstandet – eine religiöse *Renovatio* wäre erforderlich, die Religion müßte »die Menschen ergreifen, sie kann sie sich nicht unterwerfen«. Dafür müsse sich der Mensch jedoch einiger Dinge gewahr werden: »Jedes Herzklopfen, jedes Leid, jedes Verlangen, jede Schwermut am Abend, jede Mahlzeit, jede Mühe bei der Arbeit, jedes Lächeln, jede Müdigkeit im Laufe des Tages, jedes Erwachen, jedes Wohlbehagen beim Einschlafen – sie alle erhalten ihren Sinn durch den Gott, der durch sie hindurch zu lesen ist.« Saint-Exupérys kritisches Bild vom Menschen seiner Zeit bedeutete nicht, daß er den Menschen für unwiderruflich gefühlstot hielt; noch sei der Mensch zur Liebe fähig. Denn schon »das Verlangen nach Liebe ist Liebe«, und eben hier sah er Hoffnung keimen, daß der einzelne Mensch als liebendes Wesen – durch die Nächstenliebe, die Gottesliebe – weiterhin existiere und die Grundlage für erneuertes, achtungsvolles Zusammenleben schaffe. Franz Werfels Diktum »Ohne Divinität keine Humanität« könnte als ein Axiom derartiger Reflexionen des Fliegerschriftstellers begriffen werden; Saint-Exupérys Biograph Joseph Hanimann präferierte derweil die Bezeichnung »konkreter Humanismus auf Augenhöhe«.

Weshalb positionierte sich der gottgläubige, katholische, konservative und dezidiert nationale Schriftsteller 1940ff. im Lager der Alliierten, neben den Mächten des totalen Individualismus, den USA, und des totalitären Kollektivismus, der UdSSR? Wieso ging er nicht den Weg seines zeitweisen *bel ami* Drieu? Es war nicht die Sympathie zum »Westen«, dessen kapitalistische Produktionsweise und merkantile Geisteshaltung er gleichermaßen als Schaden für den Menschen begriff, und ebensowenig zum »Osten«, bei dem er ideologisch keinerlei Übereinstimmungen erkennen konnte. Vielmehr trugen zwei andere Faktoren dazu bei. Zum einen war Saint-Exupéry nicht Willens, die Zusammenarbeit mit Besatzern zu unterstützen. »Wagnis« und die »Treue bis zum Tod« gegenüber dem Eid und seinem Lande bezeichnete er als »Pflichterfüllungen«, die dazu beitragen, »das Edle im Menschen hervorzubringen«. Zum anderen entwickelte Saint-Ex, der auch jedwede Erscheinungsform des Antisemitismus beharrlich ablehnte und sich daher mit keinem Flügel der französischen Rechten akklimatisieren konnte, nie die – jedenfalls heute naiv anmutende – Sympathie für Hitlers Deutschland, wie sie beispielsweise für Exupérys Kritiker und Bekannten Robert Brasillach oder, noch in erhöhter Intensität, für Alphonse de Châteaubriant mindestens bis 1942 kennzeichnend war. Für Saint-Exupéry – wie ja durchaus auch für die *collabos* – war klar, daß es keine Nischen im Weltbürgerkrieg geben würde. Er stellte fest, daß es nun noch zwei Möglichkeiten für einen französischen Patrioten gäbe; »entweder ist man bereit, Hitlers Sklave zu sein oder man lehnt ihn in Bausch und Bogen ab«, *tertium non datur*. Er entschied sich für die Ablehnung, und zwar vor allem deshalb, weil er bei den Nationalsozialisten keinerlei Ehrfurcht vor dem von Gott geschaffenen Menschen finden konnte. Das Gedankengebäude Hitlers war für ihn eine Ideologie der Gleichschaltung, in der ein »Roboter eines Termitenhaufens« die Stelle der menschlichen Persönlichkeit einnahm.

Im Umkehrschluß hieß das nicht, daß sich Saint-Exupéry im Lager der heterogen zusammengesetzten *Résistance* und ihrer Helfershelfer großer Beliebtheit erfreuen konnte. Die zeitgenössischen Kommunisten rieben sich bestimmungsgemäß an seinem ostentativen Antimarxismus, und für Anhänger der parlamentarischen Demokratie wurde der berühmt gewordene »Brief an die Franzosen« keineswegs als eine Werberede für ebendiese Regierungsform wahrgenommen. Saint-Ex sprach in dieser eigentlichen Anti-Kollaborations-Intervention in »preußischer« Diktion vom Dienen als oberstem Prinzip, von der Überwindung von jedwedem »Parteigeist«, er rief, auch und insbesondere angesichts der überhaupt möglich gewordenen Besatzung, die Franzosen zum Haß gegen »Parteien, die Klüngel und die Spaltungen« auf. Dies war keine Brandrede für die Parteidemokratie; hier verschaffte sich die zaghafte Hoffnung auf ein geeintes

und starkes Frankreich Freiraum, ohne aber jenen mit Haß zu begegnen, die sich – im unerschütterlichen Glauben, durch ihr Engagement etwas Positives für das Land leisten zu können – für die Option Zusammenarbeit mit den Deutschen entschieden hatten. Saint-Exupéry wußte nur zu gut um die tödliche Sprengkraft interner Auseinandersetzungen – und als feinfühlig, ewig zweifelnder und ausgleichender Mensch verzweifelte er an ihnen. Drohende Säuberungsaktionen gegen den möglichen Bürgerkriegsverlierer waren für ihn das ultimativ Böse; er verlangte einen Akt des Vergessens für den folgenden Nachkrieg. Daß ihn die zahllosen Greuel der *épuration* (Säuberung) ab Ende 1944 entrüstet hätten, ist daher anzunehmen.

Doch schon als journalistischer Beobachter im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) zeichnete er in seinem Artikel »Blutendes Spanien« auf: »Im Bürgerkrieg ist die Grenze unsichtbar und geht durch das Herz der Menschen hindurch ...« Jürgen Hatzenbichler, für den Saint-Exupéry ein »Konservativer Revolutionär« zwischen allen Fronten gewesen ist, stellt daher mit Recht fest, daß weder die Sieger noch die Verlierer des Zweiten Weltkrieges ansatzweise für das kämpften, wofür Saint-Exupéry eintrat. Dies hinderte ihn nicht daran, trotz fortwährender gesundheitlicher Unzulänglichkeiten weiter seinen Kriegsdienst zu leisten.

Er startete am 31. Juli 1944 zu seinem letzten Aufklärungsflug im Großraum Grenoble, von dem er nie zurückkehrte. Ob seine P 38-Lightning-Maschine von der deutschen Flak abgeschossen, ob er einen Unfall hatte oder ob er den Freitod vorzog, ist bis heute nicht gänzlich geklärt. Offiziell wird ein deutscher Abschluß vermutet, aber Saint-Exupérys letzter Brief vom Tage des Fluges, in dem Abschied anklingt, nährten zumindest vage Spekulationen über ein freiwilliges Ausscheiden aus dem Leben: »Sollte ich abgeschossen werden, werde ich rein gar nichts bedauern. Vor dem künftigen Termitenhaufen graust mir. Und ich hasse ihre Roboter-tugend.« Klar ist nicht nur aufgrund dieser Zeilen, daß die der Vereinheitlichung entgegenstrebende Welt nach dem Krieg, so wie sie sich für Saint-Exupéry abzeichnete, nicht seinen Vorstellungen entsprechen würde. Von der Nachkriegsordnung erwartete er nichts, in keinem der möglichen Kriegsergebnisse. Es empfiehlt sich daher, die letzten politischen Empfindungen Saint-Exupérys, niedergelegt in einem »Brief an einen General«, ausführlich zu zitieren:

»Wir sind erstaunlich gründlich kastriert. So sind wir schließlich nun frei. Man hat uns Arme und Beine abgeschnitten, dann ließ man uns frei herumlaufen. Doch ich hasse diese Epoche, in der der Mensch unter dem allgemeinen totalitären Druck zu sanftem, höflichem und ruhigem Vieh wird. [...] Was ich am Marxismus hasse, das ist das Totalitäre, zu dem er führt. [...] Was ich am Nazismus hasse, das ist das Totalitäre, das er wesensmäßig anstrebt. [...] Doch was wird aus den Vereinigten Staaten und aus uns, ja auch aus uns, in dieser Epoche eines allgemeinen Funktionär-tums? Der Epoche des Robotermenschen, des Termitenmenschen, des Menschen, der hin- und herpendelt zwischen Fließbandarbeit [...] und Skatspielen? Des Menschen, der seiner ganzen Schöpfungskraft beraubt wurde und der nicht einmal mehr in seinem Dorf einen Tanz oder ein Lied hervorzubringen vermag. Des Menschen, den man mit einer Konfektionskultur, mit Standardkultur versorgt, so wie man das Rindvieh mit Heu versorgt. So sieht er aus, der Mensch von heute.«

Dies sind nicht die Worte eines Menschen, der sich mit der zu erwartenden Friedens- und Konsumgesellschaft arrangiert hat, und daher geht Saint-Exupéry als »heimatloser Richter« in die Geschichte ein, der, bei aller Bestimmtheit seiner vertretenen Positionen, nie den Respekt vor dem Gegner aus den Augen verlor. »Ein Mensch verdient Achtung«, so ein in der heutigen Sphäre der Politik desavouiertes Lebensprinzip Saint-Exupérys, »einerlei welche Ideen er vertritt.«

Dieses ritterliche Leben Saint-Exupérys vor Augen, erscheint der Autor von *Der kleine Prinz* nicht nur als Schöpfer ebendieses intelligenten und geistreichen Kinderbuches, sondern ebenso als Denker der Kame-radschaft, der Kühnheit, der Treue, der gegenseitigen Solidarität und der freien, starken Persönlichkeit. Mit seiner tiefen Verwurzelung im christlichen Glauben, den er, bei aller widersprüchlichen Lebensführung, nie verlor, verkörpert Antoine de Saint-Exupéry überdies die immateriellen ewigen Säulen des Lebens: Glaube, Hoffnung, Liebe (1 Kor 13,13). ■

»Es geht dabei um den Sinn des Menschen, und es ist keinerlei Antwort angeboten; so habe ich den Eindruck, daß wir den schwärzesten Zeiten der Weltgeschichte entgegengehen. Es ist mir ganz gleich, ob ich im Krieg umkomme. Was wird denn von dem bleiben, was ich liebte? Ich spreche nicht nur von den Menschen, sondern auch von den Bräuchen, den unersetzlichen Akzenten, von einem gewissen geistigen Licht.«

Antoine de Saint-Exupéry: Brief an einen General, in: ders.: *Schriften*, Bd. 3, S. 221–230, hier: 229.

Verwendete Literatur von Antoine de Saint-Exupéry:

Gesammelte Schriften in drei Bänden, München 1978;

Band 1 enthält *Südkurier* (1928), *Nachtflug* (1931), *Wind, Sand und Sterne* (1939), *Flug nach Arras* (1942) und *Der kleine Prinz* (1943);

Band 2 enthält *Die Stadt in der Wüste* (1948);

Band 3 enthält *Kleinere Schriften und Briefe* (1914–1944).

Weiterführende Literatur:

Alain de Benoist: »Saint-Exupéry, Antoine de«, in: *Staatspolitisches Handbuch*, Bd. 3 (= *Vordenker*), Schnellroda 2012, S. 190 f.;

Luc Estang: *Antoine de Saint-Exupéry*, Hamburg 1958;

Joseph Hanimann: *Antoine de Saint-Exupéry. Der melancholische Weltenbummler: Eine Biografie*, Zürich 2013;

Jürgen Hatzenbichler: »Antoine de Saint-Exupéry – der Menschen Kultur«, in: *Querdenker. Konservative Revolutionäre*, Engerda 1996, S. 57–70.

In Klausur

von Götz Kubitschek

Interview mit dem online-Magazin tichyseinblick.de. Der Anlaß spielt bereits keine Rolle mehr, nur das Grundsätzliche ist ja über den Tag hinaus von Belang. Der Journalist Alexander Wallasch stellte unter anderem die Frage, worauf sich diejenigen eigentlich stützten, die in uns Staatsfeinde ausmachen wollten. Ja, worauf eigentlich? Es kann doch hinter solchen Kriminalisierungsversuchen gar kein objektiver Grund mehr ausgemacht werden, sondern nur noch ein denunziatorischer, also ganz sicher einer, der dem ursprünglichen Sinn unseres demokratischen Regelwerks entgegenläuft. Daher folgende Antwort:

»Vermutlich sind wir der Popanz, den solche Leute brauchen, um ihr trauriges Dasein zu rechtfertigen. Meine Frau und ich reagieren mittlerweile wie Zuschauer. Wir nehmen eine übergeordnete Beobachterposition ein und verfolgen die Entwicklung. Wir sind uns dabei nicht sicher, ob wir einem absurden Theater, einem Stück aus der Anstalt, einem spontanen Dada-Abend oder einer Netflix-Serie über den ›tiefen Staat‹ zuschauen. Insgesamt: Spektakel, Ablenkung vom Wesentlichen, Fahrlässigkeit, Aushöhlung, drittklassiger Plot, Geschichten für später, für die Enkel. Jedenfalls spielen wir mit«,

und als Wallasch nachhakte:

»Es gibt eben Zeiten, in denen aus einem Offizier ein Käfer wird, den man mit der Nadel jagt. In meinem Sektglas schwimmen Erdbeeren, während ich mir und meiner Frau dabei zuschaue, was uns nun widerfährt.«

Es gab Zustimmung zu dieser atmosphärischen Lagebeschreibung, allerdings oft verknüpft mit dem Zusatz, die Bilder vom Käfer und vom Sektglas mit den Erdbeeren seien reichlich überspannt. Dabei waren das doch Anspielungen: Hinweise auf die Herkunft des Gedankens, man solle in Momenten, in denen das Handeln, der Eingriffs- und Korrekturversuch sinnlos geworden seien, eine übergeordnete Position einnehmen und sich selbst mit Interesse beobachten. (Die Leute müssen wieder mehr und gründlicher Jünger lesen!)

✦

Manchmal fallen uns Bücher zu. Viele Leser werden diesen oft beglückenden, manchmal unheimlichen, stets aber stimmigen Vorgang kennen: vor dem Bücherregal zu stehen und ein Buch herauszuziehen, das man entweder schon einmal gelesen oder für später einsortiert hat und an das man

»Alice Weidel und Götz Kubitschek: Kommt hier zusammen, was zusammen gehört? Ein Gespräch«, tichyseinblick.de vom 12. Juli 2019

»Beim zweiten Mal, bei Sonnenuntergang, hielt ich ein Glas Burgunder, in dem Erdbeeren schwammen, in der Hand. Die Stadt mit ihren roten Kuppeln und Türmen lag in gewaltiger Schönheit, gleich einem Kelche, der zu tödlicher Befruchtung überflogen wird. Alles war Schauspiel, war reine, vom Schmerz bejahte und überhöhte Macht.«

Ernst Jünger, *Strahlungen*, notiert am 27. Mai 1944 bei einer Bombardierung von Paris.

jedenfalls gar nicht dachte, als man vor das Regal trat. Dieses »später« scheint nun jedenfalls einzutreten, und das Buch fällt einem in die Hand. Diesmal: Erhart Kästners *Zeltbuch von Tumilat*, in der orangenen, längst vergriffenen Ausgabe der »Bibliothek Suhrkamp«.

Das andere stöberte Ellen Kositzka auf, sie fand es, während sie die Kataloge der Neuerscheinungen durchforstete, um die Liste für die nächsten Rezensionenteile der *Sezession* zusammenzustellen, bestellte es und legte es bereit: Damir Ovčinas Roman *Zwei Jahre Nacht*.

In den Tagen und halben Nächten seither abwechselnd Lektüre in beiden Büchern. Das von Ovčina ist ein Ziegelstein, ein quälendes Buch über eine ausweglose, grauenhafte Zeit und das Festsitzen darin; das von Kästner ist dicht, philosophisch, durchgerungen, dadurch fast heiter, und zwar gerade weil auch hier das Ich festsitzt. Ziemlich bald also stellte sich zur ineinander verwobenen Lektüre der Gleichlaut in diesem entscheidenden Aspekt ein – und über die Bücher hinaus die hilfreiche, weil heilsame Parallele zu jener Situation, die das Interview umriß: daß man nämlich in Auseinandersetzungen geraten kann, in denen der Bewegungsspielraum zusammengeschoben wird wie auf einem Schachbrett, wenn man nicht mehr die Dame, nicht mehr der Springer ist, sondern der König, der sich kaum noch rühren kann und darauf hoffen muß, daß die Reihe der Bauern hält und der Angriff des Gegners steckenbleibt. Das ist keine schlechte Vorbereitung auf »Lagen«: sich selbst mit einer Figur auf dem Brett zu vergleichen, wobei die Dame-Tage sehr selten sind, die Turm-Tage die besten und die des Königs die gefährlichsten. Denn mit dieser unschlagbaren Figur ist keine Herrschaftsposition gemeint, sondern das Herz, der Kern der Existenz. Jeder weiß, daß er dieses Ganz-Eigene, wenn überhaupt, nur in einzelnen, vorsichtigen Schritten in Bewegung setzen kann (nie wird es »Dame« sein), und keinesfalls darf es schachmatt gesetzt werden.

✦

Zwei Jahre Nacht ist der literarische Bericht eines jungen muslimischen Bosniers aus Sarajewo, der am Tag vor der Abriegelung der bosnisch dominierten Stadtteile durch die serbische Armee Anfang Mai 1992 den naiven Fehler begeht, auf feindlicher Seite in einer Wohnung, die seiner Familie gehört, zu nächtigen. Am andern Morgen wird er an der Rückkehr gehindert und muß seinen Paß aushändigen. In den Wochen danach zerschlägt sich jede Hoffnung auf eine Lösung, eine Übergabe, eine Flucht. Vielmehr härtet die Lage aus, erstarrt die Front, gibt es Opfer, wächst der Haß, und das Leben des Ich-Erzählers, der zur Zwangsarbeit verpflichtet wird und schreckliche Arbeiten erledigen muß, hängt an einem Faden, der jeden Tag reißen kann. Er muß bei der Vertreibung seiner eigenen Landsleute helfen, die plötzlich nicht mehr die Landsleute der Serben sind, er muß Mobiliar aus enteigneten Wohnungen räumen, Schützengräben ausheben, bald die ersten Toten bergen und beerdigen – keine Kriegstoten, sondern einen in einem Keller erschlagenen Mann und einen, der so lange mißhandelt wurde, bis er starb, und dann eine halbe Familie. Katastrophal die Lage, ungeordnet, willkürlich, lebensgefährlich und vor allem ausweglos; entlastet und erträglicher nur durch den glücklichen Umstand, daß im selben Haus eine Serbin wohnt, die ihn versorgt und liebt.

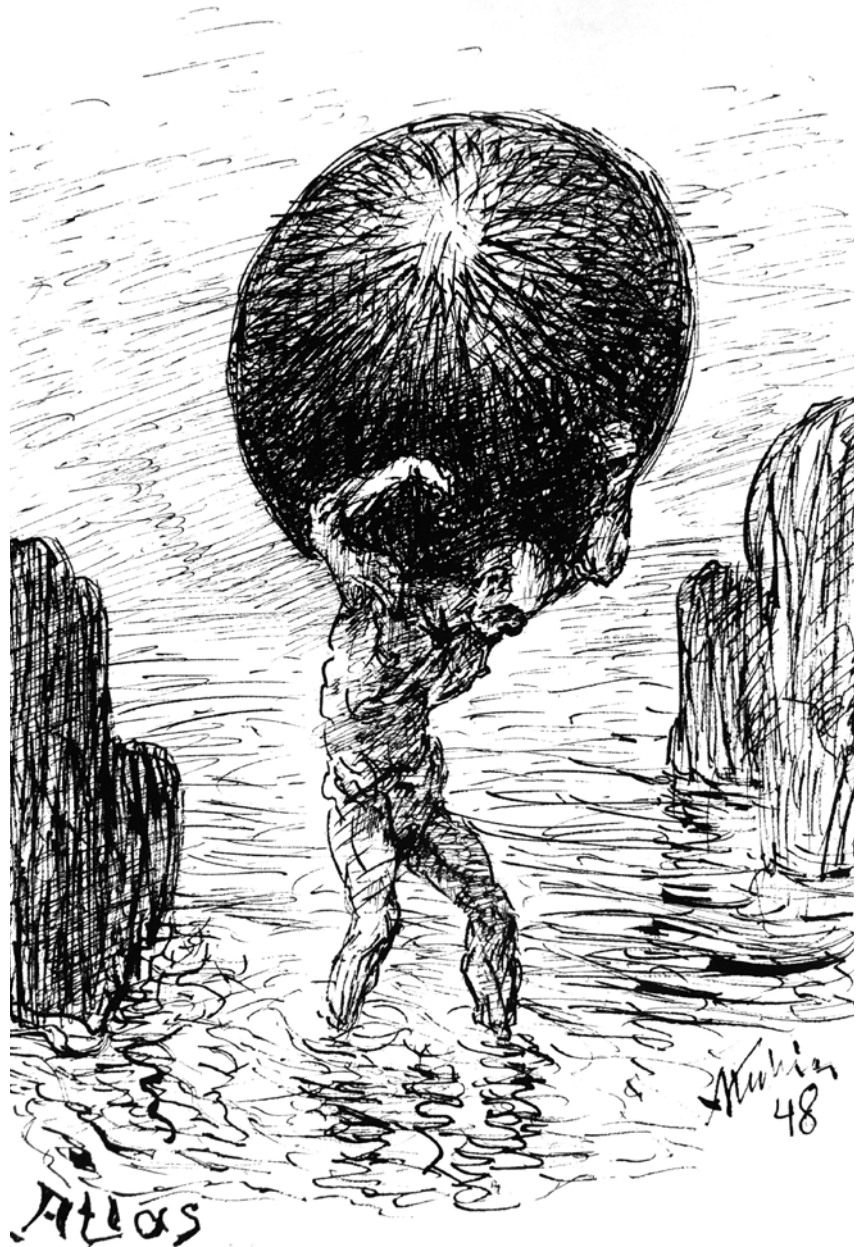
Damir Ovčina: *Zwei Jahre Nacht. Roman*, 2019.

Das alles erstreckt sich über hunderte quälende und bannende Seiten, notiert in einer protokollierenden Sprache, die auf eine kunstlose Weise festhält, was kaum auszuhalten ist und kunstvoll andeutet, was geschieht, wenn sich am Abend die Tür des Wohnhauses endlich schließt und dieser friedliche Innenraum zur Welt wird.

Verdichtetes Grauen, als der junge Mann mit seinem Arbeitskollegen, einem Musiker, zur Unterhaltung einer betrunkenen, vergewaltigten Miliz-Horde befohlen wird: Sie spielen auf und halten durch und sind an das Ende ihrer Welt gelangt, an den Rand der Welt, an den Abgrund.

Die Befreiungsszene dann: viermalige Lektüre bisher, atemberaubend. Der junge Mann tötet drei seiner Peiniger, als er selbst getötet werden soll, und flieht zurück in das Haus, in dem er wohnen muß, seit er festgesetzt worden ist. Zwei Tage lang sucht man nach ihm, dann kehrt Ruhe ein, und aus der unteren Wohnung kommt ihm die Serbin entgegen, die ahnt, wo er sich verbirgt.

Der junge Mann wird das Haus zwei Jahre lang nicht mehr verlassen, keinen halben Schritt weit. Zwei Jahre Nacht, in denen er seinen König schützt. Der Gegner wird die Reihe der Bauern nicht überrennen, denn aus dem Aufgezwungenen wird eine Klausur, aus der äußeren Bewegungslosigkeit eine geistige und körperliche Einkehr, eine Vorbereitungszeit, eine Keimzeit, ein strenger Tagesplan: Schleifarbeiten am Schreibstil, Lektüren, die ihm seine Geliebte verschaffen kann, Gymnastik, Kraftsport, Geduldsübungen, Zuversicht, Rachepläne, erotische Phantasien – Sammlungsjahre, nach denen jeder, der zurückkehrt, auf seine Weise vor Kraft und Unbeirrbarkeit strotzt. Nicht anders der junge Mann.



Atlas, Alfred Kubin 1948.

Es waren auch für Erhart Kästner ungefähr zwei Jahre, in denen er alles aus sich herausholen mußte, um nicht zu verdorren. Sein Raum: ein Zelt im Wadi Tumilat, zwischen dem Roten Meer und Kairo gelegen, wo er als Wehrmichtsangehöriger in einem dort in der Wüste eingerichteten englischen Kriegsgefangenenlager festsaß. Kästner war zuvor Bibliothekar in Dresden und Privatsekretär bei Gerhard Hauptmann gewesen, dann einer jener seltenen Soldaten, die während des Krieges keinen Schuß abgeben mußten, sondern der kämpfenden Truppe das eroberte Gebiet durch Texte und Beschreibungen erschließen sollten. In seinem Fall: Griechenland, Ölberge, Weinberge.

Aber damit war es vorbei, als Kästner eingesperrt wurde, oder besser: in den Sand gesetzt, denn einsperren mußte man die Leute nicht wirklich im Wadi Tumilat. Wohin nämlich hätte einer fliehen sollen? Aus dem Sand in den Sand? Und weil das also nun das Schicksal war, das ertragen werden mußte (niemand von den Kriegsgefangenen wußte, wie lange man das würde ertragen müssen), ging es auch für Kästner darum, aus dem Erzwungenen eine Einkehr zu machen, aus fruchtloser, zermürender, zermörsernder Wartereie eine Sammlung, eine Besinnung auf das Königsspiel.

Nun, am Ende des Zeltbuchs angelangt, steht außer Frage, daß Kästner der richtige Mann für die Zumutungen dieser Ausweglosigkeit war und etwas in ihr fand, auf das er geradezu hingelebt hatte (obwohl eine solche Behauptung recht unverfroren ist: Denn auch als Sieger auf Rhodos und als Vermittler Griechenlands oder auch nur als Heimkehrer ohne Gefangenschaft wäre er vielleicht in eine ihm gemäße Rolle geschlüpft). Jedenfalls notierte er gleich auf den ersten Seiten den Notenschlüssel zu seiner Tonlage:

»Wie es kommt, daß mich nirgendwohin, sogar nach Griechenland nicht, so unbändige Sehnsucht verzehrt wie nach der Wüste, weiß ich selbst nicht zu sagen. Aber mein Schmerz, nicht mehr dort zu sein, ist der Schmerz eines lebenslangen Verlusts, und seltsamerweise mischt sich etwas wie Reue darein, was ganz unsinnig ist: als hätte ichs nicht zu Ende gelebt, sei halben Wegs umgekehrt, wobei immer Schimpfliches ist.«

Das kennt man, oder? Das will man am Ende auch sagen können, nicht wahr? Etwas getragen zu haben, das man sich nicht selbst auferlegt hat, und zwar so getragen und ertragen zu haben, daß es unterwegs zu etwas Angeeignetem geworden ist. Unterwegs also keine Ausflucht gefunden und keine Hilfe zugewiesen bekommen zu haben, sondern nur diese einzigartige Rolle, für eine Spanne, weiter nichts von Bedeutung, nur diese Rolle – und die Begabung, diese Rolle zu spielen wie kein zweiter. Und man wird als daraus Entlassener stets meinen, daß man nicht dankbar genug war für die Last, unter der man sein Ganz-Eigenes verstand.

So ähnlich faßt Kästner das aus einem der vielen Gespräche zusammen, die er in den Zelten im Wadi Tulimat führte: »Er habe die Beobachtung gemacht«, paraphrasiert er einem Mitgefangenen, einem Dirigenten,

»daß große Taten nur auf dem Grund des ernstesten Spiels erwachsen. So sehr er sich die Heimkehr und Rückkehr ins vorige Leben wünsche, so sehr hoffe er doch, dies neuerworbene Gefühl als durchtönenden Orgelpunkt seines Lebens nie mehr zu verlieren. Es sei gut, in der Weise tätig zu sein, wie man eine Rolle übernehme und versuche, sie möglichst vollkommen zu spielen.«

Welche Rolle nahm Kästner ein, als er für zwei Jahre in der Wüste festsatz? Eine kontemplative jedenfalls, eine asketische, eine der fortschreitenden Reduzierung und Entkleidung, eine auf das Wesentliche abzielende, und das setzte sich dann fort, als er wieder in Freiheit war und als Bibliothekar aus Deutschland wieder nach Griechenland reisen konnte: Er brachte von dort die Bilder und Notizen zu seinem wichtigsten Buch mit, zur *Stundentrommel vom heiligen Berg Athos*, und in diesem Buch sind jene Kapitel die eindringlichsten, in denen er die Beweggründe und das Wesen der Eremiten nachzuzeichnen versucht. Aber ob die noch eine Rolle spielen? Eher gießen sie mit sich selbst eine Form aus, eine uralte Form, an der es nichts mehr zu verbessern, die es vielmehr unter Aufbietung aller Lebenskraft erneut auszufüllen gilt.

✦

Die Verbindungslinien von der Lektüre zweier zugefallener Bücher zu unserer Lage, das Anknüpfen an aufgezwungene Klausuren, die Vermutung, einen Logenplatz zugewiesen bekommen zu haben, von dem aus man sich selbst dabei zusieht, wie man seine Rolle spielt – –

das alles ist nicht mehr politisch, sondern weit mehr: Das ist der Kampf um den König, und er ist längst im Gange. ■

Erhart Kästner: *Zeltbuch von Tumilat*, Wiesbaden 1949;
ders.: *Ölberge, Weinberge. Ein Griechenlandbuch*, Wiesbaden 1953;
ders.: *Die Stundentrommel vom heiligen Berg Athos*, Wiesbaden 1956.

Der Entzug

von Marcel Kehlberg

Der Suizid ist der unzugänglichste Akt des Menschen. Medizinisch, psychologisch, soziologisch, theologisch, philosophisch und nicht zuletzt literarisch ist er hinreichend beschrieben oder besser umschrieben worden und wurde trotzdem nie zur Gänze erfaßt. Genauso ist er durch die Zeiten hindurch von den Lebenden bewertet worden, als radikalster Ausdruck der Verzweiflung, der Feigheit, der Zurückweisung oder der Hingabe. Sie, die Lebenden, standen und stehen oft fassungslos vor dieser zutiefst individuellen, ja intimen Entscheidung, die den Alleinvertretungsanspruch des Lebens so kompromißlos in Frage zu stellen scheint, so sehr, daß mancher sich diesen Akt nur als eine Art »Selbstüberraumpelung« vorstellen konnte (etwa Ludwig Wittgenstein). Aufgekündigt ist da der Gehorsam gegenüber den Gesetzen der Vernunft, der Sitten, der Gefühle, des Lebens schlechthin mitsamt seiner Triebstruktur: Das Leben ist nicht länger der erste und letzte Wert und die Todesangst als sonst allmächtige Autorität kein Verhandlungspartner mehr.

Diese einsame Intimität, in welcher der Suizidant seinen Entschluß erringt und erleidet, verbietet sowohl Spekulation als auch Werturteil oder wie der hl. Thomas von Aquin gemahnte: »quia in occultis non est homo iudex« (»für das Verborgene ist der Mensch nicht zum Richter bestellt«). Gleichwohl sind dem persönlichen Arcanum Vorhöfe vorgelagert, die aus den Erfahrungen der Generation und des Zeitgeistes errichtet worden sind. Mishima Yukio, Jan Palach, Dominique Venner, Rolf Peter Sieferle, Paul Celan, Pierre Drieu la Rochelle, Walter Benjamin, Heinrich von Kleist, Seneca, Cato, König Saul, um nur einige zu nennen, spiegeln in ihren so unterschiedlichen persönlichen Lebensabbrüchen immer auch das Gebrochene ihrer jeweiligen Generation wider.

Diese Vorhöfe lassen sich respektvoll betreten. Keine Apologie soll damit bezweckt werden, sondern viel eher eine Art von »Pflichtverteidigung« einer unerhörten Möglichkeit (oder Freiheit), die immer wieder gewählt worden ist und von der zu befürchten steht, daß sie in ferner Zukunft wieder gewählt werden wird. Ausgeklammert aus der Betrachtung bleibt das Phänomen der islamischen Selbstmordattentäter und ihre sehr spezifische wie perfide »felix culpa«.

Der individuelle »Sprung nach einem Etwas, das kein Etwas ist«, wie Jean Améry den Suizid genannt hat, ist nie völlig zu lösen vom kulturellen Umfeld, in dem er getan wird. Wir kennen die Kultur der griechisch-römischen Antike mit ihren Philosophen, Feldherren und Kaisern, die sich mehr oder weniger stoisch entleibten. Als regelrechter Prediger des Suizids darf der griechische Philosoph Hegesias gelten, den man auch *Peisithanatos*, den »zum Tod Überredenden« genannt hat. Im dritten vorchristlichen Jahrhundert brachte er es zum umstrittenen Haupt der Schule des Kyre-

»So viele Menschen machen sich zu Sklaven ihres Daseins. Meine Tat dagegen verkörpert eine Ethik des Willens. Ich gebe mir den Tod, um das eingeschläferte Bewußtsein der Menschen wachzurütteln. Ich lehne mich auf gegen die Fatalität dieses Seins.«

Dominique Venner, aus seinem Abschiedsbrief.

naismus, benannt nach der Stadt Cyrene in Nordafrika. Der Tod war dieser Lehre gemäß als Ende allen diesseitigen Leids geradezu anzustreben. Nur im Tod sei kein Mangel, nur er könne nicht enttäuschen. Später findet man solcherart Stoizismus in Ciceros *Tusculanae disputationes* wieder.

Weitaus beeindruckender war der Platz des Suizids in der Kultur des feudalen Japans, von wo der umgangssprachliche Begriff *Hara-Kiri* oder *Hara-Kere* (»den Bauch aufschlitzen«) es bis in den westlichen Wortschatz geschafft hat. In Japan selbst bediente man sich des eleganteren Ausdrucks *Seppuku* für die rituell vollzogene Selbsttötung. 1868 ist in der Person des Briten Lord Redesdale zum ersten Mal ein westlicher Augenzeuge zugegen. Er beschreibt den feierlich-nüchternen »Rubrizismus« des *Seppuku*, das als ehrenvolle Todesstrafe verhängt wurde und das alle Beteiligten, voran der Verurteilte, mit einem Höchstmaß an Sammlung und Hygiene in einem Tempel durchführten. Der entblößte Bauch wird ohne Zögern mit dem Kurzsword von links nach rechts aufgetrennt. Der anwesende Sekundant enthauptet auf ein Zeichen hin den Delinquenten sogleich, wobei er darauf achtet, den Kopf nicht ganz vom Rumpf zu trennen (Enthauptung galt als schändliche Strafe), was eine meisterhafte Beherrschung der Schwertkunst voraussetzte.

Seppuku ist mit dem rigorosen Ehrenkodex des Kriegeradels der Samurai zutiefst verbunden und findet seine Verortung in der Haltung des *Bushido*, einer fortwährend meditierten Todesbereitschaft. Hinzu tritt das buddhistische Moment, das in der Variante des Zen-Buddhismus Eingang in die Kaste der Samurai gefunden hatte. Demnach ist der Bauch das Zentrum des Körpers, in welchem sich auch die Seele befindet. Im *Seppuku* werden somit Körper und Seele gleichermaßen bestraft wie befreit. Man sagte sich, daß durch ihn augenblickliche »Buddhaschaft« zu erlangen sei.

Die Art, sich dem Tod gegenüber zu verhalten war für den Samurai eine wesentliche Frage seiner Identität. Er trachtete stets danach, selbstbestimmt zu sterben. Die generelle Bereitschaft, den Tod anzunehmen, erstreckte sich auch auf eine radikal verstandene Loyalität, in der die Gefolgsleute eines Shogun diesem nach seinem Ableben durch Selbstmord nachfolgten. Ähnliches berichtet Albert Camus in seinem großen Essay *Der Mensch in der Revolte* von russischen Sozialrevolutionären in einem sibirischen Lager, die sich aus Solidarität mit einem zu Tode gefolterten Kameraden reihenweise selbst töteten.

Mit der Öffnung Japans zum westlichen Ausland und damit zur Moderne wurde das *Seppuku* zuerst aus der Strafgesetzgebung verbannt und mit dem Verschwinden der Samurai auch aus dem Bewußtsein vieler Japaner. In ironischen Redewendungen wie »*Seppuku-mono*«, was eine Situation meint, die gleichsam nach Selbstmord schreit, ist er noch zugegen.

Privat wurde er gleichwohl weiterhin verübt. So vollzog im Zweiten Weltkrieg ein junger japanischer Marineoffizier nach Versagen im Dienst *Seppuku* und wurde daraufhin mit allen militärischen Ehren bestattet. Desgleichen verübten eine Reihe hoher Offiziere der kaiserlich-japanischen Armee nach der Kapitulation ihres Landes im August 1945 den rituellen Selbstmord, mit Flüchen gegen die US-Amerikaner auf den Lippen. Unvergessen ist auch der letzte bekannte *Seppuku* des Schriftstellers Mishima Yukio im Jahre 1970.

»Tatsächlich sterben sehr wenige mit der Bereitschaft, ihr Festklammern am Leben aufzugeben. Fast alle Menschen sind unwillig, sich vom Leben zu trennen. Das ist äußerst wichtig! Ihr Mönche solltet so leben, dass ihr euer Leben loslasst.«

Suzuki Shosan: *Du wirst sterben! Der Zen-Krieger*, Frankfurt a.M. 2001, S. 39.

In seinem Klassiker *Der Selbstmord* von 1897 unterstellte einer der Patriarchen der Soziologie, Émile Durkheim, gerade der deutschen Kultur eine inhärente Neigung zum Selbstmord, vor allem in protestantischen Gebieten und hier besonders in den Städten. Tatsächlich hat das moderne Deutsche Reich Phasen vermehrten Suizids gekannt, aber dies teilte es mit den anderen technisierten Großstadtesellschaften der Moderne. Gleichwohl prägte Deutschland um 1906 die Bezeichnung »Freitod«, die zugleich auch eine Wertung transportiert und dem sozialdarwinistischen Milieu entstammte. Eine der ersten engagierten Apologien des freiwilligen Scheidens aus dem Leben lieferte der Naturforscher Ernst Haeckel.

Eine Sonderform bildete freilich die Selbstmordwelle am Ende des Zweiten Weltkrieges, die in neueren Publikationen wieder ins Blickfeld gerückt ist. Hatte schon einer der ersten Weggefährten Hitlers und nachmalige Dissident Hermann Rauschning im Nationalsozialismus eine Revolution des Nihilismus erblickt, welche ihre Anhänger über kurz oder lang in die Selbstvernichtung treiben würde, so hatte der NS-Staat zu-

nächst eine klar ablehnende Einstellung zum Suizid. Als Erbe der Weimarer Republik, in der die Mittellosigkeit breiter Schichten die Selbstmordrate erhöhte, tat er alles, um die Grundlosigkeit des Selbstmordes nach der nationalen Revolution von 1933 zu bekräftigen. Einzig in der SS war der Suizid bei schwerwiegender Ehrverletzung gestattet, wenn nicht sogar vorgeschrieben.

Ihren Gegnern ließen die Nationalsozialisten oft genug keinen anderen Ausweg. Doch auch hier bleibt festzuhalten, daß in den Konzentrationslagern nach Berichten von Zeugen relativ wenige Selbstmorde auftraten. Die Strafen beim Versuch waren allzu drakonisch und die extremen Bedingungen bewirkten eher eine Stärkung des Willens zum Überleben, mit Ausnahme von Treblinka, das als reines Vernichtungslager geführt wurde und wo Suizide unter den Häftlingen häufiger vorkamen.



*Sekunde des Todes,
Alfred Kubin, um 1900.*

An den Fronten kam es den Sanitätsstäben zufolge ab 1943 zu einem deutlichen Ansteigen der Selbstmorde unter den Soldaten der Wehrmacht, was sogar Martin Bormann auf den Plan rief, der in einem wütenden Dekret den Selbstmord mit Desertion gleichsetzte.

Eine Wende in der öffentlichen Bewertung der Selbsttötung durch das Regime trat mit Ausrufung des Totalen Krieges ein. Die Bevölkerung wurde von nun an in ihrem Widerstandswillen radikalisiert und hierfür auf einen unbarmherzigen, alles vernichtenden Feind aus dem Osten vorbereitet. Die »Kultur einer selbstmörderischen Verteidigung« (Christian Goeschel) prägte die Lebenswelt der meisten Deutschen, bis hinein in die kollektive Psyche. Die Einsatzplanungen von Wehrmacht und SS schlossen vermehrt das Selbstopfer der Soldaten mit ein. Ideen von bemannten V1-Raketen oder Torpedos wurden ebenso erwogen, wie sogenannte Totaleinsätze der Luftwaffe. Letztere war aufgerufen, in selbstmörderischen Rammjäger-Missionen insbesondere strategische Ziele der Roten Armee an der Oderfront anzugreifen. Die legendäre Staffel »Leonidas« aus dem geheimnisumwitterten Kampfgeschwader 200 soll sich dabei besonders hervorgetan haben. Diese Einsätze waren Himmelfahrtskommandos und wurden tunlichst vom Selbstmord geschieden, der nach wie vor ein Tabu darstellte. Auch der Suizid Hitlers am 30. April 1945 wurde nicht als solcher benannt.

Was als Selbstmordepidemie bezeichnet worden ist, begann ganz im Osten des Reiches, als die Rote Armee im Januar 1945 Ostpreußen und Schlesien betrat. Das, was im ostpreußischen Ort Nemmersdorf bereits im Oktober 1944 an Greueln der Zivilbevölkerung gegenüber geschehen war, brannte sich vor allem bei den Deutschen im Osten tief in das Erleben ein und führte bei Näherrücken der Front zu panikartigen Reaktionen. Schätzungen gehen davon aus, daß etwa 1,9 Millionen deutsche Frauen in der Endphase des Krieges und danach von Rotarmisten vergewaltigt wurden. Der erste bekannte Massenselbstmord trug sich dann im pommerischen Ort Demmin zu. Zwischen Ende April und Anfang Mai 1945 sahen an die tausend Menschen, unter ihnen viele Frauen mit ihren Kindern, als einzigen Ausweg nur noch den Gang in den Fluß Peene.

»Die Welt, die nach dem Führer und dem Nationalsozialismus kommt, ist nicht mehr wert, darin zu leben, und deshalb habe ich auch die Kinder hierher mitgenommen. Sie sind zu schade für das nach uns kommende Leben, und ein gnädiger Gott wird mich verstehen, wenn ich selbst ihnen die Erlösung geben werde.«

Magda Goebbels in ihrem Brief aus dem Bunker vom 28. April 1945.

Diese Selbstmorde oder erweiterten Suizide von Zivilpersonen gingen denen der Partei- und Funktionärsprominenz des untergehenden Dritten Reiches voraus. Zur »Ikone« des freiwilligen Todes von NS-Kadern wurden die Fotos der toten Familie Lisso in einem Büro des Neuen Rathauses von Leipzig. Dort hatten sich der Stadtkämmerer Dr. Kurt Lisso, seine Frau Renate und die 20jährige Tochter Regina mithilfe von Zyanid am 18. April 1945 das Leben genommen. Die Fotos, geschossen von US-Soldaten, wurden im US-Magazin *Life* veröffentlicht. Sie dokumentierten die Bereitschaft der mittleren wie unteren Funktionärsschicht dem Beispiel der oberen Ränge zu folgen (oder ihnen voranzugehen). Wahrscheinlich wurde im freiwilligen Tod, ähnlich wie schon bei den Samurai, eine radikale Gefolgschaft umgesetzt, die noch einmal eine besondere Beziehungsintimität zum Staat wie zu seinem Oberhaupt Adolf Hitler herstellte, die das gleiche Empfinden zu Lebzeiten nun ins Absolute steigern sollte.

Selbstmorde dieser Art traten auch in anderen Landesteilen auf, allerdings in geringerer Anzahl. Und keineswegs nur Regime-Anhänger wählten diesen Weg, auch Abseitsstehende und Gegner waren mit dem, was später »Stunde Null« genannt werden sollte, körperlich wie seelisch überfordert – mit verheerenden Auswirkungen auf den Lebenswillen. »Viele, die Selbstmord begingen, hatten Politik, Krieg und Alltagsleben nicht als getrennte Phänomene erlebt, sondern deren Ineinander in einer extrem schweren Zeit«, so das Fazit des Historikers Christian Goeschel.

Unter seinen Kameraden im Geschwader machte bei Verlusten immer das Wort von den »Weggehenden« die Runde, so erzählte es einmal der Fernsehpastor und Theologe Jörg Zink, als er an seine Soldatenzeit im Zweiten Weltkrieg zurückdachte. Das Leben währte in der Regel kurz, und der Tod wurde zum alltäglichen Begleiter der jungen Piloten, ein Weggang eben (Ernst Jünger sprach einmal vom Ausfall). Viele Menschen sind 1945 freiwillig weggegangen, aus einem Land, das keine Heimat mehr war oder sein konnte sowie aus einem Leben, das zu leben sie die Kraft nicht mehr hatten oder das zu leben ihnen nicht mehr wert erschien. Selbstmörder sind Ortlose. Sie haben ihren Ort im Leben verloren oder finden ihn erst gar nicht. Sie ziehen das Ortlose, gleichsam die Utopie (griech. *ou-topos* »kein Ort«), vor und bekunden damit eine grausame Kompromißlosigkeit, in welcher das Leben nicht länger vermitteln kann. Selbstmörder sind darin konsequent. Im Entzug setzen sie noch das radikalste Zeichen der Selbstbehauptung, hinauf ins Unpersönlich-Überpersönliche, aus dem die Legenden für die Nachwelt gestrickt sind. Man mag dies letzte Blindheit oder überscharfes Sehen, versperrende Bewußtlosigkeit oder einen erschreckenden Grad an Bewußtheit nennen. Was einem zum Suizid Entschlossenen dazu treibt, seinem Leben ein Ende zu setzen, entzieht sich allen Erklärungsmustern. Diese stammen ohnehin noch aus dem Leben und gelten nur für Lebende, wie Jean Améry (Suizid 1978) in seinen Gedanken zum Suizid festgehalten hat. 1945 standen viele vor dem Nichts und sahen vor sich nur Trümmer, materielle wie seelische. Übrigens das andere deutsche Schicksalsjahr, 1989, zog keine derartige Spur des Todes durch die Landschaft. Relativ wenige Selbstmorde wurden aus dieser Zeit der untergehenden DDR gemeldet. Wohingegen der Prozentsatz an Suiziden im Arbeiter-und-Bauern-Staat die Jahre zuvor signifikant hoch war.

Laut Émile Durkheim kommt es in Gesellschaften, in denen Dynamiken der Unordnung einbrechen, zu jäh steigenden Selbstmordraten, sei es Unordnung aufgrund von Prosperität oder von Niedergang (Ausnahme: Krieg).

War der September 2015 auch so eine »Stunde Null«, freilich ohne sichtbare Trümmer? Ist hier am Ende einer Kette radikaler Abbiegungen seitens der Politik ein Land nachhaltiger zerstört worden, als es im Augenblick noch den Anschein hat? Lassen sich diese Trümmer überhaupt noch wegräumen? Wird man auf ihnen eines Tages noch aufbauen können? Sollte es über die kommenden Jahre hin nicht gelingen, die gewollte und bereits propagierte Vereinzelung vieler Landsleute zu durchbrechen und die immer weiter sich durchfressende Aggression sinnvoll zu kanalisieren, so könnten Ohnmacht und Aggression sich eines fernen Tages zu einem Cocktail vermischen, der einen neuen Schierlingsbecher ergibt. Viele werden ihn dann zu sich nehmen, um sich so einer dürftigen Heloten-Existenz auf fremd gewordener Erde zu entziehen – definitiv. ■

»Wer sterben muß, der ist im Zustande des Antwortens auf ein Geschick, und seine Gegenrede besteht in Furcht oder Tapferkeit. Der Suizidant oder der Suizidär aber redet selber. Er spricht das erste Wort.«

Jean Améry: *Hand an sich legen: Diskurs über den Freitod*, Stuttgart 1976, S. 24.

Literaturhinweise:

Jean Améry: *Hand an sich legen. Diskurs über den Freitod*, Stuttgart 1976;

Christian Brachthäuser: *Die Lust auf den Tod. Pessimismus und Suizid in der Antiken Philosophie*, Groß-Gerau 2016;

Émile Durkheim: *Der Selbstmord*, Neuwied und Berlin 1973;

Christian Goeschel: *Selbstmord im Dritten Reich*, Berlin 2011;

Florian Huber: *Kind, versprich mir, dass du dich erschießt: Der Untergang der kleinen Leute 1945*, München 2016;

Jack Seward: *Hara-Kiri. Japanese Ritual Suicide*, Rutland & Tokyo 1986.

Wir '89er: Ein Rückblick auf eine Zeit voller Hoffnung und ohne Partei

von Ellen Kositzka

Immer mal wieder kriege ich die Frage gestellt: »Wie hast du eigentlich das Jahr 1989 erlebt, also den 9. November natürlich?« Logisch, der Mauerfall. Ich muß da stets ausweichen. Ich war zwar schon damals, als Sechzehnjährige, ordentlich politisiert. Allerdings interessierten mich eher die ganz großen Fragen (natürlich auf, rückblickend, äußerst bescheidenem Niveau): Evola, Nietzsche, und von Bennis Essays; Befreiung oder Niederlage; Christentum als Heils- oder als Untertanenreligion. Hatte die Zeitenwende 1789 stattgefunden oder bereits 1517 oder gar mit Karl dem Großen? Und wie kriegt man das zusammen, wenn man zwar mit vielen Ausländern, ja überwiegend mit Ausländern befreundet, aber trotzdem gegen Zuwanderung ist?

Daneben war ich damals, anno 1989, nicht bloß Mächtgernphilosophin, sondern vor allem von Alltagsdingen aufgerieben: die sogenannte wilde Jugend. Als die *Junge Freiheit* zu einem Jubiläum ihre Autoren aufforderte, über »ihren 9. November 1989« zu schreiben, hatte ich spaßes halber in meinen alten Tagebüchern nachgelesen, die ich über Jahre säuberlich führte (Rezension der jeweiligen Lektüre machte den Hauptteil aus).

9. November 1989: »Bojan tut, als wüßte er von nichts. [Der »Jugo« Bojan, wie man damals noch sagte, hatte eine Sonnenbrille von mir einbehalten] Er muß sich entscheiden, ob er ein Freund ist oder nur Assi-Pack! Englisch wieder soo nervig!! Ms Reidel haßt mich. Ihr Pech. SIE hat ein Problem. Dabei ... I love this language!! Nachmittags im 51.Store eine Cedxsept gekauft. 49 Mark. Mußte sein.«

Cedxsept? Es ging um eine Jeans! Auch in den folgenden Tagen und Wochen: Neben Gossip und gelegentlich juvenilen geschichtsphilosophischen Betrachtungen (Großmäuliges zu Nietzsche) finde ich keinen einzigen Eintrag zum Mauerfall.

Wenn ich je genervt bin vom politischen Desinteresse meiner Kinder, sollte ich mir wohl mein eigenes Tagebuch vor Augen führen. Der 11. November war für mich – bittere Wahrheit – eher nebensächlich. Dabei hatte ich zahlreiche Verwandte und einen engen Brieffreund (Resultat eines Luftballonwettbewerbs) »drüben«, und die regelmäßigen Fahrten in die »Ostzone« zählten zu meinen bedeutendsten Kindheitserinnerungen. Trotz allem war der Mauerfall für mich nicht tagebuchwürdig, Asche auf mein Haupt.

Und doch firmierte ich einst als Vertreterin dieses »Epochenjahrs«. Ich war eine jener seltenen Blüten, die »abseits von Bierhallen-Chauvinisten, rechtsextremen Kadern und kurzhaarigen Gewalttätern das Undenkbare wagten: Rechts zu sein« (Roland Bublik). Das Buch, mit dem die Neue Rechte ins Licht der Öffentlichkeit trat, hieß *Wir '89 er. Wer wir sind und was wir wollen*. Neben Dieter Stein und den damaligen JF-Autoren Roland Bublik (der als Herausgeber fungierte), Claus Wolfschlag (bis heute JF-Urgestein), Frank Liebermann (auch heute noch an Bord des

»Pioniere der Kulturrevolution? Es fehlt das Gefühl, der innere, tiefe Glaube, der das Handeln beseelt. Graue Theorien bleichgesichtiger Hinterzimmerideologen scheinen mir nicht der richtige Weg, um in einer ohnehin verbildeten, wissenschaftsgläubigen und gerade auch dadurch zerrissenen, unzufriedenen Gesellschaft Neues zu schaffen.«

Ellen Kositzka: »Grenzgänge«, in: Roland Bublik (Hrsg.): *Wir '89er. Wer wir sind und was wir wollen*, Berlin 1995.

Mutterschiffs *JF*), Manuel Ochsenreiter und sechs weiteren, war ich eine der Beiträgerinnen.

Aus dem Vorwort von Bubik, der damals als äußerst smarter und cooler Redakteur die *JF*-Rubrik »Zeitgeist und Lebensart« leitete: Heute seien es die alten »68er-Revoltueure, die entscheidende Positionen der Gesellschaft besetzen, sie verkörpern die althergebrachte Struktur. Protest und Opposition kommen von rechts.«

Der 89er-Titel kann heute in die Irre führen. Kürzlich traf ich einen verdienten Altpolitiker wieder, der längst bei der AfD untergekommen ist. Damals, vor Jahrzehnten, waren wir über *Wir '89er* ins Gespräch gekommen. Er ging nun, heute, davon aus, daß das Buch 1989 erschienen sei. Er wollte mir ein Kompliment machen: daß man mir überhaupt nicht ansähe, daß ich die fünfzig bereits erreicht hätte ... Das war peinlich für uns beide.

Wir '89er ist tatsächlich erst 1995 erschienen. Da war ich einundzwanzig. Meinen eigenen Beitrag, in dem ich mich als Mitglied einer Bewegung ausweise, »die sich durch eine politische Position rechts von der Mitte und links vom extremistischen Lunatic Fringe definiert« (Roland Bubik), lese ich heute mit peinlich roten Wangen, vor allem wegen des Fragebogens, der jedem Autorenartikel vorangestellt war. Pathetischer ging es nicht. *Woran glaubst Du?* – An die Flamme, die Licht gibt, verzehrt und niemals erlischt. *Deine Vorbilder?* – Man sollte nichts nachbilden – voran! ... und noch ein paar wildemädchenartige Antworten, an die ich mich nicht mehr gut erinnere.

Woran ich mich hingegen sehr gut erinnere, sind Zeitgeist und interne Stimmung damals, anno 1995. Was den Zeitgeist angeht: Die Betroffenheits- und Schuldstolzwelle erreichte wenige Jahre nach den rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda ihren vorläufigen Höhepunkt. Es war die Zeit, als Zigeunerschnitzel und Negerkuß aus dem kulinarischen Angebot verschwanden, was bei unsereins nur deshalb Unbehagen weckte, weil damit eine übergreifende politische Korrektheit Einzug hielt. In Deutschland wurde das als Gesamtphänomen erst Ende der neunziger Jahre aufgegriffen. Für das Ursprungsland USA liegen Daten vor, die über Jahre aus den Leitmedien gesammelt wurden. 1990 ging es demnach in 65 Artikeln um »Political correctness«, 1993 in 4914, 1994 in 6985 prominenten Beiträgen.

Für irgendwie »problematisch« hielt der Mainstream die politische Korrektheit erst nach der Jahrtausendwende. Insofern waren »Wir 89er« eine Art Avantgarde – zu einer Zeit, als weit und breit (gut: einige wenige unserer Leute verlustierten sich bei den Republikanern) keine politische Alternative in Sicht war.

Roland Bubik (wiewohl er im Hauptfach BWL lernte) hatte bei Rolf Peter Sieferle studiert. Er war enthusiastisch von diesem Lehrer, den damals (Sieferles Skandalwerk *Finis Germania* war noch 22 Jahre entfernt) nur genaue, wache Leser »rechts« einordneten. Wenn wir uns trafen, brachte Bubik oft provokante Früchte aus Diskussionen mit Sieferle mit. Teils erinnere ich mich im Wortlaut daran. Es ging um Mutterschaft, Härte und Sentimentalität, und wir haben abendlang darüber debattiert.

Meinen ersten Artikel hatte ich unter Roland Bubiks Ägide in der *JF* über die damals recht junge »Techno«-Bewegung verfaßt. Heute erscheint mir das kindisch. Als großstädtische Oberstufenschülerin entsprach das aber meinem Erfahrungshorizont. In der Schule quatschten sie uns voll mit ungefähigem Behutsamkeitsgedöns, draußen auf der Straße konnte man in Offenbach als junge blonde Frau unbelästigt kaum ein paar Meter gehen. Und in diesen Technoclubs unter dem Frankfurter Flughafen und im legendären »Omen« in der Innenstadt spielten sie Marschmusik 2.o! Beeindruckende Muskelmänner und Diskothekenwolküren tanzten sich die Seele aus dem Leib, zu harten, zwingenden Rhythmen. In meiner gut behüteten Vorstadtwelt – und bevor Techno zur Peace-Kultur wurde – war das eine Ansage! Ich, damals längst noch nicht volljährig, katholisch sozialisiert, Mädchenschulgängerin, war hypnotisiert.

Und ich war krude politisiert. Ich stamme aus einer bieder-fleißigen, buchfernen Vertriebenenfamilie, CDU-Wähler. Gefühlsmäßig war ich früh »rechts«. Ich war trotzig und eine Rebellin und spürte gern überall Tabus auf. Ich, als Jugendliche ohne jeden akademischen Anschluß, schnappte nach jedem Häppchen, was sich mir bot, um dieses Rechtsgefühl zu unterfüttern. Als mein Nachbar (deutlich älter als ich, eine Omnibus-Bekannt-

»Dieses Buch will Interesse wecken. Bei Freunden, Feinden und Gleichgültigen. Ein solches Interesse ist Voraussetzung für eine Verbesserung des vergifteten politischen Klimas in Deutschland. Für die linke Mehrheitskultur ist der Rechte bereits kein Mensch mehr: Er ist das Schlecht-Wollende im menschlichen Körper.«

aus dem Vorwort von Roland Bubik, in: Roland Bubik (Hrsg.): *Wir '89er*.

schaft) begann, mir Woche für Woche seine ausgelesene *Junge Freiheit* in den Briefkasten zu stecken, wurde ich eine fleißige Horterin. Ich sammelte alle Ausgaben dieser faszinierenden Zeitung, ackerte mit Textmarker Grundlagenartikel zu Themen wie »Postmoderne«, »Kommunitarismus«, »heimatverbundene Ökologie« durch und legte mir ein handgeschriebenes Lexikon mit »wichtigen Begriffen« an. Dieser Hausnachbar, Claus Wolfschlag, begleitete meine ersten Artikel für die *JF* (ich hatte ja noch nicht einmal Abitur) mit einem strengen Lektorat, das mich oft beschämte und mir den Kopf geraderückte.

Als Roland Bublik mich dann fragte, ob ich Interesse hätte, für einen Sammelband mit dem Titel *Wir '89er* beizutragen, fühlte ich mich geehrt. Ich hatte ja gerade erst als Noch-nicht-Teilnehmerin in die rechtsintellektuelle Szene hineingeschnuppert. Ich hatte seither (als halb verschüchterte, halb kecke Begleitperson bei Kneipensitzungen) Leute kennengelernt, die in deutschen Leitfeuilletons schrieben, Bücher in großen Verlagen veröffentlicht hatten und heimlich »zu uns« hielten. (Teils halten dieselben immer noch heimlich zu uns. Damals waren das für mich Helden. Heute? Schweigen wir.)



»Der Rechte, gemeinhin als braun, blöd und brutal dargestellt, wird von seinem Gegner oft verkannt. (...) Nein, der Rechte hat nichts mit den Barbaren und wenig mit den Hinterstübchen-Hobbypolitikern gemein. Wohl ist seine Position am ehesten eine künstlerische. Der Rechte ist im innersten ein Romantiker. (...) Der Rechte trägt in sich den Hang zum Irrrationalen, zum Mythos, zum Transzendenten, zur Symbolik. Er denkt synthetisch, in den Kategorien des Organischen. (...) Solange die Rechte als Ansammlung verkorkster Knickerbockerträger auftrat und als reaktionär einzustufen war, stellte sie keine Gefahr dar. Wird sie aber künftig in der Lage sein, innovativ zu denken und zu handeln, wäre sie durchaus in der Lage, gesellschaftliche Bedeutung zu erlangen.«

Simone Satzger:
»Elemente«, in: Roland Bublik (Hrsg.): *Wir '89er*.

Nebenbei gab es in dieser Zeit auch zahlreiche Bekanntschaften mit Leuten, die gleichwohl irgendwie rechts und auch irgendwie intellektuell, sprich: belesen, aber – oft bewußt – nicht »anschlußfähig« waren. Anschlußfähig woran? Ich würde sagen: an einen druckfähigen Minimalkonsens, an bundesdeutsche Debatten. »Auf dem Boden der FDGO stehend« war ein kategorisierendes und einigermaßen trennscharfes Schlagwort. Ich hatte Kontakt zu Leuten, die dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung skeptisch gegenüberstanden. Aus höchst unterschiedlichen Gründen. Radikalen (im Wortsinne) Entwürfen stand ich offen gegenüber – das entsprach meinem Alter und meinem Temperament. Bublik erklärte mir damals, was ein *lunatic fringe* sei und warum man sich (und zwar – wichtig! – nicht aus Opportunitätserwägungen, sondern aus Gründen der geistigen Hygiene) von ihm abgrenzen sollte. Ich verstand. Ich vollzog nach. Er hatte recht. Bis heute aber tut mir der *lunatic fringe*, all diese Reichsbürger, Schild&Schwert-Kämpfer, der abgehängte altrechte Rest auf eine gewisse Weise leid. Sie sind so eifrig, so verstrickt in ihren Eifer, sind verbohrt, sind der fleischgewordene Gegenentwurf zu jeder Anschlußfähigkeit. Ein klarer Schnitt, ein Bruch mit diesen Leuten sei aber unabdingbar – diese Devise ging damals auch von Dieter Stein aus. Die »Alte Rechte« wurde gnadenlos abserviert.

Im Grunde war es richtig. Ich hatte ja selbst oft genug gesehen, daß mit diesen Leuten, wie ehrenwert ihre Anliegen (Oder-Neiße-Linie, diverse Geschichtsmythen) auch waren, kein Blumentopf zu gewinnen war. Wie gesagt, das war nur zu einem kleinen Teil ein taktischer Schritt. Geistige Flexibilität, das merkte ich rasch, bedeutete nicht Gegenwartsschläue und rhetorische Geschmeidigkeit. Der wuchtige Dampfer der alten Rechten hatte schlicht Rost angesetzt und war zudem rettungslos über den Untiefen der Lage auf Grund gelaufen.

Die Selbstbewußte Nation, herausgegeben von den *Welt-am-Sonntag*-Redakteuren Heimo Schwilk und Ulrich Schacht, war damals gerade

erschienen: ein erstes Manifest nichtlinker Denker, das für gewaltiges Rauschen im Blätterwald sorgte. Dieses Buch (1994) mit prominenten Beiträgern wie Botho Strauß, Gerd Bergfleth und Hans-Jürgen Syberberg stellte eine Art Urszene der Neuen Rechten dar und wird weithin bis heute als solche rezipiert.

Unser Sammelband *'Wir 89er – toller Nebeneffekt: In der Jahreszahl stand »68« kopf – war gewissermaßen als Jugendfassung dieser Stimmung gedacht*. Bubik schrieb im Vorwort: »Im Rahmen meiner publizistischen Tätigkeit stieß ich immer wieder auf junge Menschen, die in das allgemein gepflegte Bild vom Rechten nicht paßten. Da kündigte sich etwas Neues an. Nicht nur auf der Ebene der politischen Argumentation oder Polemik, nein, tiefer noch: In der Lebensauffassung, im Bild vom Leben. Wie auf einer Entdeckungsfahrt begegnete ich einer bunten, kreativen Vielfalt von Prägungen, Emotionen, Vorstellungen, Lebensformen.« Und weiter: »Die 89er sind, erfreulicherweise, kein Block homogen denkender Ideologen. Unter ihnen sind Liberale, die Meinungsfreiheit und die Pluralität der Lebensstile einfordern. Sie wenden sich gegen die Gleichmacherei von links. Allein dieses Ziel gibt ihnen das Bewußtsein Rechte zu sein. Es treten Konservative auf, die angesichts allgemeiner Auflösung ihrer Wertvorstellungen nicht mehr »bewahren« können, sondern ihnen wieder Geltung verschaffen müssen.«

Das war unerhört – damals. In den Neunzigern, ich muß es betonen für jene Leute, die zu dieser Zeit noch Kleinkinder oder weniger waren, gab es keine Alternative! Es herrschte politische Grabesstille. Man konnte als junger Mensch auf vielfältige Art links sein: Öko, Kiffer, Mitglied bei Amnesty-International oder Greenpeace, Juli, Juso – oder eben unpolitischer Popper mit Lacoste-Shirt. Wenn man kraß war und in sozialer Hinsicht wenig zu verlieren hatte, ging man in eine Burschenschaft und zum RCDS, das war aber weitgehend Klemmis und Neurotikern vorbehalten. Maximalst war man *straight edge*, aber diese Typen taten nur streng, waren in Wahrheit aber harmlos und unpolitisch. Darum löste unser munteres Buch (einem Echo zur *Selbstbewußten Nation* gleich) ein beträchtliches Nachbeben aus. Hier erklärten sich äußerlich vollkommen normale Leute, fast durchgängig Studenten oder Studierende, für: rechts. Der Band, erschienen bei Ullstein unter der kurzen Ägide Rainer Zitelmans (der damals nur Lektor war, heute Millionär ist) wurde rundum rezensiert, von den Leitmedien bis zur *Titanic*. *Wir 89er* gaben Interviews, wir wurden ins Fernsehen geladen.

Um zu beweisen, daß man über sich selbst lachen können muß, habe ich einen Videomitschnitt aus dem ZDF-Länderjournal unlängst meinen Kindern vorgeführt. Ich hatte ihnen erzählt, wie mich der Moderator damals (hinter den Kulissen) in den Arm nahm und tätschelte (#michauch): »Ihr erster Fernsehauftritt? Keine Sorge, wird total easy!« Dann saß da die Mama im Studio, mit mächtigem Ohrgehänge, abenteuerlichen Stöckelschuhen, Haargeflecht und grellorangem Kleid, begleitet von Manuel Ochsenreiter, einem damals kaum erwachsenen, grundartigem Burschen, der einen Allgäuer Dialekt sprach. Der Moderator fuhr live gleich von null auf hundert: Wir seien rechtsradikal, antisemitisch und ausländerfeindlich. Dazu mögen wir doch bitte mal Stellung nehmen! Ochsenreiter beharrte mit freundlichem Lächeln darauf, daß halt eine Moschee nicht in ein bayrisches Dorf passe, und ich betonte meinen literarischen Philosemitismus, brachte dann aber das Wort »Auschwitz« nicht über die Lippen: »Wir dürfen Auswitsch, äh, Auswitsch, verdammt! Aus...« usw. Du liebe Güte! Es war eben die eine Sache, in Schule, Familie und sozialem Umfeld »rechts« zu sein und das cool zu verteidigen – und eine andere, das »im Fernsehen« zu tun.

Unser Buch rangiert heute im Antiquariat deutlich über dem Originalpreis. Das ist bedeutsam, zumal politische Zeitgeistliteratur aus vergangenen Jahrzehnten allermeist zum Centwert zu haben ist. Keinem von jenen, die sich damals als Outlaw positionierten, stand ein Auffangnetz zur Verfügung. Niemand hätte zur Not als Referent, Beigeordneter oder Schreibkraft bei einer Partei andocken können, falls ihm aus dem inopportunen Aufsatz ein beruflicher Strick gedreht worden wäre. Und es *wurden* Stricke gedreht. Waren wir Helden? Ach komm, nein. Wir waren kühner, romantischer, ganzheitlicher als die Leute von heute. Wir waren ein Anfang. Wir wollten noch spielen. ■

»Die Freundin begann sehr bald, von dem »multikulturellen Charakter: des kleinen Beisammenseins zu schwärmen: »Wenn ich mehr als drei Deutsche in einem Raum zusammen- sehe, wird mir schlecht.« Um nicht aufzufallen in diesem mir fast unbekanntem Kreis, schwieg ich.«

Claus Wolfschlag: »Das Schweigen brechen«, in: Roland Bubik (Hrsg.): *Wir '89er*.

»Die Menschen sind seelisch angefüllt mit Jauche. Man muß sie nur anstoßen, und sie geben sie wieder von sich.«

Dieter Stein: »Politische Begegnungen«, in: Roland Bubik (Hrsg.): *Wir '89er*.

»So durfte ich schon in der Unterstufe erfahren, daß wir schon lange in einer multikulturellen Gesellschaft lebten, ist doch klar: die Schrift von den Römern, die Zahlen von den Arabern, die Computer von den Japanern ... Wer heute also noch »konservativ« oder gar »national-konservativ« ist, der würde am liebsten wieder in Bärenfellen Mammuts jagen und Bäume anbeten. Später wurde uns erzählt, daß sich auf der politisch Rechten nur Bierzelthinterwäldler sowie aggressive, ungebildete Deutschtümler tummelten, während sich die politische Linke vor lauter Intellekt, Menschlichkeit und Jugendlichkeit kaum mehr retten könnte.«

Manuel Ochsenreiter: »Erziehungssache«, in: Roland Bubik (Hrsg.): *Wir '89er*.

Carl Schmitt und die Identitätspolitik

von Seyed Alireza Mousavi

Identitätspolitik ist in der westlichen Welt zu einem maßgeblichen Hebel innerhalb der Machtverhältnisse geworden. Man sieht in ihren heutigen Vertretern meist Nachkommen der neuen Linken, die in den 1960er Jahren Frauen- oder Selbstbestimmungsrechte für Minderheiten einforderten. Diese Sicht ist nicht ganz richtig, weil die Anliegen der Identitätspolitik hinter die Experimente der Kulturlinken hinausreichen und ihre Wurzeln in der Zeit der Aufklärung haben: Die Identitätspolitik hat sich im späten 18. Jahrhundert herausgebildet und wurde zum ersten Mal von konservativen Bewegungen benutzt, die sie auf kollektive Identitäten wie Nationen und Völker bezogen. Die Politisierung der Identitätsfrage war im Grunde eine Reaktion konservativer Kräfte auf die Aufklärung und insbesondere auf deren Bekenntnis zum Universalismus und zur Gleichmacherei. So hob die deutsche Romantik die Bedeutung kultureller Differenzen hervor. Adam Müller etwa vertrat die Ansicht, daß die auf der Pluralität der Kulturen gegründeten Identitäten authentischer seien, als das abstrakte Konzept des Universalismus und der Menschheit. Er prangerte damit die mit den Menschenrechten verbundenen Ideale als abstrakten Unsinn an, weil es *den* Menschen schlechthin überhaupt nicht gebe.

Der Liberalismus hat in der Aufklärungszeit seinen Beitrag zur Entwicklung der Identitätspolitik geleistet. Der Liberalismus versuchte, die Politik aus der Autorität Gottes zu befreien, und gerade deswegen mußte die Politik auch von der Autorität der Wahrheit befreit werden: nicht von der bloß faktischen Wahrheit, sondern von einer Wahrheit mit metaphysischem Geltungsanspruch. Indem der Liberalismus die Wahrheit aus der Politik verbannte, trat der Patriotismus – also das Wir-Interesse – als Fixpunkt öffentlicher Normen an ihre Stelle. So bezeichnet Rorty den Liberalismus im ursprünglichen Sinne als Wir-Liberalismus, weil sich die klassischen Liberalen als Nationalisten zum kollektiven Recht des Eigenen bekannten, wobei sie zugleich die Metaphysik als Quelle rechterzeugender Kräfte verwarfen. Heutzutage haben jedoch die Kulturlinken der 68er Jahre die kollektive Identitätsfrage des Wir-Liberalismus zugunsten der Heterogenität der Gesellschaft aufgegeben, indem sie jede Art von Autorität und Nationalismus ablehnen. Rorty bezeichnet diese Kulturlinken als Identitätsliberale.

Letztlich bildeten sich zwei Hauptpole des Identitätsbezugs heraus: dem Wir-Liberalismus der klassischen Liberalen steht der Identitätsliberalismus der heutigen Kulturlinken gegenüber. Beide Pole stimmen aber in einem Punkt überein: Sie wollen keine metaphysische Substanz vertreten. Die Neue Linke lehnt die vorgegebene Tradition und Kultur ab und ist auf die von der kollektiven Substanz abweichenden Minderheitsrechte fixiert, und die Liberalen lehnen diese Sonderrechte wiederum ab, weil sie sich auf die Marktgesetze und das Recht des Stärkeren berufen.

Die Kulturlinken der 68er Jahre haben die Identitätsfrage zugunsten der globalen Finanzkartelle politisiert und sogar – zugespitzt formuliert –

»Der verfassungsgebende Wille des Volkes ist an kein bestimmtes Verfahren gebunden.«

Carl Schmitt: *Verfassungslehre*, S. 90.

Karl Marx verraten, indem die alte Rhetorik des Klassenkampfes, die die Dichotomie der Gesellschaft im Widerspruch von Kapital und Arbeit kannte, von ihnen im Großen aufgegeben und durch den Gegensatz zwischen Mehrheitsgesellschaft und heterogenen Minderheiten ersetzt wurde. Statt Fragen der sozialen Ungleichheit in den Mittelpunkt zu stellen, war in den letzten zwei Jahrzehnten Diversity das dominierende Emanzipationsprojekt der europäischen linken Parteien. Wenn eine Sekte von den Mehrheitsnormen abweicht, wird ihr auf die Schulter geklopft, und sie wird ermuntert, ihre Geschichte zu erzählen. Diese neu-empfindsame, oder eher überempfindliche Gesellschaft gibt allerdings an keiner Stelle zu erkennen, daß sie sich auch durch die Geschichte verarmerter heterosexueller Weißer bereichert fühlen könnte. Insofern ist der essentielle Wesenszug der heutigen Identitätspolitik der Linken ihre Tendenz zur Fragmentierung und Überindividualisierung. Das heißt eigentlich dann das Ende der Solidarität als Kern der Nationalpolitik. Insofern befinden sich die neuen Linken in einem nihilistischen Emanzipationsmodus und der Destrukturierung, welche paradoxerweise den Weg wiederum für den neo-liberalen Kapitalismus, den sie ursprünglich ablehnten, ebnet. Denn die Auflösung der Strukturen, wie etwa der staatlichen, rechtlichen und solidarischen Strukturen, und die Hinwendung zu partikulären Anliegen ist nicht mit der Auflösung der Macht, wie viele Linke immer noch glauben, gleichbedeutend.

In seiner Staatstheorie unterscheidet Carl Schmitt zwischen Macht- und Rechtstheorie. Wenn man nach dem Grund des Rechts und nach der Rechtfertigung des Rechts frage, sei innerhalb der Machttheorie auf die Machtverhältnisse zu achten. Schmitt stellt fest, daß die Macht sich dabei einem eigenständigen Inhalt des Rechts entzieht. Das vorhandene Recht beruft sich auf die Autorität und die herrschende Anschauung. Im Gegensatz dazu entsteht das Recht im Rahmen der Rechtstheorie nicht aus der Autorität, sondern das Recht legitimiert sich von selbst. Das Recht gilt dann also auch, wenn die meisten Menschen oder Minderheiten anderer Ansicht sind. Dies ist möglich, wenn das Recht einen Inhalt besitzt, der eben nicht aus den Machtverhältnissen entsteht. Schmitt plädiert in seiner Staatstheorie für dieses Primat des Rechts und wendet sich gegen dessen Liberalisierung und Relativierung. Wichtig dabei ist, daß es sich beim Primat des Rechts um ein machtbegrenzendes Moment handelt, das sowohl staatliche als auch personale Autorität überprüft und hegt.

Sowohl Liberale als auch die heutigen Kulturlinken bezeichnen das Zusammenwirken der einzelnen Menschen als den Ursprung des Rechts, und insofern erkennen sie keine über die Machtverhältnisse hinaus prägende Wahrheit an. Die Liberalen beziehen sich auf die Mehrheit der Gesellschaft und die Kulturlinken auf deren Minderheiten; während die Liberalen die Mehrheit als rechterzeugende Kraft betrachten, nehmen die Kulturlinken den entgegengesetzten Standpunkt ein, da Recht bei ihnen durch die Anliegen der Minderheiten symbolisiert wird. Dennoch folgen beide Lehren der Logik der Machttheorie und sind insofern unfähig zu erläutern, was genau die Identität und die rechtsbegründenden Normen in der betroffenen Gesellschaft ausmachen. Denn sie beziehen sich lediglich auf die wechselnden Zahlen der Mehrheit oder jene von Minderheitengruppen.

Bei Carl Schmitt ist der Staat nicht der Schöpfer des Rechts. Vielmehr ist das Recht der Schöpfer des Staates. Insofern unterscheidet er zwischen Legalität und Legitimität. Der Wert des Staates ergibt sich aus seiner Verwurzelung im Recht. Er ist höchste Gewalt, weil er vom Recht ausgeht und insofern verwirklicht er das Recht in Gestalt der Gesetze. Demnach lautet die entscheidende Frage: Woher kommt denn das Rechtliche? Carl Schmitt hält daran fest, daß das Recht und die Gerechtigkeit aus dem jeweiligen Denktypus des Volkes entspringen. Die verschiedenen Völker seien nämlich verschiedenen Denktypen zugeordnet, und mit der Vorherrschaft eines bestimmten Denktypus könne sich eine geistige und damit politische Herrschaft über ein Volk verbinden. Die geistige Herrschaft als solche ist nach Schmitt die Herrschaft der sich dynamisch entwickelnden und gleichzeitig vorgegebenen Tradition, welche die Substanz der Gesellschaft – nämlich die Identität derselben – in einem konkreten Gebiet auf dem Globus herauschält. Alles Recht ist daher in diesem Sinne Situationsrecht.

Die Identität entsteht daher weder aus den Marktverhaltensregeln der Liberalen noch aus dem Emanzipationsprojekt der Linken, sondern sie ergibt sich aus dem Denktypus des Volkes. Ein solcher Denktypus kommt

»Wird von der Machttheorie das Recht als Resultat einer bestimmten Verteilung sozialer Kräfte aufgefasst, ... so bleibt es in der Sache gleichgültig, ob die Überlegenheit, von der das Recht ausgeht, eine rein physische oder eine psychische ist.«

Carl Schmitt: *Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen*, S. 22.

»... ein Hinweis auf die Meinung der meisten, der anständig und billig denkenden Menschen, (bedeutet für die Rechtstheorie) eine Bezugnahme auf etwas, das nicht aus eigener Autorität gilt, sondern nur einen Inhalt bezeichnet, der dem entspricht, was sein soll.«

Carl Schmitt: *Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen*, S. 25.

»Die verschiedenen Völker und Rassen sind verschiedenen Denktypen zugeordnet, und mit der Vorherrschaft eines bestimmten Denktypus kann sich eine geistige und damit politische Herrschaft über ein Volk verbinden. Es gibt Völker, die ohne Boden, ohne Staat, ohne Kirche, nur im Gesetz existieren; ihnen erscheint das normativistische Denken als das allein vernünftige Rechtsdenken und jede andere Denkart unbegreiflich, mythisch, phantastisch oder lächerlich.«

Carl Schmitt: *Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens*, S. 9f.

für Schmitt in einem dynamischen Prozeß zustande und ist daher gerade nicht rassistisch im biologischen Sinne. Er wurzelt in der kulturellen Vergangenheit der Gesellschaft. Der entscheidende Punkt ist, daß dieser Prozeß im Schmittschen Sinne niemals auf die Machtverhältnisse zurückgreift, sondern sich nur durch den Staat verwirklicht. Während die Linken und Liberalen die Identität politisieren, steht die Identität als Substanz der Gesellschaft bei Schmitt über der Politik und dem Staat, und insofern ist Politik nicht rechterzeugende, sondern rechtverwirklichende, also identitätsverwirklichende Kraft. Die Politik wirkt somit als Beschützer der Identität vor deren Politisierung. Denn die Schmittsche Identität kommt aus den historischen Erfahrungen des Volkes (Boden, Staat, Kirche) und insofern sollte die Rechtsordnung Ausdruck der Lebensordnung sein, unabhängig von politischen Machtverhältnissen.

Die Substanz der Gesellschaft – ihre Identität nämlich – ist im Grunde eine sinnstiftende Erzählung, die Carl Schmitt gemäß seiner Verfassungslehre im Grundgesetz verankert sehen wollte. Denn sie wird damit vor den sich in permanenter Veränderung befindlichen politischen Machtverhältnissen geschützt. In der Bundesrepublik standen jedoch nie sinnstiftende Erzählungen im Mittelpunkt der kollektiven Selbstvergewisserung. Es waren, wie zuletzt etwa Herfried Münkler ausführte, Geschichten über die Wirtschaftskraft, also ein Leistungsmythos. So verlagerte sich das Bedürfnis nach mythischer Erzählung und symbolischer Repräsentation von Politik und Staat auf Markt und Konsum. Der Volkswagen wurde zum Zeichen des Dazugehörens, und der Mercedes war das Symbol des gelungenen Aufstiegs, die Bestätigung des Erfolgs. Es fehlte insofern immer an starken Erzählungen, die sich auf die deutsche Geschichte und die Kraft der christlich-deutschen Identität zurückbesonnen hätten. Merkels Berater Herfried Münkler stellte in einem Gespräch vom 19. September 2018 mit der Wochenzeitung *DIE ZEIT* fest, daß die Wiedervereinigung Deutschlands kein neuer demokratischer Gründungsmythos der Deutschen geworden sei. Er forderte »haltende Narrative«, damit die Folgen der Globalisierung ausbalanciert werden könnten.

Mit der starken Erzählung wird eigentlich die spezifische Identität vor den fremden Identitäten geschützt, während ein wechselseitiger Austausch geschichtlich gesehen stets zwischen den Identitäten erfolgt. Es geht darum, die Identität der Gesellschaft im Schmittschen Sinne zu bewahren. Dazu gehören sicher Freund- und Feindbilder, und insofern wird mit den Erzählungen zum Schutz der Identität politisch gekämpft. Im Machtspiel der »Großen Erzählungen« kommt es darauf an, die Erzählungen der Gegenseite durchschauen und auf sie zu reagieren. Obwohl Münkler feststellt, daß die deutsche Gesellschaft eine starke Erzählung als solche brauche (und zwar eine, die über die jeweiligen Machtverhältnisse hinausgehen sollte), zielt er darauf ab, den Sinn des Narrativs umzuinterpretieren und gleichzeitig seine Funktionen beizubehalten. Er will nämlich starke Gegenerzählungen konzipieren, um damit das Wesen des Narrativs, das auf Freund- und Feind-Dualismus beruht, zu dekonstruieren und die dominierende Vorstellung vom *clash of civilizations* zu entkräften. Insofern will er ein Narrativ für die Gesellschaft entwickeln, welches der Gesellschaft eine spezifische Perspektive gibt, aber gleichzeitig dem Globalisierungsprozeß, das heißt den globalen Ambitionen, unterworfen bleibt. Diese Ansicht kann man getrost als die Pflanzstätte so diffuser Erzählungen wie die vom »Wir schaffen das« beschreiben, die eher die Gesellschaft spalten als sie zusammenbringen.

Der Denktypus des Volkes und der Schutz der deutschen Identität sollte im Gegensatz dazu innerhalb der Neuen Rechten jenseits von Machtverhältnissen konzipiert werden. Andernfalls würde sie die Spielregeln der neuen Linken – also die modernen Dichotomien der Gesellschaft zwischen Mehrheit und Minderheit – unter anderen Vorzeichen weiterführen. Die Identität ist kein nebensächliches Phänomen, das durch die Propagierung einer Leitkultur bewahrt werden könnte, wie Bassam Tibi sich das vorstellte. Es handelt sich vielmehr um eine Existenzfrage, und daher sollte die Identität mit Carl Schmitt auf dem Niveau einer Verfassungslehre debattiert werden: Die Identität würde dabei nicht als Objekt der Verfassung, sondern als verfassungsgebender Wille des Volkes betrachtet werden! Denn dies ist die Voraussetzung dafür, daß ein freies Volk keine Rechtsordnung begründe, welche die Kontinuität der eigenen Identität aufgrund ungünstiger Machtverhältnisse zu leugnen oder gar auszuhebeln imstande ist. ■

Literaturhinweise:

Adam Müller: *Die Elemente der Staatskunst*, Berlin 1809;

Herfried Münkler: *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin 2009;

Herfried Münkler im Gespräch mit Judith Scholter und Frank Werner: »Wir schaffen das«, in *zeit.de* vom 19. September 2018;

Richard Rorty: *Stolz auf unser Land: Die amerikanische Linke und der Patriotismus*, Berlin 1999;

Carl Schmitt: *Der Wert des Staates und die Bedeutung des Einzelnen*, Berlin 2004;

Carl Schmitt: *Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens*, Berlin 1993;

Carl Schmitt: *Verfassungslehre*, Berlin 1993.

Autoren dieses Heftes

Siegfried Gerlich, 1967, arbeitet freischaffend als Autor und Pianist.
Richard Wagner. Die Frage nach dem Deutschen, Wien 2013

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Blick nach links oder: Die konformistische Rebellion, Schnellroda 2019

Gerd-Klaus Kaltenbrunner, 1939–2011, übersiedelte nach einem Studium der Rechtswissenschaft 1962 von Wien nach Deutschland und arbeitete als Lektor. Bis zu seinem Tod war er mit verschiedenen Projekten (u. a. *Rekonstruktion des Konservatismus*, 1972; *Herderbücherei Initiative*, 1974–1988) einer der wichtigsten Denker des christlich-konservativen Milieus.
Vom Geist Europas (2 Bde.), Graz 2019

Marcel Kehlberg, 1980, studierte Luft- und Raumfahrttechnik. Er lebt und arbeitet im französischen Département Haute-Garonne.

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt, Schnellroda 2016

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.
Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
Das andere Deutschland. Neun Typen, Schnellroda 2018

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Rassismus – Ein amerikanischer Alptraum, Schnellroda 2018

Dr. Seyed Alireza Mousavi, 1982, ist promovierter Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten Konservatismus in Deutschland und politische Kultur im schiitisch-islamischen Raum.
Die Globalisierung und das Politische. Überlegungen zur Aktualität von Carl Schmitt, Berlin 2017

Dr. Stefan Scheil, 1963, Studium der Geschichte und Philosophie, promoviert als Historiker.
Balkanfront 1941. Churchills Strategie, Schnellroda 2019

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin und Mutter dreier Söhne. Außerdem bloggt sie unter fauxelle.wordpress.com.
Wir erziehen. Zehn Grundsätze, Schnellroda 2019

Michael Wiesberg, 1959, Studium der Evangelischen Theologie und Geschichte. Arbeitet als Lektor und freier Journalist.
Botho Strauß. Dichter der Gegen-Aufklärung, Dresden 2002

Zauberlehrlinge und Winkeladvokaten

von Siegfried Gerlich

In ihrem Buch *Die Zauberlehrlinge* erinnern die Journalisten Maximilian Steinbeis und Stephan Detjen an jenen verhängnisvollen Tag, der »Deutschland verändert hat«, da an ihm die Spaltung des Staatsvolkes in zwei potentielle Bürgerkriegsparteien ihren Anfang nahm. Dabei haben die Autoren jedoch nicht den 4. September 2015 im Sinn, an dem die Bundeskanzlerin Angela Merkel Massen von illegal einströmenden Zuwanderern die deutschen Grenzen offenhielt, sondern den 10. Februar 2016, an dem Horst Seehofer in Anbetracht einer verstetigten und weiterhin unkontrolliert fortlaufenden Massenzuwanderung die »Herrschaft des Unrechts« anprangerte. Damit nämlich habe der Bundesinnenminister einen »Kampf um das Verständnis von Staat, Recht und die innere Verfassung des Landes« eröffnet, der alle »Brücken zur Verständigung« abbrechen und »Wege zu Kompromissen« zwischen Gutmenschen und Wutbürgern verbauen sollte. Erst das Schlagwort vom »Rechtsbruch« sei es gewesen, was die lediglich »von September 2015 bis zum März 2016« virulente Flüchtlingskrise »auf Dauer gestellt« habe. Allerdings habe Seehofer nur die lauteste Stimme, seine Botschaft hingegen »viele Väter« gehabt. Ihnen allen, die gleichsam den Geist aus der Flasche gelassen hätten, ist der Buchtitel zugebracht, denn vorsätzlich oder fahrlässig spülten sie nur »Wasser auf die Mühlen der AfD und der nationalpopulistischen Rechten« und fügten so der »Herrschaft des Rechts« allemal selber Schaden zu.

Diesen politischen Anwürfen verleihen Steinbeis und Detjen in ihrem Buch weniger moralischen als vielmehr juristischen Nachdruck, indem sie die These, die Bundesregierung habe mit der Grenzöffnung einen Rechtsbruch begangen, mit der Antithese zu parieren suchen, sie habe lediglich bereits offene Grenzen nicht geschlossen, weil gerade die Grenzschließung einen Rechtsbruch bedeutet hätte. Im Unterschied zu Humanitaristen, die Angela Merkel dafür loben, daß sie Gnade vor Recht ergehen ließ (und damit nur das streitige Unrecht einräumen), aber auch zu Skeptikern, die in der Offenhaltung der Grenzen eine nicht unbedingt zustimmungswürdige, aber zumindest rechtlich gedeckte Entscheidung sehen, werben die Autoren für die Auffassung, es habe sich hierbei um eine rechtlich geradezu gebotene und somit alternativlose Entscheidungsvermeidung gehandelt. Insbesondere gegen Robin Alexander, der die Regierenden als unverantwortlich taktierende und lavierende »Getriebene« vorführte, die nicht zuletzt aus Angst vor »häßlichen Bildern« die bereits beschlossene Grenzschließung umzusetzen sich nicht getraut hätten, bestehen Steinbeis und Detjen auf deren besserer juristischer Einsicht. Nur folgerichtig rügen sie die Bundesregierung einzig dafür, sich vor einer juristischen Rechtfertigung ihrer offenen Grenzpolitik zu lange »gedrückt« und durch solche »Leisetretei« den »Mythos des Rechtsbruchs« noch genährt zu haben, obschon sie in gar keiner rechtlichen Verlegenheit gewesen sei.

Aber bereits der Autoren eigene Schilderung der ersten Krisenkonferenz in jenen chaotischen Septembertagen macht deutlich, daß die Staats-

»Ein offener Staat, der die Disposition über seine Grenzen aufgibt, mag offen sein, wird aber kein Staat bleiben können. (...) Damit die Universalität der Menschenrechte sich im grundgesetzlichen Raum entfalten kann, bedarf es der Partikularität eines prinzipiell abschließbaren Staatsgebietes.«

Udo Di Fabio: »Welt aus den Fugen«, in: faz.net vom 14. September 2015.

»Der Gesinnungsethiker sieht im Massenphänomen des Menschenzustroms das Gesicht des einzelnen Flüchtlings, das Mitleid heischt. (...) Der Verantwortungsethiker sieht die Massen mit ihrem Bedarf, mit den Chancen und Risiken, die sie dem Land bringen. Er prüft, ob und wie weit der Staat mit seinen begrenzten Ressourcen ihnen auf Dauer gewachsen ist, und zieht die praktischen Konsequenzen.«

Josef Isensee: »Menschenwürde: Rettungsinsel in der Flüchtlingsflut«, in: Depenheuer/Grabenwarter (Hrsg.): *Der Staat in der Flüchtlingskrise*, Paderborn 2016.

führung sich über die Rechtslage vollkommen im Unklaren war: Während der Chef der Bundespolizei Dieter Romann als bewährter Verwaltungsjurist eine Schließung der Grenze als rechtmäßig befürwortete, um eine »Schubumkehr« der Migrationsbewegung zu bewirken, hielten dagegen die Juristen des Auswärtigen Amtes Zurückweisungen an der Grenze für rechtswidrig. Das Justiz- und das Innenministerium wiederum gelangten erst, nachdem die Entscheidung zur Offenhaltung der Grenze längst gefallen war, zu der »gemeinsamen Rechtsauffassung«, daß eine Grenzschließung durchaus zulässig gewesen wäre. Und die weiterhin ratlos wirkende Bundesregierung selbst sollte in der Folge gleich mehrere Rechtfertigungsversuche für ihren unabänderlichen Entschluß anbieten, welche indessen nicht alle Zeitgenossen so gründlich zu überzeugen vermochten wie die juristisch geschulten Autoren Steinbeis und Detjen.

Schon die unablässig wiederholte Behauptung, das Grundrecht auf Asyl kenne keine Obergrenze, konnte keine absolute Geltung beanspruchen, da das Asylrecht wie jedes Leistungsrecht unter dem »Vorbehalt des Möglichen« steht. Das eigentliche Problem aber, von dem die fragliche Obergrenze nur abgelenkt hat, bestand in der ungeklärten Frage der völkerrechtlichen Zuständigkeit der Bundesrepublik für Asylgesuche überhaupt, denn nach einer die aus dem »Asylkompromiß« von 1992 hervorgegangenen »Drittstaatenregelung« betreffenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist jeder »auf dem Landweg in die Bundesrepublik Deutschland einreisende Ausländer« von der Berufung auf das Asylrecht »ausgeschlossen«. Um gleichwohl eine deutsche Fürsorgepflicht reklamieren zu können, nahm die Bundesregierung sodann das »Selbsteintrittsrecht« gemäß Art. 17 der Dublin-III-Verordnung in Anspruch, obwohl dieses nur auf atypische Einzelfälle bei geklärter Identität des Antragstellers, keineswegs aber auf Massen von angeblichen oder tatsächlichen Syrern anwendbar ist. In diesen rechtlichen Sackgassen gelandet, schlug die Bundesregierung schließlich den bis dahin juristisch ungepflasterten Weg ein, ihre »Politik der offenen Grenzen« unter Berufung auf die unantastbare »Würde des Menschen« zu verteidigen. Zwar läßt dieses höchste ethische Achtungsgebot kaum konkrete rechtliche Nutzenwendungen zu, aber gerade in seiner semantischen Unbestimmtheit verführt es zu Grundrechtsneuschöpfungen nach Laienart. Als sich selbst das Bundesverfassungsgericht bei seiner Entscheidung zur Anhebung der Sozialleistungen für Flüchtlinge auf Hartz-IV-Niveau auf diesen Art. 1 Abs. 1 GG berief, stellte es damit jedenfalls klar, daß die »Menschenwürde« nunmehr auch für die obersten deutschen Richter zu einem Mädchen für alles geworden war.

Insgeheim räumen auch Steinbeis und Detjen ein, daß die derzeitige Asylrechtslage sich angesichts eines immer undurchdringlicher gewordenen Paragraphendickichts kaum mehr eindeutig klären läßt. Sie glauben jedoch, die größten juristischen Konfusionen auf Normenkollisionen zwischen dem deutschen und dem europäischen Recht zurückführen und nach Maßgabe der Vorrangsstellung des Unionsrechts auflösen zu können. Allerdings handelt es sich hierbei um keinen »Geltungsvorrang«, sondern um einen bloßen »Anwendungsvorrang«; und sobald sich die zuweilen selbstwidersprüchlichen europäischen Rechtsnormen als unanwendbar erweisen, fällt schwer ins Gewicht, daß die deutschen Rechtsnormen durch ihre Nichtanwendung keineswegs ungültig oder »nichtig« geworden sind. So wurde das die Zuständigkeit der Ersteinreisestaaten für Asylverfahren festlegende Dublin-III-Abkommen durch die mangelhafte Umsetzung des Schengener Abkommens faktisch sabotiert, da die offenen Binnengrenzen eine Sekundärmigration bis zum Letzteinreisestaat Deutschland beförderten, dem seinerseits Rückschiebungen wegen der in vielen Erstaufnahmelagern desolaten Menschenrechtslage verwehrt sind. Und nachdem »Dublin« und »Schengen« als Ecksteine des europäischen Regelwerks gefallen sind, werfen die Autoren selbst die Frage auf, ob nicht »die Substanz dieses Rechts« im Zuge der Überbelastung Deutschlands »pulverisiert« worden sei.

Dies bleibt indessen eine rein rhetorische Frage, denn mit den von ihnen aufgerufenen Rechtswissenschaftlern Christoph Möllers und Daniel Thym haben sich Steinbeis und Detjen Gewährsmänner gesucht, die diese Frage migrationsfreundlich verneinen, um gegen all jene Staats- und Verfassungsrechtler, die sich mit einer bejahenden Antwort zu Wort ge-

»Der Rechtsstaat ist im Begriff, sich im Kontext der Flüchtlingswelle zu verflüchtigen, indem das geltende Recht faktisch außer Kraft gesetzt wird. Regierung und Exekutive treffen ihre Entscheidungen auf demokratisch legitimierten Gesetzgeber vorbei, staatsfinanzierte Medien üben sich in Hofberichterstattung, das Volk wird stummer Zeuge der Erosion seiner kollektiven Identität. (...) Wenn Flüchtlingswellen mit ungehinderter Wucht andere Staaten überfluten, dann werden nicht nur deren überkommene normative Regelwerke zur Disposition gestellt, dann könnten diese buchstäblich lawinenartig mitgerissen werden. (...) Inwieweit ist das nicht nur in Ansehung der Flüchtlingskrise frappante Leerlaufen und Nichtanwenden von Rechtsnormen ein erstaunliches Indiz rechtsstaatlicher Dekadenz.«

Otto Depenheuer: »Vorwort« u. »Flüchtlingskrise als Ernstfall des menschenrechtlichen Universalismus«, in: *Der Staat in der Flüchtlingskrise*.

»Nation und Volk werden oft als gleichbedeutende Begriffe behandelt, doch ist das Wort ›Nation‹ prägnanter und weniger mißverständlich. Es bezeichnet nämlich das Volk als politisch-aktionsfähige Einheit mit dem Bewußtsein seiner politischen Besonderheit und dem Willen zur politischen Existenz, während das nicht als Nation existierende Volk nur eine irgendetwie ethnisch oder kulturell zusammengehörige, aber nicht notwendig politisch existierende Verbindung von Menschen ist. Die Lehre von der verfassungsgebenden Gewalt des Volkes setzt den bewußten Willen zur politischen Existenz, also eine Nation voraus.«

Carl Schmitt: *Verfassungslehre*, Berlin 1928.

meldet haben, besser gerüstet zu sein. Zu den prominenteren zählen der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, der angesichts des »eklatanten Politikversagens« in der Flüchtlingskrise die »Herrschaft des Rechts« auf dem Spiel sah; sowie Udo Di Fabio, der als vormaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts anmahnte, daß die »Staatlichkeit als Voraussetzung der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes« nicht »verletzt oder gefährdet werden« dürfe. Zu den argumentativ gefährlichsten Staatsrechtlern gehört freilich Ulrich Vosgerau, der den von Seehofer bloß popularisierten Topos der »Herrschaft des Unrechts« recht eigentlich geprägt hat. In einem unter diesem Titel veröffentlichten *Cicero*-Artikel vom Herbst 2015 ging Vosgerau noch härter als die zuvor Genannten mit der offenen Grenzpolitik der Bundesregierung ins Gericht, wobei er neben dem »staatlich initiierten Rechtsbruch« auch die »Veränderung des Rechtsgefühls« durch Politik und Medien ins Spiel brachte. Es ist bezeichnend, daß Steinbeis und Detjen den interessantesten Teil ihrer Auseinandersetzung mit diesem zumal europarechtlich versierten Juristen in die Fußnoten verbannen und im Haupttext vornehmlich biographische Anekdoten zum besten geben sowie üble Nachrede weiterverbreiten, um Vosgerau leichter als »exzentrischen und ideologisch überdrehten Außenseiter« erledigen zu können.

Zum Mittel der persönlichen Ridikülisierung greifen die der Überzeugungskraft ihrer juristischen Argumente offenbar selber nicht immer trauenden Autoren aber auch noch gegen andere konservative Staatsrechtswissenschaftler. Dietrich Murswiek etwa, der sich über das »totale Staatsversagen« in der Asylkrise bestürzt gezeigt hatte, wird schon wegen seines nicht nur der Verfassung, sondern auch dem Vaterland geltenden Patriotismus als »Einzelgänger und Sonderling« abgestempelt; und sogar renommierte Vertreter des Staatsrechts alter Schule wie Josef Isensee und Otto Depenheuer werden dafür belächelt, die Grenzöffnung mit »fiebrig glänzenden Augen« zum »Ernstfall« emporstilisiert zu haben. Von einer »Infizierung der westlichen Demokratien mit einem latenten Ausnahmezustand« hatte letzterer tatsächlich bereits nach den präzedenzlosen Terroranschlägen vom 11. September gesprochen, und damit war Depenheuer noch nicht einmal so weit gegangen wie Giorgio Agamben, dem sich angesichts der Permanenz der terroristischen Gefahrenlage »der Ausnahmezustand in der Politik der Gegenwart immer mehr als das beherrschende Paradigma des Regierens« aufdrängte. Wie realitätsblind Steinbeis und Detjen sind, wenn sie die traditionsreiche deutsche Staatsrechtslehre insgesamt als eine »deutsche Marotte« abtun und insbesondere den Topos des Ausnahmezustands als ein obsoletes Stück deutscher Schauerromantik verabschieden, hätte sie freilich schon ein Seitenblick nach Frankreich lehren können, das sich nach den Anschlägen in Paris vom 13. November 2015 für zwei Jahre offiziell im Ausnahmezustand befand.

Aber auch in den seither nach Deutschland eingereisten islamischen Terroristen wollen die Autoren partout keine politischen »Feinde«, sondern lediglich gewöhnliche »Kriminelle« sehen, obschon allein der Anschlag am Berliner Breitscheidplatz in einem Augenblick mehr Menschen in den Tod befördert hat als der NSU in einem ganzen Jahrzehnt. Und vollkommen unerwähnt lassen sie, daß es auch unter den zivilen Schutzsuchenden zunehmend solche gibt, vor denen Einheimische ihrerseits Schutz suchen müssen. Dabei hat gerade die Ernüchterung darüber, wie wenig der Staat seiner Schutzpflicht faktisch noch nachkommen kann, viele Bürger an ihrer Gehorsamspflicht zweifeln lassen. Zur Ehrenrettung jener vielgeschmähten »besorgten Bürger«, die noch nicht einmal zivilen Ungehorsam leisten mußten, um gleichwohl die volle Wucht des »Kampfes gegen Rechts« zu spüren zu bekommen, bietet sich eine nüchterne Gegenüberstellung aus dem aktuellen »Lagebild zur Kriminalität im Kontext von Zuwanderung« des Bundeskriminalamts an: 2018 fielen insgesamt 8455 Zuwanderer einer von (mindestens) einem Deutschen begangenen Straftat zum Opfer, aber 46336 Deutsche wurden in diesem Jahr zum Opfer einer von (mindestens) einem Zuwanderer verübten Straftat. Dabei wurde ein einziger Zuwanderer zum Opfer eines von einem Deutschen vollendeten Tötungsdelikts, wohingegen 102 Deutsche von Zuwanderern gewaltsam zu Tode gebracht wurden. Und bei Sexualstraftaten stehen den 89 Zuwanderern, die zum Opfer von deutschen Tätern wurden, 3261 Deutsche gegenüber, die Zuwanderern zum Opfer fielen.

Den Realitätsschock, der von diesen Zahlen ausgehen kann, wollen Steinbeis und Detjen dem Leser freilich nicht zumuten; sie sorgen sich lieber um das »Recht« der Bundesregierung, diese von ihnen vornehm ausgeblendeten Realitäten heraufbeschworen und unbewältigt gelassen zu haben. Dabei halten sich die Autoren methodisch an den vorherrschenden Rechtspositivismus, dem Carl Schmitt bekanntlich eine »normativistische Beschlagnahme des Rechtsbegriffs« zum Vorwurf machte: die Reduzierung von Recht auf Gesetz sowie die Dispensierung der Politik von allen Gestaltungsaufgaben, die über bloße Normenanwendung hinausgehen. Nicht umsonst legen die Autoren größten Wert darauf, daß die Bundeskanzlerin mit der Offenhaltung der Grenze nur der Gesetzeslage entsprochen und keine eigentlich politische Entscheidung getroffen habe. Wie wenig ein solches positivistisch halbiertes Rechtsdenken der Rede von der »Herrschaft des Unrechts« beikommt, gab allerdings Seehofer selbst zu verstehen, als er auf eine journalistische Nachfrage, worin der von ihm



Szene aus *Der Prozeß*
(Orson Welles, 1962).

behauptete »Rechtsbruch« denn genau bestanden habe, nicht umständlich aus dem von ihm in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten Udo Di Fabio zitierte, sondern schlicht und einfach zur Antwort gab: »Kontrollverlust«. Steinbeis und Detjen aber, die diesen sehenden Auges zugelassenen Kontrollverlust als »rechtens« auszuweisen suchen, legen damit eine »Verfassungsinvertiertheit« an den Tag, vor der Ernst Forsthoff schon frühzeitig warnte, und die nach Depenheuer längst in einen staatspolitisch desaströsen »Verfassungsautismus« umgeschlagen ist. Den Niederungen der Erde und ihres Nomos abgewandt, halten es die nur in den höchsten Sphären residierenden Rechtsnormativisten noch immer mit dem klassischen Spruch: »Fiat iustitia, pereat mundus.«

Die absehbar irreversiblen demographischen Auswirkungen dieser im Namen der »Menschenwürde« begrüßten Massenzuwanderung sollten wiederum Josef Isensee dazu veranlassen, diesen alten Spruch ironisch zu aktualisieren: »Fiat dignitas, pereat populus.« Schließlich würde selbst eine »verfassungspatriotische Stimme im Chor der Willkommenskultur« heute vermelden, »das deutsche Volk könne getrost in der Migrationsflut ertrinken, wenn nur die Demokratie des Grundgesetzes überlebe«. Hier spitzen Steinbeis und Detjen ungläubig ihre Ohren, denn von einem etatistischen Rechtsphilosophen wie Isensee hätten sie solche volkshaltigen Töne gewiß nicht erwartet. Ihre Erwiderung aber, daß das Grundgesetz nirgends auf eine »natürliche, ethnisch-kulturelle Volkszugehörigkeit« verweise, widerlegen sie selber mit dem beiläufigen Hinweis auf Art. 116, welcher den ostdeutschen »Flüchtlingen und Vertriebenen« ausdrücklich ihre »deutsche Volkszugehörigkeit« bescheinigt.

In der Tat bestimmte der 1948 mit der Schaffung des Grundgesetzes beauftragte Parlamentarische Rat nicht die »deutschen Länder« und keine »westdeutsche Nation«, sondern das »gesamte deutsche Volk«

»Als *pouvoir constituant*, der der rechtlichen Verfassung vorausliegt, ist die verfassungsgebende Gewalt des Volkes nicht durch die Verfassung selbst rechtlich normierbar und in ihren Äußerungsformen festlegbar. Sie hat und behält einen originären, unmittelbaren, auch elementaren Charakter. (...) Ist die verfassungsgebende Gewalt des Volkes als (auch) reale politische Größe und Kraft notwendig, um die Verfassung und ihren Geltungsanspruch zu legitimieren, so kann sie nicht, wenn sie dies getan hat, juristisch in ein Nichts verabschiedet werden; sie ist und bleibt dann als diese Größe und Kraft weiterhin vorhanden.«

Ernst-Wolfgang Böckenförde: »Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes – Ein Grenzbezug des Verfassungsrechts«, in: (ders.): *Wissenschaft, Politik, Verfassungsgericht*, Berlin 2011.

zur »verfassungsgebenden Gewalt«. Und sofern das in der Präambel des Grundgesetzes sogar großgeschriebene »Deutsche Volk« als rechtsidentisch mit dem Staatsvolk des völkerrechtlich fortbestehenden Deutschen Reiches aufgefaßt wurde, blieb das nach Maßgabe eines ethnographischen Volksbegriffs definierte Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 auch in der Bundesrepublik in Geltung. Vor allem aber bedeutete das Grundgesetz eine klare Entscheidung für einen Nationalstaat, mit dem eine ethnisch grundierte, aber nicht zu einer bloßen Ethnie natura-

Szene aus *Der Prozeß*
(Orson Welles, 1962).



»Demokratie im Sinne des Grundgesetzes bedeutet deshalb zunächst: Legitimation der staatlichen Herrschaft durch das Volk. Damit ist zwar noch nicht viel gesagt, aber die Konzeption des *rule of law* ausgeschlossen: Sie mag zwar zur Erklärung bestimmter Institutionen des Grundgesetzes beitragen; der Demokratiebegriff des Grundgesetzes jedenfalls beruht auf dem Volkswillen und nicht auf einer – wie immer gedachten – Herrschaft des Rechts«. (...) Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes, verstanden als Kompetenznorm der Verfassungsgebung, steht im Range über dem Verfassungsrecht. Eine verfassungsrechtliche Normierung, die dieser Norm widerspricht, ist insoweit unwirksam. Die Kompetenz zur Verfassungsgebung kann rechtlich nicht eingeschränkt werden, weil sie die höchste Norm innerhalb der Rechtsordnung ist.«

Dietrich Murswiek: *Die verfassungsgebende Gewalt nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1978.

lisierte, sondern maßgeblich durch Sprache, Kultur und Geschichte geprägte Nation sich wieder eine politische Existenzform gab. In diesem Sinne entschied das Bundesverfassungsgericht in seinem Teso-Urteil vom 21. Oktober 1987, daß es »die verfassungsrechtliche Pflicht« der Staatsorgane der Bundesrepublik sei, »die Identität des deutschen Staatsvolkes« sowie »die Einheit des deutschen Volkes als des Trägers des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts nach Möglichkeit zukunftsgerichtet auf Dauer zu bewahren«. Anders als Steinbeis und Detjen meinen, hat sich diese noch in der Nachkriegslage der deutschen Teilung formulierte Verpflichtung mit der deutschen Wiedervereinigung aber keineswegs erledigt, denn angesichts der prekären Lage, in welche Deutschland im Zuge der europäischen Integration und einer auch außereuropäischen Immigration geraten ist, hat der Staat seine »verfassungsrechtliche Pflicht« zur Einheits- und Identitätssicherung nunmehr in der Weise zu erfüllen, daß er einer multikulturellen Identitätsdiffusion des Staatsvolkes und dessen ethnopluralistischer Desintegration in tribalistische Volksgruppen entschieden entgegenwirkt.

Tribalistische Züge trüge allerdings auch ein rein ethnizistischer Volksstaat, dessen Idee das Karlsruher NPD-Urteil vom 17. Januar 2017 für verfassungswidrig erklärt hat. In der merkwürdig zweideutigen Urteilsbegründung heißt es aber nicht nur, daß das Grundgesetz einen »ausschließlich« an ethnischen Kategorien orientierten Begriff des Volkes nicht kenne und darum der Gesetzgeber bei seiner Konzeption des Staatsangehörigkeitsrechts nicht »streng« an den Abstammungsgrundsatz gebunden sei; es findet sich hier auch die weit darüber hinausgehende Belehrung, das ältere Teso-Urteil bedeute nicht, daß sich der Volksbegriff des Grundgesetzes »vor allem oder auch nur überwiegend« nach ethnischen Zuordnungen richte. Nicht von ungefähr hat Thor v. Waldstein diese Entscheidung als einen »Verfassungsdammbruch« beurteilt, der in seiner Fatalität der »Grenzauflösung« vom 4. September 2015 kaum nachstehe. Weniger verzweifelt zeigte sich Murswiek, der schon wegen des grundgesetzlich garantierten Kompetenzvorrangs der verfassungsgebenden Gewalt vor dem Verfassungsrecht die Bundesregierung für »nicht berechtigt« hält, »die Identität des Volkes, das sie repräsentiert und dessen Wohl zu wahren sie geschworen hat, einwanderungspolitisch aufzulösen«. Und nach Vosgerau steht einer solchen migrationspolitischen Auflösung des deutschen

Nationalstaates in einen Vielvölkerstaat nicht zuletzt das Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 entgegen, demzufolge »eine solche Verfassungsneuschaffung nur durch eine Volksabstimmung zustandekommen« könne.

Umso eifriger arbeiten sich Steinbeis und Detjen daran ab, die »verfassungsgebende Gewalt« juristisch zu eskamotieren und zu einem »Mythos« für »Dichter und Erzähler« zu fiktionalisieren. Ist der demokratische Souverän als letzte Appellationsinstanz erst einmal ausgeschaltet, lassen sich die deutschen Grundrechte leichter zu europäischen Werten oder universalen Menschenrechten uminterpretieren und zugleich die staatlichen Geltungsvoraussetzungen des Grundgesetzes selbst kassieren. Unter genüßlicher Berufung auf Andreas Voßkuhle, den amtierenden Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, verweisen die Autoren die historisch-konkrete Lehre des aus Staatsvolk, Staatsgewalt und Staatsgebiet bestehenden Nationalstaates zurück ins 19. Jahrhundert, um die universalistisch-abstrakte Idee des Staatsvertrages an dessen Stelle zu setzen, die wiederum aus dem 18. Jahrhundert stammt. Wer danach zum »Volk« gehöre, entscheide »nicht die Natur, nicht die Kultur und nicht die Tradition, sondern einzig die Verantwortung des Demos für sich selbst«. Und da auch das Volk der Bundesrepublik allein »mit der Bindung an universelle Menschenrechte« über sich selbst bestimme, halten die Autoren die »Abgrenzung von Nichtzugehörigen«, die ihre primäre Bindung an Land und Leute nicht aufgeben wollen, für demokratisch geboten.

Solche Moralisierung des Politischen kann wohl Volksfeinde erschaffen, aber erst die Juridifizierung der Politik erlaubt es, das demokratische Volk selbst zum Verfassungsfeind eines nomokratischen Staates zu erklären. Daß damit »nicht etwa die Politik juridifiziert, sondern die Justiz politisiert« werde, hatte allerdings schon Carl Schmitt angemerkt. Und wirklich nimmt sich der gegenwärtige politische Kampf gegen den Populismus nicht zuletzt dank seiner juristischen Verschärfung wie eine farcenhafte Wiederkehr der Metternichschen Demagogenverfolgungen aus. Während aber das damalige Ancien régime wenigstens für eine gewisse Zeit eine alt-europäische Ordnung zu stabilisieren vermochte, gerät die vor der Zeit gealterte Europäische Union nur immer mehr aus den Fugen. In ihrem Bemühen, sie zumindest juristisch wieder einzurenken, kamen Steinbeis und Detjen freilich nicht umhin, die Rolle des »Zauberlehrlings« grandios fehlzubesetzen. In Goethes klassischer Ballade heißt es: »Die ich rief, die Geister werd ich nun nicht los.« In neudeutscher Prosa klingt das so: »Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da.«

Indem die Autoren dieser Gleichgültigkeit kaum den Anschein von Humanität, wohl aber den Schein des Rechts verleihen wollen, beziehen sie im übrigen nicht nur zur Flüchtlingskrise, sondern zur Legitimationskrise deutscher und europäischer Staatlichkeit überhaupt Stellung. In der Bundesrepublik nahm Ernst-Wolfgang Böckenförde bereits vor der Jahrhundertwende einen »gleitenden Übergang vom parlamentarischen Gesetzgebungsstaat zum verfassungsgerichtlichen Jurisdiktionsstaat« wahr, der auf Kosten von Demokratie und Gewaltenteilung zu einem »Durchbruch des Primats des Rechts gegenüber der Politik« führen werde. Für den jüngeren Staatsrechtler Christian Hillgruber aber hat sich dieses »gouvernement des juges« im Zuge der Europäisierung des Rechts längst »ubiquitär« ausgebreitet. Steinbeis und Detjen jedenfalls begrüßen diese Entwicklung, weshalb sie über das kleine »Karlsruher Kontrollhäuschen« nur noch müde lächeln können. In dem großen Haus Europa mit seinen drei höchsten Gerichtshöfen kann sich eine postdemokratische Justizstaatlichkeit nämlich weit effektiver entfalten und beinahe wie eine verfassungsgebende Gewalt »von oben« wirken. In der letzten, dystopischen Konsequenz würde der deutsche Nationalstaat zur Vasalleneinheit eines europäischen Zentralstaates verkümmern und die depotenzierte Demokratie in einer souveränen Nomokratie aufgehen, in der dann wuselnde Winkeladvokaten ihre kafkaesken Prozesse führen und heroische Himmelsbürokraten peremptorische Urteile fällen. Aber nur überspannte Verschwörungstheoretiker kämen wohl auf die Idee, es könnte manchem, der weiterhin treuherzig auf die Präambel des Grundgesetzes pocht, schon bald so ergehen wie Josef K., der, ohne daß er etwas Böses getan hätte, eines Morgens verhaftet wurde. ■

Literaturhinweise:

Stephan Detjen/Maximilian Steinbeis: *Die Zauberlehrlinge. Der Streit um die Flüchtlingspolitik und der Mythos vom Rechtsbruch*, Stuttgart 2019;

Giorgio Agamben: *Ausnahmestand. Homo sacer II.1*, Frankfurt a.M. 2004;

Ernst-Wolfgang Böckenförde: »Die verfassungsgebende Gewalt des Volkes – Ein Grenz begriff des Verfassungsrechts«, in: (ders.): *Wissenschaft, Politik, Verfassungsgericht*, Berlin 2011;

Otto Depenheuer: *Selbstbehauptung des Rechtsstaates*, Paderborn 2007;

Otto Depenheuer/Christoph Grabenwarter (Hrsg.): *Der Staat in der Flüchtlingskrise. Zwischen gutem Willen und geltendem Recht*, Paderborn 2017;

Christian Hillgruber (Hrsg.): *Gouvernement de juges – Fluch oder Segen*, Paderborn 2014;

Josef Isensee: »Die Verfassung als Vaterland. Zur Staatsverdrängung der Deutschen«, in: Armin Mohler (Hrsg.): *Wirklichkeit als Tabu*, München 1986;

Dietrich Murswiek: *Die verfassungsgebende Gewalt nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1978;

Carl Schmitt: *Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens*, Berlin 1934; *Verfassungslehre*, Berlin 1928; »Das Reichsgericht als Hüter der Verfassung«, in: *Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924–1954*;

Ulrich Vosgerau: *Die Herrschaft des Unrechts. Die Asylkrise, die Krise des Verfassungsstaates und die Rolle der Massenmedien*, Rottenburg 2018;

Thor v. Waldstein: »Untenwegs zur Karlsruher Republik. Die Folge eines Urteils«, in: *Neue Ordnung I/17*.

Christentum, Islam und Aufklärungsüberlegenheit

von Caroline Sommerfeld

Mein Beitrag zum Sammelband *Rechtes Christentum?* (2018) trägt den Titel »Gegen *allahu akbar* hilft nur *deus vult*« oder: Christentum und Identitäre Bewegung«. Sind wir hineingezogen worden in eine tribale Auseinandersetzung, einen religiösen Bürgerkrieg des Christentums gegen den Islam? In meinem Beitrag stellte ich die These auf: »Der Dschihad gebiert äquivalente Reconquistaimpulse.«

Auf dem (lesenswerten!) neuen Blog der Vierteljahresschrift *TUMULT* findet sich der Text »Paradoxien der Migration« des Philosophen Rudolf Brandner, der den Titel meines damaligen Beitrags Lügen strafen will. Brandner schreibt: »Zuerst wurde den Europäern rein migrationsbedingt eine Auseinandersetzung mit dem Islam aufgenötigt, zu der sie eigentlich keinen Grund und noch viel weniger Lust verspürten; dann wurde ihnen zur Abgrenzung verkündet, ihre Identität sei eine ›christliche‹. Eine falsche Identität aus einer falschen Gegensatzbildung – als stünde ein christliches Europa gegen eine islamische Welt.«

Brandner argumentiert, daß uns Europäern die christliche Identität doch längst schon abhanden gekommen sei. Säkularisierung ist das Stichwort: »Eben darin besteht das ›Neue‹ der ›Neuzeit‹, daß die Grundlage menschlichen Weltverhältnisses von der religiösen Offenbarungswahrheit an die Selbstgewißheit des Erkennens in Philosophie und Wissenschaften übergeht. Das Christentum ist nun eine Sache der Vergangenheit, die christliche Welt die des Mittelalters (...).«

Der Islam stelle die »Einwanderung just jener Vergangenheit in ihre Gegenwartswelt, von der sie sich befreit hat – und in die sie auch um keinen Preis zurück möchte« dar. Brandner hält das von ihm beobachtete Sich-zurück-Wünschen für eine veritable Paradoxie. Gerade weil sich Europa selbst überwunden hat, verleugne es offensichtlich neuerdings diese Überwindung. An dieser Stelle wird Brandners Argumentation selber paradox. Er geht nämlich davon aus, die moderne Erkenntniskultur sei eben »keine ›Religion‹, auch keine ›Weltanschauung‹ oder ›Ideologie‹, die man annehmen könne oder nicht. Sie ist die Verwirklichung des Menschseins als freies Erkenntniswesen und in ihrer Entfaltung zur wissenschaftlich-technologischen Rationalität die Grundlage der weltgeschichtlich globalisierten Wirklichkeit der Moderne.«

Was ist es anderes als »Weltanschauung« oder »Ideologie«, die Verwirklichung des Menschseins mit einer seiner historisch konkreten Erscheinungsformen zu identifizieren? Ist der Mensch also von Natur ein säkulares Aufklärungswesen? Daran gemessen ist die christliche Identität freilich immer eine Lüge: Gemäß der Aufklärungslogik ist sie weltgeschichtlich zu ihrer eigenen Überwindung angetreten, welche darüber hinaus auch noch gründlich in die Binsen gegangen ist. Das erkennt Brandner selber, indem er die Sehnsucht nach einer europäischen christlichen Identität als einen »Ausdruck der modernen Orientierungslosigkeit entgrenzter Sub-

ektivität« interpretiert: »Es ist das schlechte Gewissen ihrer Maßlosigkeit und Beliebigkeit, das sich am ›Christlichen‹ ein Maß zurechtzulügen versucht. Das soll dann einen Halt bieten, um den Gegensatz zum Islam auszutragen. Das Erkennen stuft sich selbst auf eine analoge ›religiöse‹ Ebene herab und identifiziert sich rückwärtsgerichtet mit dem, wovon es sich befreit hat.«

Diese These hat es in sich. Sie ist richtig, aber im Grunde ganz falsch. Ich will ihr deshalb drei Überlegungen gegenüberstellen:

1. Wenn wir uns ein Dreieck vorstellen, an dessen Angelpunkt oben das Erkennen säße, und unten widerstritten die Religionen auf derselben Ebene, haben wir ungefähr Brandners Denkbild vor Augen. Der abendländische Philosoph ist der Beobachter zweiter Ordnung. Er kann aus der Perspektive der Vernunft den Religionen zur Reflexion raten. Im Falle des Christentums will er verhindern, daß das Abendland durch Reflexionsverlust ins Mittelalter zurückfällt, im Falle des Islams rät er den Aufstieg zur notwendigen Selbstreflexion. Nur so könnte man auf lange Sicht Handys für alle garantieren – der Islam sei in sich so beschaffen, behauptet Brandner, daß Erfindergeist in ihm nicht heimisch werden könne. Ein solch schlichtes Islambild muß ihm erstmal einer nachmachen, Thor v. Waldstein hat in seinen »Thesen zum Islam«, die in *Die entfesselte Freiheit* 2017 wieder abgedruckt wurden, dazu einiges dringend Nötige gesagt.

Brandner will die aus seiner Sicht positiven Errungenschaften der Aufklärung halten (weshalb er ja auch dem Islam zu Recht die Paradoxie bescheinigt, in eine Kultur einzuwandern, die er selber dadurch zerstört), doch sein blinder Fleck ist die eigene Gottlosigkeit: Er kann dadurch die Paradoxien der Aufklärung nicht sehen, sondern nur angesichts ihres »Rückfalls« ins Voraufklärerische resignieren. Da die moderne Erkenntniskultur nun selbst zur Partei geworden sei, ließe sich der Gegensatz nicht mehr durch die höhere Rationalität einer »Aufklärung« aufheben – recht hat er, nur hat dies Konsequenzen.

2. Genese und Geltung sind seit Habermas bekanntlich zweierlei. Eine religiöse oder eine »aufgeklärte« Weltanschauung ist jeweils auf eine bestimmte historisch kontingente Weise zustande gekommen. Dieses Entstehungsmotiv sagt etwas über ihre Quelle und ihre Geschichte aus, aber nichts darüber, ob sie gültig ist im Sinne von: vernünftig begründbar. Geltendes Recht hat in diesem Sinne etwa immer eine Entstehungsgeschichte seiner Paragraphen, wird durch seine Geschichtlichkeit aber nicht ungültig. Wir dürfen dieses erkenntniskritische Niveau nicht unterbieten durch Habermasrelativierung auf dessen Erkenntnisinteresse, aber wir dürfen ebensowenig annehmen, daß die vernünftige Geltungsebene der Weisheit allerletzter Schluß ist und hier die reine Wahrheit anzutreffen ist. Brandners sauber angeordnete Reflexionsebenen sind nicht sauber zu trennen. In der Aufklärungslogik der Reflexionsebenentrennung steckt nämlich ein gehöriges Quentchen Christentum: nicht nur die wohlbekannte historische Tatsache, daß die »Menschenrechte« aus dem christlichen Naturrechtsdenken erwachsen sind (Genese), sondern daß der übergeordnete Beobachter die Welt *ex causa* erschafft (Geltung).

3. Nicolás Gómez Dávilas Aphorismus: »Das Scheitern des Christentums ist nicht seine Widerlegung, sondern ist selbst christliche Lehre«, führt zu der Überlegung, daß es mit dem Christentum eine absonderliche Bewandnis hat. Es ist nicht vergleichbar mit allen anderen Religionen, die man im Sinne der »Religionsfreiheit« nebeneinanderstellen oder im Sinne eines religiösen Bürgerkriegs (*allahu akbar* vs. *deus vult*) gegeneinanderstellen kann. Es ist nämlich selber paradox: seine Kampfstärke ist seine Niederlage. Insofern macht es sich Rudolf Brandner zu einfach, wenn er von Heuchelei und Lüge in Hinsicht auf das Scheitern des Christentums spricht. Und ich habe es mir zu einfach gemacht, als ich in meinem *Rechtes-Christentum*-Essay die Hoffnung nährte, man könne mit existenzieller Aufladung der Individuen diese Niederlage kontern und mit einem postmodern subjektivierten Lepantogeist doch noch in den Kampf gegen den Islam einrücken. Brandner ist darin zuzustimmen, daß am Ende »Fehl und Überschuß aufgeklärter Erkenntnis in ein Verwirrungsgeschehen« zusammenfallen.

»Ziel des seit dem 11. September 2001 geführten US-amerikanischen Kampfes gegen den Terror war und ist es u. a., die Europäer vor den Karren des ›Westens‹ zu spannen, um die gewachsene geistig-kulturelle Symbiose, aber auch die natürliche geopolitische Verbundenheit zwischen Europa und den nördlichen Mittelmeeranrainern zu sprengen.

Wenn der Islam in Deutschland so erfolgreich in dieses selbstverschuldete religiöse Vakuum stoßen kann, dann vor allem deshalb, weil es den Deutschen an mutigen Kirchenmännern gebricht, die der ›Diktatur des Relativismus‹ (Benedikt XVI.) die Stirn und den Menschen Halt in ihrem Glauben bieten.«

Thor v. Waldstein:
Die entfesselte Freiheit. Vorträge und Aufsätze, Schnellroda 2017, S. 190 u. 193.



»Akzelerationismus ist die Ideologie, dass alle Systeme zwangsläufig in einem vorhersagbaren Szenario gipfeln. Ist das EndszENARIO für die eigene Weltsicht günstig, oder aber ermöglicht es eine Veränderung zu einem anderen günstigen Szenario, macht es Sinn die Situation dorthin zu beschleunigen, selbst wenn es bedeutet die eigene Sache zu bekämpfen. (...) Die Grundthese die von den *blackpillern* vertreten wird ist, dass wir am Ende unserer Zivilisation angekommen sind und der Westen, so wie wir ihn kennen, nicht zu retten ist. Sinkende Geburtenraten, überwuchernde Korruption und unfinanzierbarer Sozialismus werden dem Westen den Todesstoß geben und wir können nichts tun um das zu verhindern. Ergo wäre es sinnvoller die Situation zu beschleunigen.«
 fishundfleisch.com, vom 18. März 2019.

Das Christentum ist inhärent paradox, ist selber ein Verwirrungsgeschehen. Insofern hat es keinen Sinn, es seiner Paradoxien zu zeihen, es hat nur Sinn, diese sorgfältig aufzuzeigen. Paradox bedeutet nicht »logisch unstimmig«, sondern, daß zwei Aussagen nicht zeitgleich oder auf derselben Bedeutungsebene wahr sein können. Christliche Gedanken strotzen vor adversativen (manche mögen es auch »dialektisch« nennen) Fügungen wie »gerade weil« oder »eben dadurch«: Gerade durch den Tod wird der Mensch lebendig, eben weil es keinen Trost gibt, wird er erlöst.

Eben durch die Auszehrung des Christentums, durch den von ihm selbst hervorgebrachten Nihilismus, seinen eigenen Tod, gewinnt es Kraft. Das ist der Kern des Auferstehungsgedankens. Nach der Auferstehung ist der Leib nicht mehr derselbe. Doch soll uns dieser Gedanke etwa dazu verführen, den Tod des christlichen Abendlandes herbeizuwünschen, gar herbeizuführen? Selbstmord ist eine Sünde, der »Selbstmord Europas« (Douglas Murray) ist daher niemals zu umarmen.

Aus dem Massaker im Neuseeländischen Christchurch in einer Moschee (allein der Ortsname wirkte auf mich beim ersten Hören zu symbolisch, um zufällig zu sein) ist, wenn überhaupt etwas, dann dies eine zu lernen: es ist kein selbstgewollter Kampf Christentum gegen Islam. Im Manifest des Täters finden wir ein perfekt angelegtes Medienspektakel *in nuce*. Martin Lichtmesz hat dieses Manifest einen »dicht gepackten Koffer« genannt. Dieser sollte öffentlich ausgepackt werden. Es ist genau so gewollt, und zwar nicht auf der Ebene der Motive des Täters, auf die hermeneutisch einzugehen oder sich von ihnen zu distanzieren genauso irrsinnig ist wie diese selbst, sondern auf der Ebene geistiger Auseinandersetzung. Keine Tat mehr ohne Bilder, kein Spektakel ohne Zweitrealität, das ist seit Jean Baudrillard (*Agonie des Realen*, 1978) und Guy Debord (*Die Gesellschaft des Spektakels*, 1967) uns postmodernen Gemütern klar, es langweilt uns schon allmählich.

Daß beide Seiten im geistigen Bürgerkrieg hochrüsteten, ist mit eingerechnet, ist der Sinn der Übung: Die globale Linke nimmt den Islam in Schutz; der nach Entschlüsselung aller Codes, Memes und Symbole »rechte« Täter rechnete ein, daß »gegen Rechts« durch Repressionen und mediale Waffengänge hochgerüstet wird und daran das linke System kollabiert; Neuseeland verbietet Waffenbesitz und vollführte innerhalb einer Woche eine konsternierende houellebecqsche »Unterwerfung«, Moslems schwören dennoch Rache – Akzelerationismus pur. Das Böse pur.



*Schlacht von Lepanto,
unbekannter Künstler.*

Das Geschehen ist postmodern überdreht worden, mit europäischer Aufklärungsüberlegenheit ist gegen den Akzelerationismus nicht zu gewinnen. Das ist mein zentraler Kritikpunkt an Rudolf Brandners These.

Die europäische Aufklärungsüberlegenheit operiert gegenwärtig mit drei Begriffen, die sie am Angelpunkt des Dreiecks aufhängen will, um zu retten, was zu retten sein soll: a.) Laizismus, b.) Zentrismus und c.) »Demokratie« als Lösungen der Aporie des »religiösen Bürgerkriegs«. Hier drei symptomatische Beispiele.

1. Thor v. Waldstein schrieb in seinen »Thesen zum Islam«: »Vieles spricht dafür, daß die neue Leidenschaft für das Eigene, die die europäischen Völker für ein Wiedererstarken ihres Lebens- und Zukunftswillens zuallererst entwickeln müssen, am ehesten einem nüchternen Laizismus entspringen könnte.«

Wer Laizismus als Lösung erwägt (v. Waldstein) oder hypostasiert (Brandner), hat ein Motivationsproblem. Rudolf Brandners Vernunftebene, unterhalb derer sich »die Religionen« in ihrer unverbesserlichen Mittelalterlichkeit gegenseitig zerfleischen, kann niemanden begeistern. Woher die »neue Leidenschaft« nehmen? Ein robespierescher Vernunftfuror kann kaum gemeint sein. Die nüchternen Resteuropäer bringen keine eigene Leidenschaft mehr auf, wie v. Waldstein auch glasklar herausarbeitet. Kollektivpsychologisch geht ihnen genau das ab, was Martin Mosebach einmal in einem Podiumsgespräch so formulierte: Alles an Europa sei doch inkarnierter Geist, das sei das Selbstverständnis und das Selbstverständliche des abendländischen Denkens. Laizismus zehrt nur noch die Überbleibsel davon auf, er ist selbst geistlos, als Angelpunkt ungeeignet.

2. Der Autor des am Rande zitierten *fisch-und-fleisch*-Blogartikels zum »Akzelerationismus« kommt zu einem radikal zentristischen Schluß: »Ich denke, dass wir verstehen müssen was hier passiert, und dass die einzige Waffe gegen einen Bürgerkrieg, den Rechts und Links wollen, Worte sind. (...) Die Mitte muss dem Kollektivismus den Kampf ansagen. Kommunisten, Nationalsozialisten, Ethnonationalisten und Religiöse – wer auch immer nicht bereit ist in einem System zu leben, das auf Kompromiss basiert, kann hier nicht leben.«

Die politische »Mitte« will aus den Trümmern der Radikalismen auferstehen. Sie will die Ränder scheinbar zur Vernunft bringen, über die »Extre-

misten« aller Couleur triumphieren. Doch ihre Logik ist nicht nur nicht viel pfißiger als die des lachenden Dritten, wenn zwei sich streiten, sondern überdies hochriskant. Sie heizt nämlich ihrerseits den Konflikt an, indem sie die Ränder mit religiösen und pseudoreligiösen Kollektividentitäten beschmiert. Beobachtung zweiter Ordnung ist ihr auf diese Weise unmöglich. Die »Mitte« operiert auf der politischen Ebene und ist von daher außerstande, die Mechanismen ihres eigenen Zustandekommens und ihre eigene »objektive Funktion« in den Blick zu bekommen.

3. Patrick Lenart (Identitäre Bewegung Österreich) schrieb auf Twitter im Kontext der versuchten Diskreditierung des Begriffs »der Große Austausch« nach Christchurch: »Der Große Austausch ist ein unbestreitbares Faktum. Hinter ihm stehen keine geheimen Pläne, sondern eine verantwortungslose Politik. Seine Folgen sind katastrophal für alle Menschen – Einheimische wie Migranten. Er lässt sich ausschließlich mit demokratischen Mittel abwenden.«

Wer akzelerationistisch vom Bösen an die Wand gedrängt wird als »geistiger Brandstifter« (Renaud Camus, der Erfinder des Begriffs *le grand remplacement*, war nach dem Attentat mit einem globalen Moralmob konfrontiert), wird daran gehindert, nach Ursachen des Großen Austauschs zu fragen. Er ist genötigt, Offenkundigkeitstheoriker zu bleiben. Die Denkooption, daß es hinter dem Offenkundigen noch geheime Absprachen (der Migrationspakt wurde durch ebensolche vorangetrieben, wie jetzt offenkundig wurde) und konzertierte UNO-*resettlement-migration*-Pläne geben könnte, die dem Blick der Massen jedoch verborgen sind, wurde durch den Verschwörungsverdacht unmöglich gemacht. Was bleibt, ist die Flucht nach vorn in die Rede von der »Verantwortung« der Politik und der »demokratischen Mittel«. Genau an diese Stelle muß eine geistige Auseinandersetzung mit ebenjenen Phrasen treten. Die Funktionsprinzipien der *spectator democracy* (Walter Lippmann) machen die Individuen glauben, sie könnten die Folgen des Großen Austauschs »demokratisch« lösen. Das Gegenteil von »demokratisch« ist jedoch nicht »gewalttätig«, wie der Attentäter wähnte, sondern – geistig.

Den Folgen des Großen Austauschs ist nur geistig standzuhalten. Unter einer geistigen Auseinandersetzung verstehe ich, historische und politische Phänomene als Reiz-Reaktions-Abläufe, gewissermaßen als Symptome zu sehen. Um nach deren Ursachen zu fragen, muß in der Beobachtung ständig eine höhere Ebene mitlaufen, die den Kampf des Guten und des Bösen auf die untere Ebene bezieht. Absichten und Pläne konkreter Protagonisten, selbst supranationaler Organisationen und Tiefenstaaten, siedeln dabei noch immer auf der Symptomebene. Die geistige Ebene umgreift zweierlei: Weltbeobachtung und Selbstvervollkommnung. Sie ist sowohl immer genauere Erkenntnis der Prinzipien des Weltgeschehens als auch immer klareres eigenes Wappnen gegen das Böse.

Das ist der Grund, weshalb Rudolf Brandner nicht recht haben kann: Im Christlichen selbst liegt die Denkmöglichkeit des Angelpunktes. In diesem Sinne verstehe ich Iwan Iljin und Ernst Jünger als geistiges Futter für uns Symptomatologen. Man nehme erst einmal diese zwei zur Hand, und hangele sich von dort aus weiter:

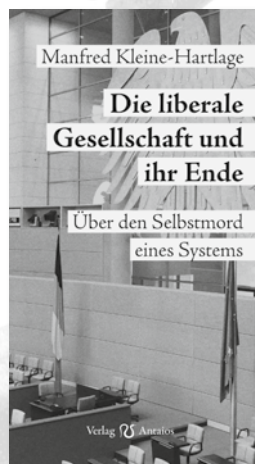
»Das ist ein geistiges Gesetz: Derjenige, der dem Bösen nicht widersteht, wird von ihm absorbiert und von ihm besessen. (...) Die ganze sich widersetzende Kraft wurde zu der Kraft des sturmtragenden Bösen selbst, und der Atem des Verderbens findet Nahrung in der Verbissenheit des Verlorenen selbst. Indem er sich in den antigeistigen Leidenschaften suhlt, artikuliert er seine »Natur« in einer entsprechenden antigeistigen »Ideologie«, in der die radikale und allumfassende Gottlosigkeit mit einer für ihn nicht qualvollen seelischen Krankheit und dem vollkommenen moralischen Idiotismus zu einer Einheit verschmilzt.« (Iwan Iljin: *Über den gewaltsamen Widerstand gegen das Böse*, 1925).

»Wo es Unsterblichkeit gibt, ja, wo nur der Glaube an sie vorhanden ist, da sind auch Punkte anzunehmen, an denen der Mensch durch keine Macht und Übermacht der Erde erreicht oder beeinträchtigt, geschweige denn vernichtet werden kann. Der Wald ist Heiligtum.« (Ernst Jünger: *Der Waldgang*, 1951). ■

Die besten Seiten von Antaios



Frank Lisson
Die Verachtung des Eigenen
Über den kulturellen Selbsthaß
in Europa
368 S., Broschur, 18 €



Manfred Kleine-Hartlage
**Die liberale Gesellschaft
und ihr Ende**
296 S., Broschur, 18 €



Caroline Sommerfeld
Wir erziehen
Zehn Grundsätze
328 S., Broschur, 18 €



Erik Lehnert / Wiggo Mann
Das andere Deutschland
Neun Typen
152 S., Broschur, 16 €



Caroline Sommerfeld /
Martin Lichtmesz
Mit Linken leben
328 S., Broschur, 18 €

Verlag  Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de
www.antaios.de



Menschheits(alp)traum Künstliche Intelligenz

von Michael Wiesberg

Der Begriff »Künstliche Intelligenz« (KI) ist in Medien, Wirtschaft und Politik zum Dauerthema geworden. Mit der immer rascher voranschreitenden Entwicklung von Technologien, die in der Lage sind, »intelligente« Leistungen zu vollbringen, die bislang dem Menschen vorbehalten waren, scheint sich die Realisierung eines alten Menschheitstraumes abzuzeichnen. Dieser Traum geht bis in das Altertum zurück. Zu nennen ist hier zum Beispiel das Pygmalion-Motiv aus der griechischen Mythologie. Der Bildhauer Pygmalion verliebt sich in eine von ihm geschaffene Statue. Auf seine Bitte hin wird diese von Venus zum Leben erweckt. Eine andere Figur ist der Golem aus der jüdischen Mythologie. Aus Materie geformt, wird er durch magische Handlungen zum Leben erweckt. Im Mittelalter erregten Kunstwesen Aufsehen – entworfen von arabischen Ingenieuren, die damit das Erbe der Antike antraten. Zu den bekanntesten Großtaten dieser Zeit gehört die Elefantenuhr des islamischen Ingenieurs Al-Dschazari (1136–1206). Weitere Apparate dieser Zeit hat die US-Wissenschaftshistorikerin Elly R. Truitt in ihrem Buch *Medieval Robots* zusammenggetragen.

Dieser alte Menschheitstraum ist aber auch mit Dystopien verbunden, wie sie sich zum Beispiel in den Science-Fiction-Filmen *Blade Runner* (1982), *Terminator* (1984) oder in der *Matrix*-Trilogie (1999/2003) manifestieren. Die Ängste, die mit der Entwicklung der KI einhergehen, reichen vom massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen bis hin zu trans- oder posthumanistischen Szenarien, nach denen intelligente Roboter in Menschengestalt dem Menschen den Rang streitig machen könnten, im schlimmsten Fall auf eliminatorische Weise. Dazu gesellt sich die Angst, ganze Industriestaaten könnten zum Industriemuseum werden, wenn nicht endlich die Zeichen der Zeit erkannt und alle Weichen in Richtung der Entwicklung von KI gestellt würden.

Angesichts derartiger Szenarien bleibt bemerkenswert, daß der Begriff KI durchaus umstritten ist, auf falsche Gleise führt und unrichtige Assoziationen auslöst. Mit anderen Worten: Es ist zunächst einmal zu klären, von was genau der Rede ist, wenn der Begriff KI Anwendung findet. Der Mitte der 1950er Jahre kreierte Begriff Artificial Intelligence, eingedeutscht in »Künstliche Intelligenz«, diente zunächst nur als griffiges Schlagwort, um Geldgeber zur Finanzierung einer Konferenz zu bewegen. Seitdem hat sich KI als eine Art Begriffshypothese etabliert, die in keiner Weise wissenschaftlichen Ansprüchen genügt.

Für eine Beurteilung, ob KI »intelligent« sei, entwickelte der britische Mathematiker Alan Turing den »Turing-Test«: Eine Testperson kommuniziert über längere Zeit parallel mit einem anderen Menschen und einer Maschine über ein Chat-Programm. Mensch und Maschine versuchen die Testperson davon zu überzeugen, daß sie denkende Menschen seien. Wenn die Testperson nach der Unterhaltung nicht mit Bestimmtheit sagen kann,

»Schon dem Begriff der künstlichen Intelligenz liegt ein Mißverständnis zugrunde. Der Sozio-kybernetiker Niklas Luhmann bezeichnete einmal den »Kategorienfehler« als Grundlage aller kognitiven Irrtümer. Ein Kategorienfehler ist es zum Beispiel, wenn ein Bauer ein Feld zum Anbau von Pellkartoffeln bestellt. Im Wortspiel der künstlichen Intelligenz verwechseln wir zwei fundamental verschiedene Kategorien: das Lösen strategischer Probleme, das sich als Intelligenz interpretieren läßt und das Bewußtsein, das in der Fähigkeit besteht, auf die Komplexität der Welt durch Kreativität und Gefühl zu antworten.«

Daniel Dettling/Matthias Horx: »Künstliche Intelligenz: Ende der Monotonie«, zeit.de vom 2. November 2018.

♣ *Pygmalion und Galatea, von Jean-Léon Gérôme (1890)*

welcher der Gesprächspartner ein Mensch und welcher eine Maschine sei, hat die Maschine den Turing-Test bestanden und darf als intelligent gelten. Bislang ist dies erst einmal gelungen; eine russische Software mit dem Namen »Eugene Goostman« wurde in einer Veranstaltung der Royal Society in London in einem Chat von einer Gruppe von Prüfern für einen Menschen gehalten, was als »Meilenstein der Computergeschichte« gefeiert wurde.

Die führenden KI-Nationen setzen deshalb mit Blick auf die KI verstärkt auf »Deep Learning«, einem Zweig des maschinellen Lernens. Maschinelles Lernen ist eine Art Oberbegriff für die »künstliche« Generierung von Wissen aus Erfahrung. Ein künstliches System wird so programmiert, daß es in der Lage ist, aus Beispielen zu lernen und diese nach Beendigung der Lernphase zu verallgemeinern. Konkret heißt das, daß das System Muster und Gesetzmäßigkeiten aus Daten herauszulesen und zu identifizieren in der Lage ist. Beim »Deep Learning« handelt es um einen Teilbereich des maschinellen Lernens, das neuronale Netze nutzt. Das neuronale Netz ist eine Art Imitation des menschlichen Gehirns, das aus künstlichen Neuronen besteht. Zur Herstellung künstlicher Intelligenz werden Trainingsmethoden genutzt, die große Datenmengen (»Big Data«) auswerten. Auf Basis vorhandener Informationen und des neuronalen Netzes soll das System bereits Erlerntes mit neuen Inhalten verknüpfen und dadurch den Lernprozeß fortschreiben. Auf dieser Basis ist die Maschine in der Lage, Prognosen oder Entscheidungen zu treffen. Der Mensch greift in diesen Prozeß nur noch in Ausnahmefällen ein.

In der Regel wird unterschieden zwischen »schwacher KI«, deren Lösungen sich auf bestimmte, klar definierte Aufgabenfelder beschränkt und nicht darauf abzielt, die menschliche Intelligenz zu imitieren, und einer »starken« oder »allgemeinen KI«, die menschliche Intelligenz nachbildet und breitere kognitive Leistungen erzielen will. Anwendungsgebiete für die schwache KI sind heute zum Beispiel Experten- und Navigationssysteme, Spracherkennung, Zeichenerkennung oder Korrekturvorschläge bei Suchfunktionen. Das Expertensystem versucht, die Entscheidungsfindung eines menschlichen Experten zu imitieren und ist auf Spezialgebiete wie zum Beispiel die Medizin beschränkt.

Unter »starker KI« wird demnach eine Form der künstlichen Intelligenz verstanden, die die gleichen intellektuellen Fertigkeiten wie der Mensch hat oder ihn darin sogar übertrifft. Zu diesen Fähigkeiten gehören zum Beispiel logisches Denken, planen, lernen, Kommunikation sowie abwägende Entscheidungen bei einer unsicheren Faktenlage. Dieses Szenario wird mit dem Begriff »technologische Singularität« umschrieben; zu deren Kündern und Deutern gehören unter anderem der Philosoph Nick Bostrom und Ray Kurzweil, Leiter der technischen Entwicklung bei Google. Die Vision »technologischer Singularität« begleitet die KI-Forschung von Anbeginn an; aus ihr bezieht das Science-Fiction-Genre etliche Anregungen.

Der Zeitpunkt dieser »technologischen Singularität« soll laut Definition dann gekommen sein, wenn der technische Fortschritt aufgrund intelligenter und auf den Menschen nicht mehr angewiesener Selbstverbesserungsmechanismen rasant und vom Menschen nicht mehr kontrollierbar voranschneilt. KI-Forscher und -Entwickler stehen Szenarien wie diesen allerdings skeptisch gegenüber; sie wissen, welche Herausforderungen bereits damit verbunden sind, Maschinen ein Mindestmaß an Intelligenz zu implementieren. Vom heutigen Standpunkt aus gesehen erscheint es eher unwahrscheinlich, daß Maschinen jemals so etwas wie Bewußtsein oder Empfindungen erlangen könnten.

Der Publizist Christoph Keese hat in einem Interview mit dem Soziologen Thomas Wagner die »Geschäftsidee« hinter den »Wahnideen« einer »technologischen Singularität« erläutert. Es hätten nur solche Ideen »eine Finanzierungschance, für die eine Bewertung in Milliardenhöhe in Aussicht« stehe. Sonst lohne »sich das Geschäft für den Risikokapitalgeber nicht«. Keese stuft das Zuarbeiten auf die »technologische Singularität« als »typisches Silicon-Valley-Produkt« ein. Den dort genährten Visionen stehen KI-Praktiker distanziert gegenüber; für manche wie dem Berliner Informatik-Professor Raúl Rojas sind sie einfach nur »Quatsch«.

Auch China, der andere Haupttreiber der KI-Entwicklung, verbindet hiermit Ambitionen, die insbesondere im Westen Irritationen auslösen.

»Technologien maschinellen Lernens sind geradezu ideal geeignet, in Daten-Ozeanen Strukturen zu erkennen, Modelle zu entwickeln und daraus wiederum Vorhersagen zu generieren. Daraus resultieren kapitalistisch verwertbare Anwendungsfelder, mit denen viel Geld verdient werden kann – so jedenfalls die Hoffnung der Großen der Branche. Die Analyse dieser Rohdaten, die Generierung verwertbarer Information aus ihnen wird zum Kernprozess in der Maschinenhalle des digitalen Kapitalismus, bei dem zunehmend in allen Branchen KI-gestützte selbstlernende Algorithmen eingesetzt werden.«

Timo Daum: »Missing Link: KI – die Künstlichen Idioten des digitalen Kapitalismus«, heise.de vom 3. März 2019.

Mittlerweile wird nicht mehr ausgeschlossen, daß der Westen im Wettbewerb mit China seine Technologieführerschaft einbüßen könnte. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) sucht in der Entwicklung der KI aber nicht nur die technologische, sondern auch die ideologische Auseinandersetzung mit dem Westen. Pekings staatswirtschaftlicher Weg soll im Vergleich mit dem westlichen als der attraktivere kommuniziert werde. Die KPCh, die unter ihrem Generalsekretär und Xi Jinping eine Art »digitalen Leninismus« verfolgt, wie es der Direktor des China-Instituts MERICS in Berlin, Sebastian Heilmann, nannte, grenzt sich konsequent von westlichen Ideen ab, um aus ihrer Sicht destabilisierenden Tendenzen vorzubeugen. Kai Strittmatter, der langjährige China-Korrespondent der *Süd-*



deutschen Zeitung, konstatierte in diesem Zusammenhang in seinem Buch *Die Neuerfindung der Diktatur*, daß Xi Jinping ein China zu schaffen beabsichtige, das »zurückgeht in die 50er Jahre, mit einem Leninismus, mit einer Repression, die so stark ist wie seit den Tagen Mao Zedongs nicht mehr. Mit einer Zensur und Propaganda, die wirklich zurückgreift auf alte Methoden wie damals«. Mit einem Bein gehe er zurück in die 1950er Jahre, mit dem anderen Bein aber weit in die Zukunft und »da an Orte, von denen andere Autokraten und Diktatoren vielleicht schon geträumt haben, aber wo noch kein Mensch war«.

KI wird seitens der KPCh als ein zentrales Instrument zur Erreichung dieser Ziele betrachtet. Bis 2030 will China die führende KI-Nation der Welt sein; bereits 2020 soll die USA eingeholt und 2025 überholt sein. Das sind die Eckpunkte des KI-Plans, den der Staatsrat im Juli 2017 präsentiert hat. Entsprechende Milliardensummen werden mobilisiert, um diese Ziele zu erreichen.

Der staatlich betriebenen Überwachung in China steht im Westen der »Überwachungskapitalismus« der IT-Konzerne gegenüber. Laut der US-Wirtschaftswissenschaftlerin Shoshana Zuboff handelt es sich hier um eine »Mutation des Kapitalismus«; er gehe davon aus, daß das, was im Netz an Privatem zirkuliert, frei abgreifbares »Rohmaterial« für die »kapitalistische Produktion und den Warenaustausch« sei. Die IT-Konzerne hätten eine beispiellose »Konzentration von Wissen und Macht« aggregiert, die »frei von demokratischer Kontrolle« sei. Digitale Technologien werden mit »Strategien heimlicher Überwachung« kombiniert; aus den extrahier-

»Social Credit Systems« – jeder Mensch hat seinen Wert.

»Mithilfe von künstlicher Intelligenz und Digitalisierung zielt es [das Sozialkreditsystem] darauf ab, einen neuen Menschen zu schaffen. Das wollte schon Mao. Der neue Mensch heute ist der »ehrliche Mensch, der vertrauenswürdige Mensch«. Und wie schaffen wir diesen »ehrlichen und vertrauenswürdigen Menschen? Indem wir sein Verhalten 24 Stunden, sieben Tage die Woche in Echtzeit beobachten, auswerten und dann auch möglichst schnell sanktionieren.«

Kai Strittmatter: *Die Neuentdeckung der Diktatur. Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert*, München 2018.

»[Carl] Schmitt definiert das Politische als Unterscheidung zwischen Freund und Feind, ebendie wird durch die vermeintliche Neutralität der Technik unsichtbar gemacht. Doch Technik ist nicht neutral. Eine Gesichtserkennungssoftware, mit der sich das Innere einer Person analysieren läßt, ist nie gut, weil sie den Menschen zu einem ausgelieferten Wesen degradiert.«

Wolfgang M. Schmitt: »Gegen den Fortschritt«, *der Freitag* 18/2019 vom 2. Mai 2019.

ten Verhaltensdaten werden mittels KI »Vorherprodukte« generiert, wie es Zuboff nennt. Die Furcht vor dem Machtpotential, das hier mittels der Möglichkeiten der KI heranwächst, stehe im augenfälligen Gegensatz zur Bereitwilligkeit, mit denen die meisten Nutzer auf digitale Produkte und Dienstleistungen zugriffen. In der Regel geschieht das wohl nicht aus Bequemlichkeit, sondern aus Abhängigkeit heraus, ist der Umgang mit diesen Produkten doch für die soziale und berufliche Interaktion mittlerweile unabdingbar geworden. Zuboff bezeichnet diese Abhängigkeit, der auch als schleichender Prozeß der Entmündigung gedeutet werden kann, als einen »faustischen Pakt«, als Konflikt, der unsere Psyche betäube.

Nicht mehr auszuschließen ist, daß Algorithmen bald auch autonom darüber entscheiden werden, wo die Grenzen der Meinungsfreiheit gezogen werden. Heute beschäftigen IT-Konzerne zehntausende Mitarbeiter in Billiglohnländern wie Thailand als eine Art »digitale Müllabfuhr«, berichtete die *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, die alles das löscht, was an menschlicher Abgründigkeit denkbar ist. Gleichzeitig fütterten sie Datenbanken und trainierten Software, die ihre »Jobs überflüssig machen könnten«. An ihre Stelle wird künftig wohl die Herrschaft des Algorithmus treten, der dann auch darüber entscheiden könnte, wo die Grenzen der Meinungsfreiheit zu verorten sind. Da aber selbst Juristen nicht genau definieren können, wo diese Grenzen zu ziehen wären, könnte künftig zum Beispiel Meinungen, die als »demokratiegefährdend« identifiziert werden, die automatische Löschung drohen.

Besonders im Fokus stehen die sozialen Netzwerke, die ein wahres Big-Data-Eldorado darstellen. Die Daten erlauben einen tiefen Einblick in das Verhalten und die Präferenzen der Nutzer, was eine personalisierte Ansprache ermöglicht. Das kann zum Beispiel mittels politischer oder »social Bots« geschehen. Diese klinken sich in Konversationen ein, ohne daß direkt deutlich wird, daß es sich hier nicht um Menschen handelt. Manche Bots sind in der Lage, menschliche Kommunikation zu imitieren. Sie werden in politischen Diskussionen aktiv, brechen Diskussionen vom Zaun und sind bestrebt, aktiv bestimmte politische Inhalte zu lancieren. Auf diese Weise kann durch Bots ein »Agenda-Setting« angestoßen werden, das um so mehr Fahrt aufnimmt (sprich: an Reichweite gewinnt), je mehr der mediale Hauptstrom darauf einsteigt. Das Äquivalent zu dem von der KPCh angestrebten Sozialkreditsystem sind hierbei die »Likes«, die geklickt werden. Es kann deshalb nicht überraschen, daß häufig mit allen Mitteln versucht wird, die Klickzahlen nach oben zu manipulieren. Wer hier nicht mithalten kann, sieht sich in seiner »community« sehr schnell abgehängt oder ausgegrenzt.

Den himmelstürmenden Verheißungen, die der Einsatz von KI der Menschheit bringen soll, stehen immer unübersehbarer Schattenseiten gegenüber. Der Report *The Malicious Use of AI* (Die böswillige Nutzung von KI) hat einige dieser Schattenseiten angesprochen: Cyberwaffen und insbesondere automatisierte Killerdrohnen, terroristische Anschläge mithilfe der Umfunktionierung selbstlenkender Fahrzeuge zu Waffen oder politische Propaganda mithilfe täuschend echt wirkender, aber gefälschter Bilder und sogenannter Deep-Fake-Videos.

Angst löst vor allem das Szenario aus, daß KI-gesteuerte »Robo-Waffen« selbständig über Menschen entscheiden könnten. Ein immer wieder angeführtes Beispiel aus dem militärischen Bereich sind vollautonome (tödliche) Waffensysteme, die keiner menschlichen Einflußnahme oder Kontrolle mehr unterliegen und autark töten. Noch sind diese Waffensysteme nicht ausgereift, aber es muß davon ausgegangen werden, daß sie trotz aller Versuche, sie zu ächten, entwickelt und auch eingesetzt werden. Ob völkerrechtliche Verträge nach dem Vorbild der Chemie- oder Bio-Waffenkonvention hier eine Option sein könnten, wird sich erweisen, erscheint aber eher fraglich.

Szenarien wie diese machen selbst Silicon-Valley-Gurus wie Elon Musk, Peter Thiel oder auch Bill Gates nachdenklich, die in der Entwicklung von KI zunehmend auch die Bedrohungspotentiale für die Menschheit wahrnehmen. Das gilt auch mit Blick auf die nächste KI-Etappe, nämlich lernfähige Software, die eigene Updates schreibt. Diese Software gibt es bei Google, Amazon und Rüstungsunternehmen schon; sie sind zum Beispiel im Straßenverkehr oder im Bankwesen bereits im Einsatz. Ob und inwieweit derartige Programme für ihre Programmierer noch nachvoll-

ziehbar oder kontrollierbar sind, ist eine offene Frage. Das heißt auch, daß sich die KI in Richtungen entwickeln kann, die nicht vorgesehen sind und unabsehbare Konsequenzen für die Cybersicherheit haben könnten. Die Herausforderungen, die hier mit Blick auf ein ständig wachsendes »Internet der Dinge« auf die Sicherheit von Computern, Servern, Mobilgeräten, Netzwerken, Daten etc. vor böswilligen Angriffen erwachsen, machen das Thema Cybersicherheit für die weitere Entwicklung der KI zu einem zentralen Handlungsfeld.

Zweifelsohne kann Künstliche Intelligenz helfen, Tätigkeiten überflüssig zu machen, die repetitiv und monoton sind. Damit führt sie zunächst einmal einen Prozeß fort, der laut der Online-Redaktion des von dem Zukunftsforscher Matthias Horx gegründeten Zukunftsinstitutes bereits mit der Industriegesellschaft begann. Dies erzeuge auf der einen Seite Streß, setze aber auch Möglichkeiten frei, »die vorher unter Routinen verborgen waren«.

Ob sich der Mensch, der sich mittels KI »vom Joch industrieller Lohnarbeit mit ihren vielen funktionalen Zwängen emanzipieren kann«, wie das Zukunftsinstitut meint, oder sich durch den großflächigen KI-Einsatz langfristig in ganz andere Zwänge begibt, die den Zugewinn an »neu gewonnenen kreativen oder kommunikativen Spielräume[n]« erheblich relativieren, steht indes auf einem ganz anderen Blatt.

Aus der Sicht des Literaturwissenschaftlers Wolfgang M. Schmitt droht durch diese Zwänge à la longue sogar das »Ende des Zeitalters des Menschen« vor dem Hintergrund der Entwicklung, jedes Problem »technisch lösen zu wollen«. Er plädiert deshalb für eine »Wiederkehr des Politischen«. Schmitt verweist hier auf die derzeit kursierenden Zukunftsszenarien: Eines dieser Szenarien geht davon aus, daß sich der Mensch durch Prothesen (zum Beispiel Kameras als Augen) und Speicherkarten im Hirn in einen »Cyborg« verwandle. Ein anderes Szenario sieht eine Selbstständigkeit künstlicher Intelligenzen, die darauf hinausläuft, daß der Mensch sich unterwerfen müsse. Vertreter eines weiteren Szenarios befürchten, daß sich der Mensch der »binären Logik der Computer« angleiche und so das Menschsein aufgeben könnte. Schließlich gibt es Vertreter einer Richtung, die eine Mischung aus allen diesen Szenarien für möglich halten. Das Sozialkreditsystem Chinas ist aus der Sicht Schmitts ein großer Schritt in diese Richtung: »Jeder wird erfaßt, alle Daten werden vernetzt, alles wird überwacht.«

Die hier mitschwingende Logik, man müsse den Menschen, der irrational sein kann, um des Menschen willen abschaffen, lasse sich nur durch »eine Wiederkehr des Politischen« aushebeln. Der Literaturwissenschaftler rekurriert hier auf Carl Schmitt, dessen Unterscheidung »zwischen Freund und Feind« durch die scheinbar neutrale Technik unsichtbar gemacht werde. Nur wenigen dürfte geläufig sein, daß dieser Ansatz, nämlich den Menschen um des Menschen willen abzuschaffen, ein Movens der Gegenkultur der Hippie-Bewegung in Kalifornien war und auf den Begriff »Kalifornische Ideologie« gebracht worden ist. Die Hippies orteten in der Politik die Ursache allen Übels. Manifeste Bestandteile ihrer Gegenkultur waren nicht nur Drogen, sondern auch Computer, mit denen sie die Welt »zu einem besseren Ort machen« wollten. Aus dieser Haltung heraus resultiert auch deren Weigerung, die technische Entwicklung Regulierungen zu unterwerfen. Es ist daher kein Zufall, daß insbesondere in Silicon Valley der Traum von der Verschmelzung von Mensch und Maschine am weitesten vorangeschritten ist.

Womöglich gerät der Mensch damit vollends unter die Herrschaft des »Ge-Stells«, worunter Heidegger das Wesen der modernen Technik zu fassen suchte. Das »Ge-Stell« impliziert die Gefahr der Vernichtung durch Technik, da der Mensch Gefahr laufe, von ihr beherrscht zu werden. Den ihm zugeschriebenen Technikpessimismus hat Heidegger allerdings in seinem Vortrag »Die Kehre« relativiert. Hier nimmt Heidegger mit Blick auf die moderne Technik, die er als »Entbergung der höchsten Gefahr« deutet, auch das »Rettende« in den Blick. Das einzige, das dem Menschen in der Situation höchster Gefahr bliebe, sei das Bewußtsein der Gefahr. Ob dieses Bewußtsein jemals jene »Kehre« anstoßen könnte, die zum »Retenden« führt, erscheint unwahrscheinlich. Das war wohl auch Heidegger bewußt, der deshalb zu der Auffassung gelangte, daß nur ein Gott uns noch retten könne. ■

Literaturhinweise:

Richard Barbrook und Andy Cameron: »Die kalifornische Ideologie. Wiedergeburt der Moderne?«, Telepolis, 5. Februar 1997 (heise.de/tp);

Timo Daum: »Missing Link: KI – die Künstlichen Idioten des digitalen Kapitalismus«, heise.de vom 3. März 2019;

Martin Heidegger: *Die Technik und die Kehre*, Pfullingen 1962;

Manuela Lenzen: *Künstliche Intelligenz. Was sie kann & was uns erwartet*, München 2018;

Rául Rojas und Thea Dorn über Künstliche Intelligenz – Doppelinterview: »Die können was! Aber können Roboter auch fühlen?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, Februar 2018, S. 4–7;

Wolfgang M. Schmitt: »Gegen den Fortschritt«, *der freitag* vom 2. Mai 2019;

Kai Strittmatter: *Die Neuentdeckung der Diktatur. Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert*, München 2018;

University of Oxford et al. (Hrsg.): *The Malicious Use of Artificial Intelligence: Forecasting, Prevention, and Mitigation*, Oxford 2018;

Elly R. Truitt: *Medieval Robots. Mechanism, Magic, Nature, and Art*, Philadelphia 2015;

Thomas Wagner: *Robokratie. Google, das Silicon Valley und der Mensch als Auslaufmodell*, Köln 2015;

Shoshana Zuboff: *Das Zeitalter des Überwachungs-kapitalismus*, Frankfurt a.M. 2018.

Polen 1939

von Stefan Scheil

»Glauben Sie an den Storch?« – unter diesem Titel erschien in einer polnischen Zeitung im Sommer 1939 eine Karikatur. Zu sehen waren darauf eine Handvoll Störche, die weit über den Köpfen diskutierender Passanten schwebten, mit Säcken im Schnabel, bei denen keine Kinder, sondern englische Pfundzeichen zu erkennen waren. Unerreichbar hoch segelten sie dahin; die ursprünglich aus London in Aussicht gestellte Finanzladung erschien als ein Mythos, wie der babybringende Storch selbst.

Es stand in diesen Angelegenheiten wirklich nicht gut. Eigentlich hätten nach den Vereinbarungen Polens mit den Westmächten Frankreich und Großbritannien beachtliche Mittel bereit stellen sollen. Polen hatte Zusagen für umfassende Zahlungen bekommen, wenn es gegen Deutschland Stellung bezöge. Geliefert wurde aber nichts. Der in dieser Frage maßgebende Mann Polens, der damalige Außenminister Josef Beck, beklagte sich im Nachhinein über die angeblich unpolitische Haltung der britischen Verhandlungspartner, die das verursacht habe. Treuherzig versicherte sein Kontaktmann, der Außenministerkollege Halifax, die britische Staatsbank sei »unabhängig«. Er könne daher in dieser Sache keinen Einfluß geltend machen. Also wurde trotz Zusagen nichts gegeben und nichts geliefert, Polen blieb allein.

Aber dennoch herrschte in Warschau in den Regierungskreisen weiterhin überwiegend Optimismus. An sich stand ja alles zum besten, nach den geschlossenen und mehrfach bekräftigten Verträgen. Frankreich und Großbritannien hatten gerade eben erst unbedingte Unterstützung für einen Konflikt mit Deutschland zugesagt. Die Sowjetunion hatte versprochen, in keinem Fall gegen Polen in einen solchen Konflikt einzugreifen. Sogar Waffenlieferungen an Polen waren von Moskau in Aussicht gestellt worden, auch dies noch einmal verstärkt zugesagt, im Frühjahr 1939.

Man muß jetzt nicht besonders betonen, wie komplett nur Monate später das alles nicht mehr von Bedeutung gewesen ist. Aber es wirft natürlich ein Schlaglicht auf die Verhältnisse, unter denen im Europa des Jahres 1939 das entstanden ist, was heutzutage als Auftakt zum Zweiten Weltkrieg als bekannt vorausgesetzt werden kann.

Unter dem Stichwort Optimismus stellt das Datum des 24. März 1939 einen besonderen Tag dar. In Warschau versammelte damals Josef Beck seine diplomatischen Mitstreiter zu einem größeren Treffen. Es galt, die kommenden Entwicklungen anzukündigen und möglichen Irritationen durch die letzten Ereignisse vorzubeugen. Gerade hatte sich die Slowakei von Tschechien abgespalten und das Deutsche Reich im tschechischen Landesteil unter der Bezeichnung »Protektorat Böhmen und Mähren« einen eigenen Herrschaftsbereich eingerichtet. Zwar waren diesen Entscheidungen deutsche Konsultationen mit Großbritannien vorausgegangen, aber die internationale Presse schrieb von einem deutschen »Coup«.

»Das Großmachtstreben war der Fluch unserer politischen Linie. ... Die polnische Großmachtspolitik verzichtete nicht auf Konzepte für eine Abtrennung der Ukraine und des Kaukasus von Rußland und formulierte weiterhin das Ziel, sich Danzig, wenn nicht gar Ostpreußen einzuverleiben. Gewisse Aktivitäten in dieser Richtung, die sich am besten als Eiertanz bezeichnen lassen, wurden durchaus von staatlichen Stellen oder von staatlich finanzierten Institutionen unternommen. Die Öffentlichkeit war darauf unglaublich stolz und sehr zufrieden damit.«

Michał Łubieński, Kanzleichef des polnischen Außenministers.

Man versammelte sich an besagtem 24. März als ein Klub von Personen, die sich schon lange kannten. So gut wie alle Anwesenden waren Teil der »polnischen Legion« gewesen, die nach einer vorausgegangenen Geschichte als Untergrundbewegung vor einem Vierteljahrhundert im Jahr 1914 ganz offiziell als vermeintlich pro-deutsch-österreichischer Verband in den ausbrechenden Ersten Weltkrieg gezogen war. Unter dieser Flagge waren jedoch stets in letzter Konsequenz nur eigene, nach außen hin gern verschwiegene polnische Ziele verfolgt worden. Mit Erfolg. Wie in diesen Kreisen prognostiziert, brach 1917/18 in Ostmitteleuropa die alte Ordnung zusammen: das russische Zaren- ebenso wie letztlich das deutsche und das österreichische Kaiserreich. Die »polnische Legion« hingegen stellte ab 1918 den Kernbestand des staatstragenden Personals



Polen 1939
(Hugo Jaeger)

der nach mehr als einem Jahrhundert wieder neu hergestellten polnischen Republik. Dazu gehörten auch die polnischen Botschafter in den großen europäischen Hauptstädten, die im Frühjahr 1939 fast alle immer noch zu diesem informellen Verein gehörten, der jetzt auf den nächsten großen Coup setzte: den erneuten deutschen Zusammenbruch unter einer nationalsozialistischen Regierung, die sich in Europa restlos isoliert hatte. In den Worten des langjährigen Leiters der polnischen Außenpolitik, Josef Beck klang dies am 24. März so: »Wir haben diese entscheidende Situation in unserer Politik erreicht und dabei sämtliche Trumpfkarten in unserer Hand. Das spricht nicht gerade gegen uns. Auf dieser Grundlage werden wir die weiteren Aktionen angehen.«

Diese Trumpfkarten bestanden in den oben kurz angesprochenen Bündniskonstellationen, mittels derer sich inzwischen wesentliche Kräfte in Europa gegen Deutschland richteten. Das diplomatische Kalkül einer sich für klug haltenden Politik und der drohende Ausbruch völlig anders dimensionierter Gewaltereignisse beschäftigten damals vielfach die Gemüter. Für Polen galt es, nach mehr als fünf Jahren eine Politik zu Ende zu führen, die am 26. Januar 1934 formal begonnen hatte. An diesem Tag hatte man seinerzeit mit Deutschland ein Abkommen über gegenseitigen Gewaltverzicht geschlossen. Ganz Europa gab sich überrascht über diese Entwicklung, galt doch der polnisch-deutsche Konflikt seit 1919 als gesetzter Standard der europäischen Verhältnisse. Direkte und indirekte Gewalt war seitdem beiderseits vielfach eingesetzt worden, keine Seite war mit den Grenzziehungen zufrieden. Im deutschen Auswärtigen Amt und der Reichswehr gab es namhafte Stimmen, die Existenz der Republik Polen sei eigentlich ohnehin überflüssig. Deutsche Reichskanzler wie Gustav Stresemann gingen davon aus, dieses Problem lösen zu können.

»Glauben Sie, irgend jemand von uns hätte nach dem Sommer 1940 etwas an der Tatsache ändern können, daß Polen den Krieg wegen des im Frühjahr 1939 gegebenen Versprechens der englischen Regierung riskiert hatte, um nicht nur Ostpreußen, sondern auch Oberschlesien zu erhalten?«

Heinrich Brüning, früherer deutscher Reichskanzler, 1939 im Exil in London.

*Gefangene polnische Soldaten, 1939
(Hugo Jaeger)*



Auf der anderen Seite sah man sich in Warschau stets als Nachfolger des polnischen Imperiums der Frühen Neuzeit, also eigentlich auf Augenhöhe mit Frankreich oder Großbritannien. Wenn man diesen Anspruch nun aber in London und Paris durchsetzen wollte, mußten harte Wege gegangen und ein Dilemma gelöst werden. In keinem Fall durfte Polen sich als Satellitenstaat des Westens behandeln lassen. In jedem Fall aber mußte man trotzdem im Zweifel an der Seite des Westens stehen, wenn der gegen Deutschland vorgehen sollte. Daraus resultierte eben die Politik des 26. Januar mit ihrem vorläufigen Gewaltverzicht gegen Deutschland – der so lange Geltung haben würde, bis die Westmächte selbst gegen Deutschland aufträten. »Der Kommandant (d. h. Józef Piłsudski, d. Verf.) hat zu seiner Zeit Schwierigkeiten vorausgesehen, die aus ungesunden Romanzen mit den Deutschen entstehen werden. Jedoch war er der Meinung, daß wir keinen vernünftigen Zustand mit den Ländern Westeuropas erreichen, wenn wir nicht – zumindest eine Zeit lang – eine eigene deutsch-polnische Politik zustande bringen.«

In diesem Sinn erläuterte Josef Beck seine Politik gegenüber seinen Regierungskollegen. Er arbeitete seit Jahren daran, die Alliierten auf die polnische Seite zu bringen. Im Sommer 1938 sprach er erstmals in Warschau davon, sich »innerhalb von 24 Stunden auf die Seite der Alliierten« schlagen zu können – wenn diese sich handlungsfähig gezeigt hatten. Allerdings wollte er dafür von den Westmächten zudem einen Preis haben, in Form von Land und Rechten. Da zugleich noch nicht sicher war, ob sich London und Paris wirklich militärisch gegen Deutschland wenden würden, wollte Beck auch von einem weiteren deutschen Zugewinn profitieren. Im Frieden also mit Hitler, im Krieg gegen ihn, so erläuterte Beck seine Politik auf zwei Konferenzen im Warschauer Schloß: »Zu diesen Ausführungen im königlichen Schloß fügte ich immer kategorisch hinzu: (1) Wir dürfen und wir können nicht die ersten sein, die gegen die Tschechoslowakei auftreten, und (2) sollten meine Annahmen nicht zutreffen, muß die Politik Polens sich innerhalb von 24 Stunden ändern, denn für den Fall eines wirklichen europäischen Krieges mit Deutschland dürfen wir nicht einmal indirekt an der Seite Deutschlands zu finden sein.«

Auf daß diese Haltung im Westen endlich verstanden wurde, erläuterte Beck sie im Juni 1938 persönlich – und fast wortgleich – dem US-Botschafter Anthony Drexel Biddle. An einem breiten Konflikt des Jahres 1938 hätte sich die Republik Polen also bereits beteiligt, wenn er gegen Deutschland gerichtet gewesen wäre.

Folgte 1938 noch kein Krieg, sondern das Münchner Abkommen mit seiner Neuaufteilung der Tschechoslowakei, so war die Sache seit dem Frühjahr 1939 klar: Großbritannien und Frankreich stellte sich quasi be-

»Gladwyn, frisch aus Polen zurück, sagte, daß die Polen in jedem Fall kämpfen würden. Sie rechnen damit, sich eventuell von ihrer westlichen Grenze zurückziehen zu müssen, aber ihrerseits Ostpreußen zu überrennen und die Deutschen zwei Monate zu beschäftigen. Am Ende dieser zwei Monate rechnen sie mit dem inneren Zusammenbruch des deutschen Regimes.«

Hugh Dalton, Britischer Politiker, Minister für verdeckte Kriegsführung, Juni 1939.

dingungslos gegen Deutschland und hinter Polen. In Warschau schien man also am Ziel aller langjährigen Wünsche zu sein und gab jedwede Zurückhaltung auf. Beck selbst hielt vor dem Parlament eine flammende Rede, über deren Wirkung Frankreichs Botschafter notierte: »Als er von der Tribüne herabstieg, jubelten ihm alle Mitglieder des Sejm lange stehend zu; die Mitglieder der Regierung und das Publikum der Tribünen beteiligten sich an dieser Kundgebung. Gewisse Mitglieder des diplomatischen Corps, fortgerissen von dem allgemeinen Elan, glaubten das Recht zu haben, auch ihrerseits dem Außenminister ihre sichtbare Ermutigung geben zu dürfen. Alle anwesenden Polen bebten in starker patriotischer Bewegung und brachten durch ihre Begeisterung die Entschlossenheit der ganzen Nation zum Ausdruck. Einige Zwischenrufe hatten gleichzeitig gezeigt, daß wenigstens einige Abgeordnete die Illusionen der Masse über die wirklichen Kräfte Polens teilten. ›Wir haben keinen Frieden nötig,‹ hatte eine Stimme während des erhebenden Schlußwortes des Ministers in den Saal gerufen.«

Josef Beck durfte es an diesem Tag erleben, im polnischen Parlament aufgenommen zu werden wie der sprichwörtliche »verlorene Sohn«. Die Zeit seines öffentlichen Spiels mit den deutschen Ambitionen ging vor den Augen der Welt und der polnischen Innenpolitik zu Ende. Über Jahre hatte er persönlich den Eindruck einer deutschfreundlichen Haltung erwecken müssen, um den Preis zu erhöhen, den die Westmächte für ein Bündnis mit Polen zu zahlen bereit waren.

Nun bestand in Warschau eine demonstrative Einigkeit von Regierung wie Opposition, die auf das Gegenteil hinauslief. Was von Berlin aus vorgetragen wurde, sei die Forderung nach einem einseitigen polnischen Zugeständnis. Einseitige Zugeständnisse würde kein Staat von Ehre machen. Verletzung der Ehre bedeute Krieg. So lautete letztlich der Dreisatz dieses Auftritts, dessen sachliche Widersprüche und gewollte Illusionen gravierend waren, aber dem bewegten Publikum nicht auffielen. Es war in dessen Augen die Zeit gekommen, weitere Zeichen demonstrativer Entschlossenheit gegen deutsche Ambitionen im Osten Mitteleuropas zu schaffen. Das bedeutete unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht zuletzt weiteren Druck auf die deutsche Volksgruppe in Polen.

Mit großer Geste wurden vor diesem Hintergrund öffentlich im Frühjahr 1939 die eigenen Streitkräfte mobilisiert. Das zeigte jedenfalls Stärke und Kampfbereitschaft nach außen hin. Die Voraussetzungen waren gut: Die westlichen Militärattachés attestierten Deutschland eine militärische Schwäche, und die diplomatischen Kreise in Warschau und London hielten das NS-Regime für instabil. Gleichzeitig war es der polnischen Regierung gelungen, endlich einen erstrangigen Kontakt zu den Westmächten zu knüpfen und somit jene Aussicht auf Unterstützung durch fremde Mächte zu erreichen, die vor sechs Jahren gefehlt hatte.

In der Tat veranstalten die britischen Vertreter vor Ort in Warschau geradezu einen Wettbewerb an Spekulation darüber, wie Polen weiter militärisch vorgehen würde. Eine vollkommen eigenständige polnische Militäraktion hielt Botschafter Kennard in jedem Fall für unwahrscheinlich, auch wenn sie derzeit von einigen Kollegen diskutiert werde, womit er wohl unter anderem die englischen Militärattachés meinte: »Ich teile nicht die Alarmstimmung von einigen meiner Kollegen, wonach die polnische Regierung ein Ergebnis mit Deutschland erzwingen will. Aber die Polen verstehen die deutschen Methoden und es wäre nicht das erste Mal, wenn sie ein Blatt aus dem deutschen Buch reißen würden.«

In den britischen Militärkreisen in Warschau herrschte Lust vor, sich an einem solchen Unternehmen zu beteiligen. Ein weiteres Memorandum von Militärattaché Colonel Mason-MacFarlane vom 29. März forderte den Krieg innerhalb von drei Wochen und nannte als Verbündete gegen Deutschland die Länder Polen, Rumänien, Jugoslawien und eventuell Ungarn. So schienen die Perspektiven für eine polnische Großmachtrolle in Europa in diesem Frühjahr 1939 so günstig zu sein wie nie zuvor.

Allerdings: Die Störche des Westens blieben 1939 letztlich in der Tat aus. Sie brachten weder die zugesagten Finanzmittel, noch die versprochenen Großangriffe der französischen Armee auf Deutschland, noch die britischen Bombenangriffe auf Berlin. Militärs planen bekanntlich oft den kommenden Krieg mit den Mitteln des letzten. Für die Überlegungen der polnischen Legionäre, das Jahr 1919 im Jahr 1939 noch einmal zu wiederholen, trifft dies beispielhaft zu. ■

Literaturhinweise:

Harald Laeuen: *Polnische Tragödie*, Stuttgart 1955;

Tomasz Łubieński: *Noch war Polen nicht verloren*, Berlin 2010;

Anita Prażmowska: *Britain and Poland 1939–1943 – The betrayed ally*, Cambridge 1995;

Stefan Scheil: *Polen 1939 – Kriegskalkül, Planung, Vollzug*, Schnellroda 2013.

Sieben Thesen über den Konservatismus

von Gerd-Klaus Kaltenbrunner

Auch bei mißtrauischem Blick auf die Szene nicht nur der Bundesrepublik, sondern der westlichen Welt überhaupt, kann man ernsthafte Anzeichen einer konservativen Besinnung kaum übersehen. Wenn angesichts der Gefahr einer Ökokatastrophe und der Lehren von zwei Jahrhunderten Revolution nicht mehr die progressive Entfesselung der industriellen Produktivkräfte, die stetige Steigerung des Lebensstandards und die Verwirklichung einer sozialen Utopia zeitgemäß sind, sondern die Verhütung des Weltunterganges, die Bewahrung der Natur und die umsichtige Verwaltung der immer knapper werdenden Bestände, dann ist schwer einzusehen, wie diese von den »Grenzen des Wachstums« uns auferlegten Notwendigkeiten durch eine progressistisch-emanzipatorische Theorie und Praxis bewältigt werden könnten. Dazu bedarf es vielmehr einer Ehrenrettung und Erneuerung von Grundsätzen, Einsichten und Tugenden, die man in einem sehr bestimmten Sinn für konservativ erklären kann.

Die seit dem Zeitalter der Aufklärung entstandenen linken Ideologien – vom klassischen Liberalismus bis zum Marxismus – waren durchweg davon ausgegangen, daß sich durch zunehmende Gütererzeugung unweigerlich auch die Lebensqualität verbessere und daß das Ziel der Menschheit in ununterbrochen fortschreitender Industrialisierung, Technisierung, Urbanisierung, Homogenisierung und Ausbeutung der Natur bestehe. Wer das bezweifelt (und die Zahl der Zweifler wächst von Jahr zu Jahr), der kann sich in einem geistespolitischen Sinne schwerlich als »links« oder »progressiv« einordnen. Denn er stellt mit diesem Zweifel die gesamte progressistische Philosophie der letzten zwei Jahrhunderte in Frage, um sich, wenngleich bisweilen unbewußt, Prinzipien und Ideen zu nähern, denen von jeher konservative Kritiker sowohl des Kapitalismus als auch des Sozialismus gehuldigt haben. Er wird schließlich den Verdacht hegen, daß die großen Aufgaben des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts nur von einem konservativen Ansatz her zu bewältigt sind.

Ursprünglich erschienen in:
*positionen 1976. Jahrbuch
der ÖCV-Bildungsakademie,*
hrsg. von Wolfgang Mantl,
Graz/Wien/Köln 1976,
S. 24–33.

Konservatismus war zu keiner Zeit ein in dem Maße systematisch geklärter Begriff wie seine Gegenspieler auf der linken Seite, also Liberalismus, Sozialismus, Anarchismus etc. Die Besinnung auf die Etymologie des vom lateinischen *conservare* (bewahren) kommenden Wortes hilft nicht viel, denn jedermann, auch der Anarchist, will irgend etwas bewahren. Es gibt keine politische Richtung, einschließlich der revolutionärsten, die nicht irgendeine primäre Bejahung, ein bestimmtes Bewahrenwollen voraussetzt. Insofern hat alles politische Denken zumindest auch konservative Elemente, wie Ernst Nolte und Martin Puder etwa für den Marxismus nachgewiesen haben. Es gibt aber auch niemanden, der alles, genauso wie es ist, bewahren will. Auch der konservativste Mensch ist mit der Wirklichkeit, dem Status quo, nicht völlig einverstanden, auch er will durchaus vieles verändern.

Wäre die konservative Denkweise und Lebenshaltung nur eine graduelle Angelegenheit, dann lohnte es sich kaum, sie ausführlicher darzustellen. Sie wäre dann einfach das Negativ der »Linken«. Doch in Wirklichkeit ist Konservatismus mehr als eine Sache des Grades. Er hat seine eigenen Grundmotive, Gehalte und Thesen, aus denen allein er verstanden werden kann. Er bedeutet eine unverwechselbare geistige Attitüde zu Welt und Leben, die sich vielleicht in sieben Grundannahmen zusammenfassen läßt.

ERSTENS: Menschen sind begrenzte, ungleiche, endliche und deshalb auf Disziplin und Bindung angewiesene Wesen.

Der Konservative ist – aus welchen Gründen immer, aus angeborener Skepsis, aus Erfahrung oder aus schmerzlicher Ernüchterung – nicht davon überzeugt, daß der Mensch ein von Natur aus gutes, nur durch außer ihm liegende Umstände verdorbenes Wesen sei. Er glaubt, daß der Mensch nicht ohne äußere Ordnungen, die stets auch ein gewisses Ausmaß an Zwang und Repression mit sich bringen, jene Gerechtigkeit und Freiheit erreichen und bewahren könne, die die Linke als gesellschaftlichen Endzustand verkündet.

Die Linke jeder Spielart – von den Liberalen über die Sozialisten bis zu den Anarchisten – hält den Menschen für von Natur aus gut. Der Mensch ist für sie vielleicht noch nicht erzogen, doch immerhin zum Guten erziehbar. Der Konservative hingegen hält den Menschen wenn schon nicht für erbsündig, so doch für erbschuldig. Seine Anthropologie kann sich nicht nur auf Arnold Gehlen und Konrad Lorenz stützen, und sie ist auch nicht als säkularisierter Ableger einer einseitigen Erbsündenlehre abzutun. Es lassen sich für sie durchaus außerchristliche Belege finden.

»In der Regel tun die Menschen einander Unrecht, wann immer sie Macht dazu haben«, heißt es schon bei Aristoteles. »Viel des Furchtbaren gibt es, doch nichts ist furchtbarer als der Mensch«, beginnt eine Chorstrophe in der sophokleischen »Antigone«, welche Aussage der chassidische Baalschem auf seine Weise dahin abkürzt: »Der Mensch ist furchtbar.« Und Pestalozzi, der alles andere als ein Misanthrop war, liefert dazu die nähere Begründung: »Der Mensch ... ist von Natur, wenn er, sich selbst überlassen, wild aufwächst, träg, unwissend, unvorsichtig, unbedachtsam, leichtsinnig, leichtgläubig, furchtsam und ohne Grenzen gierig und wird dann noch durch die Gefahren, die seiner Schwäche, und die Hindernisse, die seiner Gierigkeit aufstoßen, krumm, verschlagen, heimtückisch, mißtrauisch, gewaltsam, verwegen, rachgierig und grausam. Das ist der Mensch, wie er von Natur, wenn er, sich selbst überlassen, wild aufwächst, werden muß; er raubt, wie er ißt, und mordet, wie er schläft. Das Recht seiner Natur ist sein Bedürfnis, der Grund seines Rechts ist sein Gelüst, die Grenze seiner Ansprüche sind seine Trägheit und die Unmöglichkeit, weiter zu gelangen. In diesem Grad ist es wahr, daß der Mensch, so wie er von Natur ist und wie er, wenn er, sich selbst überlassen, wild aufwächst, seiner Natur nach notwendig werden muß, der Gesellschaft nicht nur nichts nützt, sondern ihr im höchsten Grad gefährlich und unerträglich ist.«¹

So ist, fürwahr, der Mensch beschaffen. Er ist der geborene Wilde. Er bedarf der ihn disziplinierenden Gegenkräfte, die man nach der mehr subjektiven Seite Erzieher, nach der mehr objektiven Gehäuse nennen kann. Er kann nicht Mensch im Vollsinn werden, wenn er sich selbst, seiner ursprünglichen Wildheit, seinem stets lauenden Drang zum Ungeheuren überlassen bleibt.

ZWEITENS: Menschen sind angewiesen auf Einsichten und Orientierungen, die sie weder aus dem angeborenen Instinktverrat noch durch rationales Kalkül und subjektive Erfahrung gewinnen können. Das Arsenal dieser Einsichten und Orientierungen ist die Überlieferung, die durch die Geschichte sich hindurch haltende Tradition. Der Konservative verteidigt das Menschenrecht auf Vergangenheit. Eine erinnerungslose Freiheit ist leer.² Der Mensch kann nicht ohne Erinnerung menschlich sein. Er bedarf der Überlieferung. Seine Identität und Integrität findet

er durch die Einwurzelung in geschichtlich tradierte Bestände, durch die Annahme einer »Geschichte«, der er seine Loyalität entgegenbringt.

Tradition ist eine kunstvolle Ausdehnung und Vertiefung unseres Gedächtnisses, eine überbiologische Weise von Fortpflanzung und Vererbung. »Wie wenig es haben und sind wir«, sagte Goethe, »was wir im reinsten Sinne unser Eigentum nennen! Wir müssen alle empfangen und lernen, sowohl von denen, die vor uns waren, als von denen, die mit uns sind. Selbst das größte Genie würde nicht weit kommen, wenn es alles seinem eigenen Innern verdanken wollte.« Und Gilbert Keith Chesterton fügt dieser Einsicht ganz im Sinne Burkes hinzu: »Tradition bedeutet, der tiefsten und verkanntesten aller Klassen, unseren Vorfahren, Stimmrecht einzuräumen. Sie bedeutet Demokratie für die Toten. Tradition lehnt es ab, der anmaßenden Oligarchie der zufällig heute Herumlaufenden das Feld allein zu überlassen.« So dachten auch Görres, Savigny, Jacob Grimm, Bachofen und in unserem Jahrhundert Whitehead.

Denken so bloße Romantiker und Traditionalisten, von Haus aus Unmündige, Zurückgebliebene oder starrsinnige Emanzipationsverweigerer, die zäh an verjährten Vorstellungen hängen? Sehr leicht stellt sich in diesem Zusammenhang das Wort von den »Ewig Gestrigen« ein, das Schiller nicht ohne Anzüglichkeit einem Manne in den Mund legt, der damit die Treue gegen den Kaiser vor sich selbst verächtlich machen will ... Disraeli, der genialste konservative Praktiker, warnte vor der Zerstörung der überlieferten Substanz und prophezeite eine Rache der »erzürnten Tradition«. Tradition aber, so können wir ergänzen, ist nur institutionell zu garantieren. Nur Institutionen vermögen das Kapital an Einsichten, Erfahrungen und Lebensregeln zu repräsentieren, das jedes Zeitalter für das nachkommende treuhänderisch verwalten muß. Sie stehen für das Urfaktum fundamentaler Autorität; in ihnen verkörpern sich, nach einem Wort von Whitehead, die durchgängigen Züge unserer Erfahrung.

DRITTENS: Erst in den großen Institutionen finden die Menschen vor sich selbst Schutz; nur in ihnen gewinnen sie überhaupt erst Gestalt, Standort und Handlungsspielraum.

Der Konservative ist Institutionalist. Institutionen sind, wie Gehlen gegenüber Adorno betonte, »Bändigungen der Verfallsbereitschaft des Menschen«, soziale Artefakte und Formen, die von uns asketische Akte der Selbstzucht, der Einschränkung und Unterwerfung erheischen. Institutionen sind jene stabilisierenden Stützen und Formen, mittels derer ein seiner Natur nach riskiertes, extrem korrumpierbares, zum Verfall bereites, unstabiles, affektüberlastetes und an instinktiven Regulierungsmechanismen armes Wesen sich gleichsam von außen her versteht, hochhält und hochschwingt, um sich selbst und seinesgleichen überhaupt erst erträglich, zu einem kultivierten Wesen zu machen. In den Institutionen kosmisiert sich der Mensch, bän-

digst er seine erste »wilde« Natur. Die Institutionen – Recht, Eigentum, Familie, Kult, Staat und so weiter – sind die Gehäuse des Menschen. In ihnen findet er Schutz und Geborgenheit, seinen Ort und Status in der Gesellschaft. Sie verkörpern ihm gegenüber jedoch auch das Realitätsprinzip; sie bedeuten Grenze, Verpflichtung und Zwang. Institutionen sind Artefakte, sie sind »künstliche« Einrichtungen, wie die wörtliche Übersetzung des lateinischen Wortes lautet. In ihnen richtet der Mensch sich auf dieser Welt ein, an ihnen richtet er sein Leben aus. Wo progressive Geister bloß das Abschneiden alter Zöpfe oder menschenfreundliche Reformen sehen wollen, neigt deshalb der Konservative eher dazu, einen Schwund an menschlicher Substanz, ein Verschleudern kulturellen Erbes, ein Niederreißen von schützenden und stützenden Schranken wahrzunehmen. Dann wird der Mensch, so fürchtet er, schnell primitivisiert, zurückgeschleudert in die chaotische »Natürlichkeit« seiner unsicher gewordenen Antriebe.

Das ist, um es in einem mythologischen Bilde zu sagen, der apollinische Wesenszug des Konservativen. Er bejaht die überlieferten Institutionen nicht, weil sie alt, sondern weil sie Ordnungen sind. Er bejaht die überlieferten Institutionen nicht aus einer *nostalgie du passé* heraus, sondern weil sie Formen sind, die »das Leben ordnen, ausrichten und grammatikalisieren.«³ Er bejaht die überlieferten Institutionen nicht, weil er sie für »natürlich« hält, sondern weil sie soziale Kunstwerke sind und weil, wie Burke in einer genialen Maxime sagt, »art is man's nature«. Ist der Konservative, der als Institutionalist ein gewisses Ausmaß an Entfremdung sowie den Primat der großen sozialen und politischen Formen vor dem Bedürfnis nach Emanzipation bejaht, deshalb ein bornierter Reaktionär, der sich gegen jeden Wandel mit Ingrimms sträubt und den jeweiligen Status quo unverändert erhalten will? Ist er notwendig ein Apologet der Oberklasse, die, wie Max Scheler behauptet,⁴ dankbar und ehrfürchtig auf die Vergangenheit, die gute alte Zeit, dagegen angstvoll und trübsinnig in die Zukunft zu blicken pflegt? Kaum ein Vorurteil ist so verbreitet wie jenes, daß Konservatismus und Wandel sich ausschließen, daß der Konservative grundsätzlich entwicklungsfeindlich sei und, wie von Metternich berichtet wird, über gesellschaftliche Veränderungen hinaus sogar noch jeden Jahreswechsel instinktiv verabscheue.

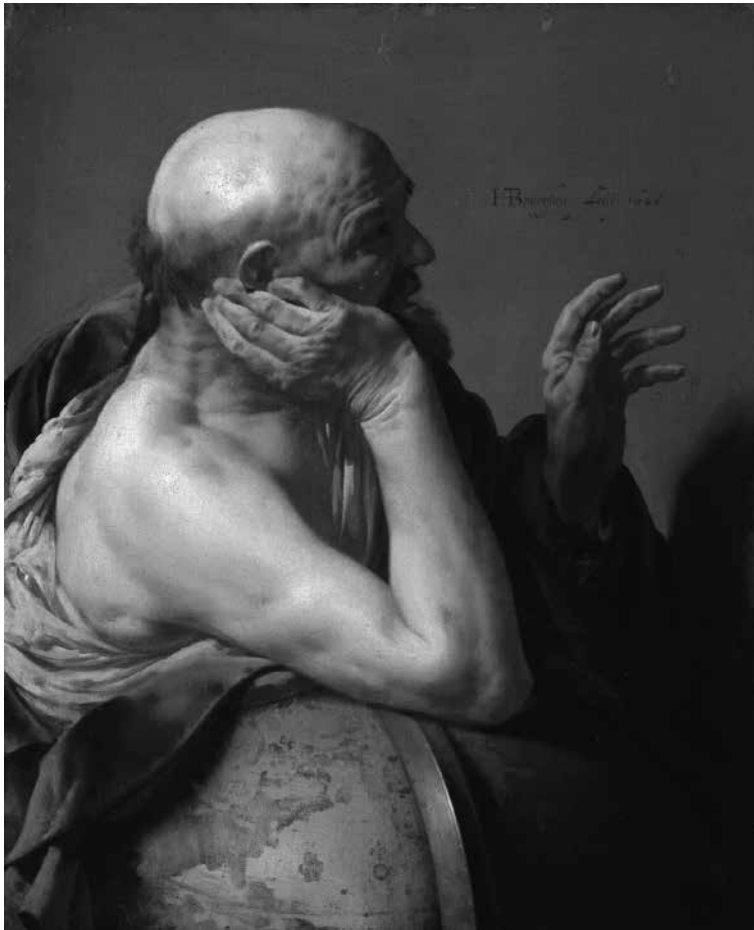
Wie wenig diese Unterstellung der konservativen Denkweise gerecht wird, beweist schon ein flüchtiges Studium einiger konservativer Klassiker. Burke sagte zwar maliziös: »Der Geist der Neuerungen ist gewöhnlich das Attribut kleiner Charaktere und eingeschränkter Köpfe. Leute, die hinter sich auf ihre Vorfahren blicken, werden auch nie vor sich auf ihre Nachkommen sehen.« Doch unmittelbar darauf rühmt er gerade an der englischen Nation ihr Verständnis dafür, »that the idea of inheritance furnishes a sure principle of conservation, and a sure principle of transmission; without at all excluding a prin-

ciple of improvement« – »daß die Idee der Erbllichkeit – wir können auch sagen: der Überlieferung – ein sicheres Prinzip der Erhaltung und auch der Weitergabe bietet, ohne im geringsten ein Prinzip der Verbesserung auszuschließen.«⁵

Von Disraeli stammt das Wort: »Assist progress, resist revolution.« Und eben weil er sich, wie Burke, bewußt war, daß die Institutionen geschichtliche Schöpfungen menschlicher Praxis sind (»A nation is a work of art and a work of time«), sah er auch keinen Grund, weshalb die Entwicklung bei den momentan bestehenden sozialen Gebilden stehenbleiben sollte. Disraeli hat daraus auch als Staatsmann die praktischen Konsequenzen gezogen, indem er die englischen Konservativen zu einer Partei aktiver Sozialreform umwandelte, die vor radikalen Umgestaltungen nicht zurückgeschreckt und im Zeichen der »Tory Democracy« auch große Teile der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen vermochte.⁶ Deshalb lautet ein weiteres konservatives Prinzip:

VIERTENS: Die Welt, soweit wir sie kennen, befindet sich in ständigem Wandel, und Ordnung ist in einem solchen evolutiven Universum nur möglich als Prozeß, als fluktuierende Ordnung.

»Bei einem Fluß ist es nicht möglich, zweimal hineinzusteigen in denselben – auch nicht ein sterbliches Wesen zweimal zu berühren und zu fassen im gleichen Zustand – es zerfließt und wieder strömt es zusammen und kommt her und geht fort.« Dieses Wort stammt von Heraklit, dem ersten Konservativen unter den Philosophen. Das Universum ist flüssig und flüchtig, das Leben eine Reihe von Überraschungen, und Dauer nur ein relativer Begriff. Stabilität ist nicht Stillstand. Was so aussieht, ist nur die Atempause eines Augenblickes, die temporäre Plattform einer zur Reife gediehenen Lebensgestalt. So wie unsere Stimmungen beständig wechseln, gibt es auch in der Weltgeschichte kein Gleichgewicht. Wir türmen mühsam Stein um Stein aufeinander und wissen doch, daß wir am Ende hinab müssen, daß kein Stein auf dem anderen bleibt, daß Statik gleichbedeutend wäre mit dem Ende der Evolution, daß Ungleichgewicht, Unabgeschlossenheit, Vorläufigkeit zu den bestimmenden Kennzeichen alles Lebens gehören. Das scheinbar stabile Universum zerbröckelt unter unseren Füßen, unaufhaltsam zerstreut sich die Energie, die Quellen der natürlichen Prozesse werden schwächer, und sogar die Materie löst sich auf. Zugleich aber spüren wir in uns eine gegenläufige Tendenz, einen *élan vital*, einen Durst nach Dauer und Verewigung, fühlen wir uns im Bunde mit den aufwärtsgerichteten, mutierenden Bewegungen, die dem physikalischen Verfall entgegengesetzt sind, wie sie im alljährlichen Frühlingserwachen und in der Evolution immer komplexerer Organismen zum Ausdruck kommen. In solcher Perspektive, die wir getrost heraklitisch nennen dürfen, gewinnt ein apokryphes Jesus-Wort einen tiefen Sinn: »Werdet Wanderer!« Wanderer ist, wer der Versuchung widersteht, sich in dieser Welt endgültig einrichten zu wollen. Diese Haltung des *homo viator*



Heraklit, Ölgemälde von Hendrick ter Brugghen (1628)

unterscheidet den echten Konservativen vom Reaktionär.

Der Reaktionär hängt an einer bestimmten geschichtlichen Gestalt, die er fixieren oder, wenn sie bereits vergangen ist, unverändert repetieren will. Reaktion ist unschöpferisch. Sie verharrt in einer rein negativen Anti-Haltung gegenüber dem Wandel und vermag deshalb auch nicht als Korrektiv desselben zu wirken. So war die klerikale Reaktion in Frankreich auf nichts anderes aus als auf die Wiederherstellung des *Ancien régime*; so wollten die Deutschnationalen in der Weimarer Republik eine Rückkehr der Hohenzollern und verbündeten sich aus Haß gegen den kaiserlosen Staat lieber mit Hitler, anstatt zu versuchen, die konservativen Grundsätze unter den neuen Bedingungen zu erproben. Ebenso reaktionär war die Haltung überwiegend frühliberaler Unternehmer, für die der proletarische Sozialismus keine Herausforderung von Gewissen, Phantasie und sozialem Gerechtigkeitssinn darstellte, sondern bloß eine Angelegenheit der Polizei, deren Aufgabe es sei, die Arbeiter niederzukuñuppeln.

Der Konservative ist sich, anders als der Reaktionär, der Tatsache bewußt, daß Tradition nicht einfach erhalten werden kann, sondern vertieft und vermehrt werden muß. Der Konservative weiß, daß Entwicklung ohne Erhaltung des

Bestehenden nur ein Übergang von einem Nichts zu einem anderen ist, daß Fortschritt vor allem in der schöpferisch verjüngenden Übernahme der Vergangenheit besteht. Der Konservative weiß aber auch, daß die für den Menschen lebensnotwendige Stabilität nicht gleichbedeutend mit Wandellosigkeit ist. Stabilität ist die Bedingung nichtkatastrophischen Wandels: künftiger Entwicklung ebenso wie künftiger Bewahrung. Instabil hingegen ist ein Zustand, in dem die Art und das Tempo des Wandels die Schaffung von Ordnung unmöglich machen; oder ein Zustand, in dem eine scheinbar stabile Ordnung, die in Wirklichkeit verkalkt und hohl ist, ihren eigenen Untergang herbeiruft; oder eine Ordnung, die vielleicht auf den ersten Blick schöpferisch und progressiv scheint, tatsächlich aber sich nur um den Preis einer ökologischen, kulturellen und wirtschaftlichen Hinterlassenschaft zu verwirklichen vermag, die kommende Generationen aller Wahrscheinlichkeit nach verfluchen werden.⁷

Man kann nicht zweimal in denselben Fluß steigen, sagte Heraklit. Aber er sagte auch: Sich wandelnd ruht das All. Es gibt durchgängige Züge der Erfahrung und Konstanten gleichsam übergeschichtlicher Art, die dem geschichtlichen Wandel trotzen. Wir können den Wandel erkennen, weil es Bestände, Strukturen und Wirkungszusammenhänge gibt, die in ihm durchhalten.⁸

In einer sich permanent wandelnden Welt, einer *world in process*, die der technologische Mensch zunehmend durch in der Schöpfung gleichsam nicht vorgesehene Eingriffe – bis hinein in die psycho-physische Integrität und die Erbanlagen des Individuums – zu verändern vermag, lautet ein weiteres konservatives Prinzip:

FÜNFTENS: Der Mensch muß regiert werden.

Das vorrangige Problem unserer Zeit liegt nicht darin, daß wir uns von allen Autoritäten emanzipieren (wie uns die sogenannten Progressiven einreden wollen), sondern in der Gewinnung von regierbaren Ordnungen mit regierbaren Menschen. Der neuzeitliche Mensch des Westens hat manche Tyrannen beseitigt – Unwissenheit, Hunger und frühen Tod –, nicht aber die Notwendigkeit, regiert zu werden.⁹ Alle revolutionären Bewegungen, die jene Notwendigkeit außer Kraft setzen wollten, sind gescheitert. Und alles spricht dafür, daß ihr Scheitern bei der Errichtung einer herrschaftslosen Gesellschaft nicht durch historische Zufälle bedingt, sondern bereits im Anspruch selbst angelegt ist. Der Liberalismus ging davon aus, daß die unter der Devise »Laissez-faire« stattfindende technologisch-ökonomische Expansion unbegrenzt weitergehen könne. Er vertraute darauf, daß dieses von ihm als Fortschritt gedeutete Wachstum sich von selbst, wie von einer »unsichtbaren Hand« gelenkt, stabilisieren und harmonisieren würde. Es gäbe, so meinte er, einen Zustand prästabiliertierter Harmonie unter den individuellen Interessen, der sich sozusagen automatisch verwirklichte, wenn man nur diesen Interessen freien Lauf gäbe.

Diese Überzeugung bestimmte auch das liberale Staatsverständnis. Sie ist durch die Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert überholt. Und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts sprechen nicht dafür, daß sich auf der Ebene gesellschaftlicher Gruppen jene Harmonie einstellen könne, die im Zeitalter des Frühliberalismus unter den als ihren eigenen Glückes Schmiede verstandenen Individuen mißlang. Angesichts der ökologischen Krise, des zunehmenden Mangels an Rohstoffen, der Kernspaltung und der Möglichkeit genetischer Manipulation stehen nämlich die Interessen auf dem Spiel, die keinen Anwalt unter den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen haben. Diese Interessen können nicht auf das interne Kräftespiel der partikularen Kollektive der Industriegesellschaft verwiesen werden; auch ein unter dem mißverständlichen Begriff Demokratisierung forciertes Wachstum an Selbstverwaltung der in den wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Organisationen Tätigen bietet keine Gewähr dafür, daß Interessen, die faktisch alle teilen, auch mit Nachdruck wahrgenommen werden. Dieser allgemeinen Interessen kann sich nur der Staat annehmen – und zwar in dem Maße, in dem er fähig und willens ist, auch den Erpressungen organisierter partikularer Interessen zu widerstehen. Er kann sich dann nicht damit begnügen, bloß als Vollzugsorgan der divergierenden gesellschaftlichen Kräfte

tätig zu sein, und sich darauf verlassen, daß die notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen individueller Freiheit, ökologischen Gleichgewichts usw. sich als Resultat der konkurrierenden Interessengruppen von selbst ergeben. Arbeitgeber, Gewerkschaften, Industrie, Handel, Landwirtschaft, Massenmedien stellen überaus wirksame Organisationen je bestimmter Gruppeninteressen dar, aber sie sind nicht imstande, jene Interessen konkret-allgemeiner Art, die allen partikularen Interessen vorausliegen, zu ihrer eigenen Sache zu machen. Patron und Repräsentant dieser Interessen, die andernfalls sich nicht wirksam artikulieren könnten, vermag nur der Staat zu sein, ein Staat, der eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber den in der Gewerkschaft wirksamen Mächten zu erhalten oder zu erringen in der Lage ist.¹⁰

Es mag sein, daß diese Forderung nach einem starken Staat angesichts der zunehmenden Unregierbarkeit der westlichen Länder und des verbreiteten Ressentiments gegen Herrschaft überhaupt utopisch wirkt. Für diese Utopie der Konservativen spricht freilich, daß die entgegengesetzte Utopie eines Absterbens von Staat und politischer Herrschaft keine mögliche Alternative darstellt, da sie zu einem Totalitarismus der gesellschaftlichen Mächte und damit zum Ende der okzidentalen politischen Kultur führen würde.¹¹

Die haltend-aufhaltende Macht gegenüber jener Macht, in der »alles gemischt ist ordnungslos und wiederkehrt uralte Verwirrung«, ist gewiß nicht der Staat allein. Denn der Staat lebt von Voraussetzungen, die vielleicht sogar Privatsache sind, doch eine Privatsache von allergrößter Bedeutung für die öffentliche Sache eines geordneten politischen Gemeinwesens. Und wenn diese nur vom einzelnen zu leistenden Bedingungen nicht gegeben sind, vermag der Staat keine haltende, daseinsschützende und -stabilisierende Macht zu sein. Er ist dann ein Koloß auf tönernen Füßen oder gar, um an ein anderes düsteres Bild aus der Bibel zu erinnern, das apokalyptische Tier, der allfeindliche Abgott-Drache mit den sieben Köpfen aus der Tiefe, dem der Satan Macht, Thron und Gewalt verleiht. Deshalb lautet ein weiterer konservativer Grundsatz:

SECHSTENS: Obwohl Teil der Natur, biogenetisch in tiefsten Vergangenheiten verwurzelt und gesellschaftlich geprägt, wird der Mensch unter seinem ihm möglichen Niveau begriffen, wenn er nicht als ein von Natur zur Freiheit berufenes Wesen verehrt wird.

Freiheit wird vom Konservativen in ihrer dialektischen Spannung zur Bindung gesehen. Aufgrund seiner realistischen Anthropologie weiß er die individuelle Freiheit besser gesichert, wenn sie nicht einlinig emanzipatorisch verstanden wird, sondern ein Gegengewicht in Gestalt institutioneller Bedingungen und Grenzen erhält. Im konservativen Freiheitsbegriff ist allemal auch das Moment des Gehorsams gegenüber Bindungen enthalten, deren Urheber nicht die partikulare Subjektivität ist, ohne daß er deshalb, wie

anscheinend Hegels Philosophie, Freiheit auf bloße Unterwerfung unter das Gesetz der Institutionen zurückführen würde. Vielmehr verhält es sich so, daß die Institutionen ihrerseits auf Leistungen angewiesen sind, die nur der einzelne als freies Wesen vollbringen kann. Gegenüber jedem sozialen Monismus oder Kollektivismus, der das Heil von der Gesellschaft erwartet, wird damit auf konservativer Seite die alte Lehre hochgehalten, daß das menschliche Individuum Selbstbestand hat, daß es, obwohl verflochten in mannigfaltige Abhängigkeiten, und sich in diesen verwirklichend, doch auch »Zweck seiner selbst« ist, wie Aristoteles, Thomas von Aquin und Kant übereinstimmend sagen. Eine solche Lehre hat durchaus auch praktische Konsequenzen in politischer Hinsicht.

Der für einen starken, über den gesellschaftlichen Gruppen stehenden Staat eintretende Konservative ist keineswegs der Meinung, daß die Regierung das Recht oder die Pflicht habe, sich in alles und jedes einzumischen.

Eine von einem starken Staat geschützte freie Gesellschaft, ein »System der relativen Selbständigkeit«,¹² kann nicht bestehen, wenn man alle Verantwortung dem Staat zuschiebt. Individuelle Verantwortlichkeit ist die unabdingbare Grundlage der politischen Kultur des Westens, zu der Jerusalem, Athen und Rom auf verschiedene Weise beigetragen haben. Es wäre freilich zynisch, individuelle Verantwortung einer armen Gesellschaft zu predigen. In einer relativ reichen Gesellschaft sollte sich das von selber verstehen. Wir haben uns daran gewöhnt, daß der Staat immer mehr zum Versorgungsstaat wird und darüber hinaus seine im strengen Sinne des Wortes staatlichen Aufgaben vernachlässigt. Wir haben uns daran gewöhnt, daß der Staat zunehmend Dienstleistungen übernimmt – von der Erziehung über die Gesundheitspflege bis zur Altersfürsorge –, für die verantwortungsbewußte Menschen in hohem Maße durchaus selber aufkommen könnten. Dem menschlichen Individuum wird trotz steigenden Lebensniveaus weniger Selbsterhaltungssinn zugemutet als einem Eichkätzchen oder einem Biber. Eine solche versorgungsstaatliche Haltung ist, wie gesagt, in einer armen und ungebildeten Gesellschaft durchaus zweckmäßig. Doch ist es wirklich zu viel verlangt, daß mündige Menschen, die heute mehr verdienen als der alte Mittelstand, auch Verantwortung für sich und ihre Angehörigen übernehmen und zum Beispiel Kindererziehung, Altersversorgung und Sicherung für den Krankheitsfall weitestgehend in eigener Regie treiben? Es ist eine kaum zu leugnende Tatsache, daß wir auf die Dauer das weniger zu würdigen wissen, was wir durch anonyme Apparate scheinbar gratis zugewiesen erhalten. Deshalb geht auch die Rechnung nicht auf, daß die Loyalität der Bürger in dem gleichen Maße zunimmt, in dem sie versorgungsstaatlich betreut werden.

Im Gegenteil. Der administrativ betreute Mensch verfällt gegenüber dem Staat immer mehr in eine passiv fordernde, »orale« Haltung, in jene »grenzenlose Pleonexie«, die bereits Max

Scheler als einen beherrschenden Zug unseres Jahrhunderts bezeichnet hat.¹³ Das Wort Pleonexie bedeutet Begehrlichkeit, Anmaßung, eine Grundhaltung infantil-regressiven Glücksverlangens. Auf diesen Begriff kann in einer sozialpsychologisch fundierten Theorie der entwickelten westlichen Industriegesellschaften kaum verzichtet werden. Zwar wird gewohnheitsmäßig immer noch von »Vater Staat« gesprochen; faktisch behandeln ihn jedoch immer weitere Kreise als unerschöpfliche Milchkuh: »Man legt sich ihm an wie einer Muttergottheit mit unzähligen Brüsten«, schreibt der des Konservatismus gewiß nicht verdächtige Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich.¹⁴

Selbstverantwortung und Selbstbestimmung bedeutet immer auch Selbstbegrenzung, Selbstbeherrschung, Distanz zu sich selbst und zumindest den Gedanken an seine »Submission unter das Höhere« (Schelling). Deshalb lautet ein weiterer Grundsatz konservativer Philosophie:

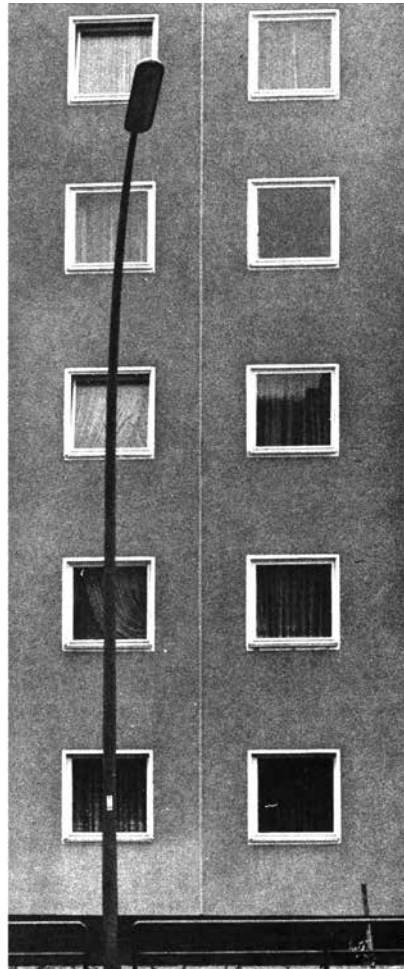
SIEBENTENS: Der Mensch ist nicht nur ein gesellschaftliches, sondern auch ein kosmisches Wesen. Zu den Ordnungen, in denen der Mensch lebt, und auf die er unaufhebbar angewiesen ist, gehört auch die Natur, die Ordnung des Kosmos. Das Gebot der Demut, das den meisten Religionen eigentümlich ist, läßt sich in Hinblick auf diese Naturverhaftetheit des Menschen, der selber ein Teil der Natur ist, auch ohne direkten Bezug auf religiöse Offenbarungen begründen. Das Wesen einer solchen Haltung, die der Hybris, der hochmütigen Überheblichkeit, entgegengesetzt ist, besteht darin, die eigene Größenordnung im Universum nicht zu verkennen. In einer solchen kosmischen Perspektive erscheint der Mensch primär als Erbe und Schuldner. Angemessen ist ihm dann nicht das Betragen eines imperialistischen »maître et possesseur de la nature« (Descartes), sondern das eines Hüters einer ihn tragenden und umgreifenden ökologischen Friedensordnung, der sich, nach einem Wort Martin Heideggers, als »Hirt des Seins« versteht.

Die Expansion der neuzeitlichen Naturbeherrschung durch Technik und Industrie ließ sich von dem Gedanken leiten, daß alle durch menschliche Eingriffe verursachten Schäden durch weitere Eingriffe wieder ausgeglichen werden können. An die Stelle des symbiotisch-sympathetischen Verhältnisses zwischen Mensch und Natur, das die außereuropäischen Kulturen auszeichnete, sollte das despotische Verhältnis totaler Verfügbarkeit treten. Heute wissen wir, daß die unseren eigenen Fortbestand als Gattung gefährdende Instabilität aller Lebensverhältnisse umso größer wird, je mehr wir als angeblich autonome, kein anderes Maß als das der beliebigen Machbarkeit anerkennende Herren in unserer Umwelt eingreifen. Je mehr wir machen, was wir aufgrund unserer technologischen Macht können, desto weniger vermögen wir das Feld unserer Eingriffe zu steuern. Wenn wir uns in technischer, politischer und ökologischer Hinsicht nicht uneinsichtiger stellen wollen, als wir sind, dann ergibt sich angesichts der Tatsache,

daß heute zum ersten Mal die menschliche Umwelt in planetarischem Umfang zu einer abhängigen Variablen geworden ist, die unbedingte Forderung, daß jeder manipulative Eingriff in die Natur beweislasterpflichtig ist. Die expansionistischen Neuerer haben die Beweislast dafür zu tragen, daß ihre Eingriffe die ökologischen Bedingungen nicht verschlechtern. Das ist eine erzkonservative Forderung, die sowohl für die kapitalistische als auch die sozialistische Organisation der Wirtschaft in ihrer bisherigen Gestalt eine radikale Provokation bedeutet. Denn beider Legitimationsideologie ist ein anthropozentrisches Menschenbild, das in seinen extremen Ausprägungen einen zur puren Wut gesteigerten Naturhaß verrät.

nung, die die außermenschliche Natur nicht länger als bloßen Rohstoff oder als Sklavin ansieht, sondern als Partner mit eigenem Anspruch.

Eine konservative Theorie, die diese Einsichten ernst nimmt, ist nicht romantisch, sondern vernünftig und lebensgerecht. Sie steht vor der paradoxen Aufgabe, ein Konzept revolutionärer Bewahrung zu entwickeln, den Entwurf einer Ordnung, in der Bewahren möglich und sinnvoll ist. Eine solche konservative Theorie könnte in einer gewandelten Sprache zum Ausdruck bringen, was auch die alt-neue Botschaft der mythischen Überlieferung des Menschengeschlechts ist: »... daß eine wohl geordnete Humanität nicht mit sich selbst beginnt, sondern die Welt vor das Leben setzt, das Leben vor die



*Was ist konservativ?
(Manchmal erübrigt
sich diese Frage.)*

Diese kosmische Perspektive, dem Konservatismus von jeher eigentümlich, bietet gewiß nicht die Garantie für ein konkretes natur- und menschengerechtes Gesellschaftsprogramm. Doch immerhin vermag sie zumindest eine gewisse Sensibilität dafür zu vermitteln, wie die Dinge nicht angegangen werden können und sollen. Wie sie konkret bewältigt werden sollen, ist eine Frage spezieller fachwissenschaftlicher Kenntnisse, technischer Möglichkeiten und politischer Durchsetzbarkeit. In kosmischer Perspektive geht es keineswegs bloß um etwas mehr Umweltschutz, sondern um das grundsätzlich neue Konzept einer Ordnung, die sich nicht selbst zerstört: einer ökologischen Friedensord-

Menschen und die Achtung der anderen Wesen vor die Selbstliebe; und daß selbst ein Aufenthalt von ein oder zwei Millionen Jahren auf dieser Erde ... nicht als Entschuldigung dafür dienen kann, sie sich gleich einem Ding anzueignen und sich darin schamlos und rücksichtslos zu verhalten.«¹⁵ In einer solchen Perspektive wird der Zwang zur permanenten Rebellion ebenso durchbrochen wie die Versklavung unter die Despotie quantitativen Wachstums. Prometheus verliert den ersten Platz im Heiligenkalender. Das Gefühl der Entfremdung, der Isoliertheit und der Furcht vor Sinnlosigkeit und Vergänglichkeit weicht dann der mythischen Ahnung, die Anzensgrubers Steinklopferhanns so formu-

liert hat: »Du g'hörst zu den Allen und dös Alls g'hört zu Dir. Es kann Dir nix g'schehn.«

Die letzten zehn Jahre standen im Zeichen eines utopischen »Prinzips Hoffnung«. Weltfremde Hoffnungen sind jedoch besonders gefährlich, wenn sie sich mit protestlerischer Geiztheit gegen alles Bestehende und einer Neigung zu üblen Vereinfachungen verbinden. Sie locken dann auf Abwege, die zu beschreiten weit Schlimmeres als Zeitvergeudung bedeuten kann. Um überhaupt wissen zu können, was wir in dieser Welt vernünftigerweise erhoffen dürfen, bedarf es der Rehabilitierung eines anderen Prinzips: des »Prinzips Wirklichkeit«. Die Konservativen der siebziger Jahre haben nur dann eine heilsame Funktion, wenn sie die Entdeckung der Wirklichkeit, ich wage es zu sagen: die Konversion zur Wirklichkeit als ihre Aufgabe annehmen. Dem wäre noch hinzuzufügen, daß zur Wirklichkeit nicht nur der Alltag, die Arbeit und der technische Umgang mit den Dingen, sondern auch das Ästhetische, das Gegensätzliche und das Geheimnisvolle, die Tiefendimension des Seins gehören. Dazu gehören auch die Erleuchtungen und Überlieferungen, der Schatz der individuellen und sozialen Erkenntnisse, Sinngebungen und Lebensformen, deren wir nicht entraten können, wenn wir den Rückfall in die Barbarei vermeiden wollen. Es gilt heute eine ganze Reihe von Normen, Hoffnungen und Leitbildern zu begraben – und einige vergessene wieder zu entdecken. Unter den Trümmer- und Schrotthalden des Fortschrittsglaubens finden wir Einsichten und Maßstäbe, die uns zu alt-neuen Kraftquellen werden können. Es geht, paradox gesprochen, um eine Philosophie revolutionärer Bewahrung auf der Grundlage einer umfassenden politischen Ökologie und einer sowohl realistischen als auch großherzigen Anthropologie, die sich nicht um die Doppelstrebigkeit, Gegensätzlichkeit und Zwieseligkeit des Menschen, seine schwankende Stellung zwischen Schicksal und Machbarkeit, Gegenwärtigkeit der Vergangenheit und Gegenwärtigkeit der Zukunft betrügt.

Ein Aspekt dieser Widersprüchlichkeit ist auch der Gegensatz zwischen konservativ und progressiv, links und rechts. Ich halte diesen Gegensatz für »ewig«. Es handelt sich um zwei nicht weiter aufzulösende Grundhaltungen, die sich in den verschiedenen Gestalten – religiösen, philosophischen, künstlerischen und politischen – durch die Jahrtausende hin nachweisen lassen. Beide gehören, wie Systole und Diastole, zu den Konstituenten der menschlichen Geschichte. Sie haben einander ergänzende Funktionen, und jede von ihnen hat ihre eigenen Fragwürdigkeiten und Entartungen. Die Frage lautet deshalb nicht, welche der beiden Funktionen »wahr« ist – beide entsprechen der menschlichen Natur, auf keine von ihnen kann verzichtet werden: eine Einsicht freilich, zu der sich eher Konservative denn Radikal-Progressive oder Revolutionäre bequemen. Die Frage lautet vielmehr, welche der beiden antagonistischen Funktionen heute und in absehbarer Zukunft verstärkt werden muß, und wie diejenige,

der für eine bestimmte Zeit der Vorrang zukommt, vor Entartung, Verfall und Schande bewahrt werden kann. Ich glaube, daß heute und in absehbarer Zukunft eine konservative Erneuerung not tut, und daß eine Kultur, ein Staat oder sonst ein großes Gemeinwesen umso fortschrittlicher (im Sinne von: reicher an Offenheit, an Vielfalt, an Chancen, an Erkenntnis-, Orientierungs- und Korrekturmöglichkeiten) sind, je mehr konservative Elemente sie aufweisen, sofern sie auch die großen Errungenschaften des durch Antike und Christentum in Gang gesetzten okzidentalen Emanzipationsprozesses zu sichern verstehen. ■

Anmerkungen:

- (1) Zitiert bei Leopold Ziegler: *Dreiflügelbild. Gottfried Keller – Heinrich Pestalozzi – Adalbert Stifter*, München 1961, S. 87;
- (2) Vgl. Gustav Hillard: »Das Recht auf Vergangenheit«, in: *Castrum Peregrini* 75 (1966), S. 5–15;
- (3) Vgl. Rudolf Zihlmann: *Vom Kosmos des Staates. Fragmente zur Wiedergeburt des konservativen Denkens*, Zürich 1962, S. 43;
- (4) Vgl. Max Scheler: *Die Wissenschaftsformen und die Gesellschaft*, Bern 1960, S. 171 und 173. Vgl. dazu Aurel Kolnai: »Max Scheler als Sozialphilosoph«, in: *Der Deutsche Volkswirt*, 22. Juni 1928, S. 1300–1303;
- (5) Vgl. Edmund Burke: *Betrachtungen über die Französische Revolution*, Frankfurt a.M. 1967, S. 69;
- (6) Vgl. Heinrich Dietz: »Konservatismus in Großbritannien«, in: *Konservatismus International*. Hrsg. von G.-K. Kaltenbrunner, Stuttgart 1973, S. 14ff., bes. S. 21ff.;
- (7) Vgl. Geoffrey Vickers: *Freedom in a Rocking Boat*, London 1970, S. 127f. (Deutsch: *Freiheit im kybernetischen Zeitalter*, Stuttgart 1975, S. 126.);
- (8) Vgl. Hans Fayer: »Die Geschichte, das Ungeschichtliche und das Übergeschichtliche«, in: *Integritas. Geistige Wandlung und menschliche Wirklichkeit*. Hrsg. von D. Scholte und R. Wisser, Tübingen 1966, S. 66–74; Hans Jonas: *Wandel und Bestand. Vom Grunde der Verstehbarkeit des Geschichtlichen*, Frankfurt a.M. 1970, bes. S. 11ff.;
- (9) Vgl. G.-K. Kaltenbrunner: »Von der Notwendigkeit, regiert zu werden«, in: *Zeitbühne* 4/4 (1975), S. 26–33; ferner: *INITIATIVE* Nr. 7 (»Der überforderte schwache Staat. Sind wir noch regierbar?«), Freiburg/Breisgau 1975;
- (10) Vgl. Ernst ForsthoFF: *Der Staat der Industriegesellschaft*, München 1971, S. 21ff., 30ff.; Ernst-Wolfgang Bockenförde: »Die Bedeutung der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft im demokratischen Sozialstaat der Gegenwart«, in: *Rechtsfragen der Gegenwart. Festgabe für Wolfgang Hefermehl zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 1972, S. 11–36;
- (11) Vgl. Wilhelm Hennis: »Ende der Politik?«, in: *Merkur* 25 (1971), S. 509ff.; Robert Spaemann: »Die Utopie der Herrschaftsfreiheit«, in: *Merkur* 26 (1972), S. 753ff.;
- (12) Vgl. Ernst Nolte: »Kapitalismus – Marxismus – Faschismus«, in: *Merkur* 27 (1973), S. 113ff.;
- (13) Vgl. Max Scheler: *Schriften zur Soziologie und Weltanschauungslehre*, Bd. 2. Leipzig 1923, S. 145;
- (14) Alexander Mitscherlich: *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie*, München 1963, S. 382;
- (15) Claude Lévi-Strauss: *Mythologica III: Der Ursprung der Tischsitten*, Frankfurt a.M. 1973, S. 546;
- (16) Vgl. Armin Mohler: *Von rechts gesehen*, Stuttgart 1974, S. 123f.

Stauffenberg – Inflationäre Vereinnahmung

von Erik Lehnert

Fangen wir mit einem Zitat von 1958 an, das ein »Nein« gegenüber dem 20. Juli anmeldet: »Der Gesprächspartner, gegen den unser Nein sich richten muß, begegnet uns in zahlreichen Veröffentlichungen der meinungsbildenden Organe wie in amtlichen Verlautbarungen auf Schritt und Tritt; allenthalben wird der ›20. Juli‹ so selbstverständlich bejaht, ja geradezu von Amts wegen verklärt, daß er seines atemberaubend ungewöhnlichen Charakters verlustig zu gehen droht [...]. Man kann eine revolutionäre Haltung von dieser Art nicht gut lehren, tradieren, in Straßennamen oder etwaigen Orden konservieren und zum allgemeinverbindlichen Rezept proklamieren, ohne das Eigentliche daran zu verwässern.«

Diese Sätze sind von ungebrochener Aktualität, wenn man bedenkt, welche merkwürdigen Kult die Kanzlerin mit dem »20. Juli« treibt: Ganz ernsthaft hat sie nämlich Stauffenberg anlässlich des 75. Jahrestags des Attentats auf Hitler zu einem Vorkämpfer gegen den Rechtsextremismus erklärt und damit gleichzeitig suggeriert, daß die Bundesregierung mit ihrem Kampf gegen rechts sein Vermächtnis bewahre.

Die zitierten Sätze sind aber auch interessant, weil immer wieder betont wird, wie schwer man sich nach 1945 angeblich getan hat, Stauffenberg zu ehren und ihn nicht als Feigling und Verräter zu betrachten. Offenbar gab es spätestens mit der Wiederbewaffnung 1955, als man unverfängliche Traditionen brauchte, eine gewisse Überbeanspruchung der Person Stauffenbergs (auch wenn sie nicht so exzessiv wie heute gewesen sein dürfte), die sich vor allem in zwei Spielfilmen manifestierte – sie kamen just 1955 in die Kinos.

Die oben zitierten Sätze jedenfalls stammen von Ulrich Mann, einem heute leider vergessenen evangelischen Theologen, der seit 1934 als Soldat und später als Offizier diente, nach der englischen Kriegsgefangenschaft Theologie studierte und schließlich Professor in Saarbrücken wurde. Das Buch, aus dem die Sätze stammen, trägt den Titel *Lorbeer und Dornenkrone. Eine historische und theologische Studie über das Wehrverständnis im deutschen Soldatentum*.

Im Gegensatz zur heutigen Eindimensionalität hatte Mann durchaus ein Gespür für die

Tragik der militärischen Widerstandsbewegung. Er bejahte sie grundsätzlich als Ehrenrettung der Armee, legte gleichzeitig aber Wert darauf, daß dieses »Ja« das »Nein« dialektisch aufheben müsse. Er sieht die militärische Widerstandsbewegung durch manches belastet, »was man nicht rundweg bejahen kann«. Das wären dann neben dem langen Zögern und dem späten Zeitpunkt der Tat, die Eidproblematik, die Momente der Sabotage (Verrat von Angriffsterminen) und die Aussichtslosigkeit, die selbst bei einem Erfolg zu befürchten war. Doch um das Gelingen, darin stimmt Mann mit dem heutigen Mainstream überein, ging es den Männern des 20. Juli und damit vor allem Stauffenberg letztlich gar nicht mehr, sondern um ihr Gewissen (daher die Rede vom »Aufstand des Gewissens«).

Damit sind wir bei den Motiven und einem ziemlich verminten Feld, denn offenbar hat man sich darauf geeinigt, daß wir es mit einem Märtyrer zu tun haben, den keine rationalen Motive leiteten, sondern der ein Zeichen setzen wollte. Die dem Mitverschwörer Henning von Treskow zugeschriebenen Zitate, daß man die Tat um jeden Preis wagen müsse, weil es nicht mehr auf den praktischen Zweck ankomme, gelten längst als das kompatibelste Motiv, denn nur so kann man den Umstand ignorieren, daß Stauffenberg nicht gerade Ideen vertreten hat, die dem Grundgesetz als Begründung dienen könnten. Im Gegenteil: Der sogenannte Eid der Verschwörer wäre heute ein Fall für den Verfassungsschutz, da zumindest die Rede der »Gleichheitslüge« gegen den Grundsatz der Menschenwürde verstoßen dürfte.

Das Symbolische ist in diesem Fall das Unverfänglichere, und diese Lesart hat Ernst Jünger, der selbst nichts von einem Attentat hielt, in seinem Roman *Auf den Marmorklippen* 1939 vorweggenommen: Er ließ den Fürsten von Sunmyra auftreten, der gemeinsam mit einem Landsknecht den Tyrannen töten will. Sein Attentat scheitert, aber seine Brüder im Geiste, die gar nicht erst mitgemacht haben, bergen sein Haupt und retten damit sein Vermächtnis.

Der Konsens, daß es den Verschwörern am 20. Juli um einen symbolischen Akt ging, der gleichsam die Integration des niedergedrunghenen Deutschlands in eine demokratische Nach-

kriegsordnung erleichtern sollte, ist das Erzählmuster unserer Zeit. Wer die Geschichte anders erzählen will, muß damit rechnen, einer breiten Front der Ablehnung gegenüberzustehen. Andererseits dürfte es schwierig sein, ohne eine solche Konsensstörung ein Buch über Stauffenberg prominent zu plazieren. Wenn man das berücksichtigt, ist die Rechnung von Thomas Karlauf mit seiner Stauffenberg-Biographie (*Stauffenberg. Porträt eines Attentäters*, München: Blessing Verlag 2019) aufgegangen. Die Kritik kam von allen Seiten. Jens Jessen schrieb in der *Zeit*, daß Stauffenberg nach Meinung Karlaufs nicht besser als die Nazis war, in der *Jungen Freiheit* sprach man von einer Demontage des Helden, der in weiten Teilen nun doch wieder ein Nationalsozialist gewesen sein soll, und eine Stauffenberg-Enkelin zeigte sich entsetzt. Bestätigt fühlen sich hingegen alle, die Stauffenberg schon immer für einen Vertreter einer Kaste hielten, die viel zu lange die gleichen Ziele wie die der Nationalsozialisten verfolgte und im letzten Moment den Bankrott abwenden wollte. Wichtiger ist aber die Frage, wodurch Karlauf den Konsens so empfindlich störte?

Karlauf legt den Finger in die oft betrachtete Wunde, daß das geistige Haupt des Widerstands gleichzeitig der Attentäter sein mußte, der zudem als Kriegsversehrter in der Ausführung eingeschränkt war. »Unter ethisch-moralischen Gesichtspunkten ist dieser Befund wenig befriedigend. Er bringt vor allem diejenigen in Erklärungsnot, die Stauffenbergs Handeln am 20. Juli zu einem freiwilligen Opfergang um der Ehre willen stilisieren wollen.« Dann nämlich, so Karlauf, stellt sich die Frage, was er eigentlich noch in Berlin wollte?

Ob sich die Handlungsoptionen Stauffenbergs in ein solch enges Schema pressen lassen, ist zumindest mit Blick auf die Lebenserfahrung und den persönlichen Hintergrund fragwürdig. Denn immerhin entstammt Stauffenberg einem Kulturkreis, in dem das Selbstmordattentat über keine Tradition verfügt. Viel näher liegt die Annahme, daß trotz der einkalkulierten Möglichkeit des Scheiterns ein Funken Hoffnung glimmte, daß die Tat der Ausgangspunkt einer Entwicklung sein könnte, die durch ein Wunder oder Gottes Fügung doch noch ungeahnte Möglichkeiten eröffnen würde. Der Selbstmord hätte dies alles von vornherein abgeschnitten.

Dennoch ist Karlaufs Grundannahme, daß Stauffenberg mehr als nur ein Märtyrer gewesen sei, plausibel. Stauffenberg war sich durchaus bewußt, daß die bloße Tötung Hitlers zum Bürgerkrieg und zu einer Dolchstoßlegende führen konnte. Hinzu kommt, daß die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung breiter Teile des Volkes zur Tat äußerst gering war. Gerade Stauffenberg hatte kein großes Vertrauen in die politische Urteilskraft der Massen. Karlauf bringt Anhaltspunkte, die dafür sprechen, daß Stauffenberg mit einem Staatsstreich das Ruder noch einmal herumreißen wollte. In einem letzten, ihm zugeschriebenen Dokument tauchen Argumente auf, mit denen sich Stauffenberg schon lange be-

schäftigt hatte: die Unfähigkeit der Führung, die unzweckmäßige Führungsstruktur des Heeres und die falsche Behandlung der Ostvölker, deren Integration in den Befreiungskampf gegen den Bolschewismus er immer wieder angesprochen hatte. Moralische Gründe finden sich dort keine.

Karlauf hat aber auch Anstoß erregt, weil er Nachkriegszeugnisse über Stauffenberg als Quelle ausscheidet (wenn auch nicht an allen Stellen konsequent). Die Quellen sprudeln vor dem 20. Juli natürlich nicht so kräftig wie danach, als erst die Gestapo entsprechende Ver-



hörprotokolle anfertige, sich dann in den alliierten Spruchkammerverfahren unzählige Leute offenbarten, die sich mittelbar zur Verschwörung rechneten, und schließlich die Erinnerungsliteratur im Sinne des neuen Staates die Traditionslinien auszog. Aus dem Dilemma der fehlenden Quellen führen laut Karlauf nur Analogien und Spekulationen heraus, die man für plausibel halten kann oder auch nicht. Anstößig sind sie nur für diejenigen, der in Stauffenberg gern den Bundesbürger des 21. Jahrhunderts sehen möchte und dafür jeglichen Kontext, in dem Stauffenberg groß wurde, sei es der Adel, der George-Kreis oder eben das Militär, ausblenden muß. Wer das nicht tut, muß zu dem Schluß kommen, daß Stauffenberg vor allem politische Gründe für seine Tat hatte. Der Abwehrreflex gegen diese Einsicht erklärt sich vor allem daraus, daß sich eine solche Tat und auch ein solcher Mann nicht so einfach vereinnahmen lassen. Ein Gesinnungstäter paßt einfach besser in das gegenwärtige Korsett des politischen Moralismus. ■

Mehr wissen – zwei neue Bausteine

von Benedikt Kaiser

Die fehlende Grenzschließung im Jahre 2015 und die Krise in Permanenz des Establishments haben die Resonanzräume der politischen Rechten erweitert. Das Ausgreifen einer grundsätzlichen und alternativen politischen Strömung ist jedoch vorerst quantitativer Natur. Das zahlenmäßige Wachstum der »Mosaik-Rechten« beinhaltet oftmals keine qualitative Entwicklung. Der »Kooperationsverbund kritischer Kräfte« (Hans-Jörg Urban), der als arbeitsteiliges, heimatorientiertes Mosaik aus Periodika, Partei und Außerparlamentariern personellen Zuwachs erfuhr, blieb zu oft eben dies: eine Ansammlung kritischer Kräfte, doch ohne Ambitionen, über die Ablehnung der Merkel-Ära hinauszudenken. Selbst der migrationskritische Grundkonsens, der unterschiedlichste weltanschauliche Akteure temporär zusammenfügen konnte und einstweilen, bei Fortdauern des nichteuropäischen Andrangs auf bundesdeutsches Territorium, noch kann, wurde wiederkehrend als »islamkritischer« Grundkonsens fehlgedeutet, wobei noch nichts über andere Differenzen gesagt wäre. Das liegt nicht zuletzt am Primat der Empörung gegenüber nachhaltiger inhaltlicher Arbeit.

Nicht ohne ironische Note ist zu konstatieren, daß Rolf Peter Siefelerle (1949–2016) es eben jenem Primat der Empörung verdankt, eine Aufmerksamkeit zu erhalten, die er zu Lebzeiten – unverdientermaßen – nicht kannte. Seine Notizen *Finis Germania* wurden 40000 Mal verkauft, viele wurden anhand dieses Bestsellers erstmals auf politische Reflexion von rechts aufmerksam, fanden sich freilich gleich auf vermintem Gelände wieder. Siefelerle aber ist auf diese Weise (wieder) ins Spiel gekommen, und es liegt an der Lektüre- und Denkbereitschaft der Rechten, die tragende Rolle des Denkers fruchtbar werden zu lassen. Hierbei hilft die vom Landtverlag verantwortete Werkausgabe. In ihr sind nun, nach den Wälzern *Epochenwechsel* sowie *Krieg und Zivilisation*, die Bände 3 und 4 erschienen.

Band 3 ist eine Neuauflage der 1995 erstmals erschienenen Monographie *Die Konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen* (382 S., geb., 36 €). Darin beschreibt Siefelerle die dezidiert soziale Traditionslinie der seit Armin Mohler als »KR« bekannten vielschichtigen Denkfamilie der Rechten in der Weimarer Republik. Er

liefert eine dichte Einführung in ihren Kosmos und porträtiert fünf Köpfe, die für die soziale Frage ebenso bürgten wie für den rechten Selbstläufer der nationalen Selbstbehauptung. Es entstand nach dem verzweifelnden Kriegsausgang 1918 eine »revolutionäre Rechte«, die sich gegen das individualistische liberale Prinzip, gegen den Marxismus, aber auch gegen die Anhänger eines reaktionären *Status quo ante* zu stellen versuchte. Die grundlegende Herangehensweise dieser konservativen Revolutionäre negierte die Möglichkeit, »vom Kapitalismus bedrohte Bestände zu retten, ohne die Wirklichkeit selbst einer radikalen Veränderung zu unterziehen« (Siefelerle). Daher drängte man nach vorn, brach mit der »Bourgeoisgesellschaft« und suchte den neuen Weg, die »deutsche Synthese« (Werner Sombart) in einer zu bejahenden Moderne. Aus diesem Grund widerspricht Siefelerle mainstreamloyalen Deutungen, wonach die KR als »Konterrevolution«, also als Reaktion auf marxistische bzw. linksradikale »Revolution« zu betrachten sei. Vielmehr handle »es sich um zwei genuine revolutionäre Programme, um Parallel-Revolutionen gegen den gleichen Gegner«, den Siefelerle für die KR bereits im *Epochenwechsel* als den Liberalismus und sein ökonomisches Derivat Kapitalismus beschrieb. Diesem »Hauptgegner« wollte man eine Verschmelzung eines nichtmarxistischen Sozialismus und eines nichtreaktionären Nationalismus entgegenstellen. Liegt der Vorwurf nahe, auch der Hitlersche Nationalsozialismus versuchte sich an dieser ideellen Fusion, verweist Siefelerle konsequent darauf, daß der »Nationalsozialismus« der Hitler-Fronde wenig zu tun hatte mit dem, was in KR-Kreisen, verschiedentlich aufgeladen, unter »nationaler Sozialismus« firmierte. Die entscheidende Trennlinie sei die ureigene NS-Depravation in Form einer »materialistischen Grundhaltung der Rassentheorie« gewesen; führende KR-Vertreter – von Spengler und Moeller van den Bruck über Schmitt und Jünger bis zu Strasser und Niekisch – lehnten diese unheilsschwangeren Vulgärbiologismen ab, weshalb letztere als Abgrenzungskriterien gegenüber den diversen KR-Standpunkten gelten können.

Nachdem Siefelerle derlei terminologische Hürden genommen hat, schreitet er zu seinen fünf biographischen Skizzen. Den Anfang

macht, thematisch konsequent, Paul Lensch, der von der Sozialdemokratie zur KR stieß. Als preußischer Sozialer stand er in der Tradition des »Staatsidealismus«, der mit Namen wie Adolph Wagner und Gustav Schmoller verbunden ist. Als Patriot lehnte Lensch die »antinationale Tradition« weiter Teile der deutschen Linken ab; er sah seine Aufgabe darin, mit Weggefährten wie August Winnig und Johann Plenge eine »Nationalisierung der Arbeiterklasse« einzuleiten. Übergeordnetes Ziel war die Gemeinwohlorientierung der Wirtschaft, die Organisation und Erziehung der vereinzelt Individuen in einem sozialen und autoritativen Staatsverband. Hier kann Sieferle direkt zu Porträt zwei überleiten, zu Werner Sombart, den er als »Schlüselfigur des Zeitgeistes« einführt. Sombart stand als Schüler Schmollers wie auch als Nachfolger Wagners an der Berliner Universität ebenfalls in der Kontinuität eines konservativen »preußischen Sozialismus«, was nicht bedeutet, daß es keine Schwankungen in den Denkbewegungen des Nationalökonomen gegeben hätte. Sein grundsätzliches Ziel war indes der »Durchbruch zu einer neuen politischen und ökonomischen Wirklichkeit«. Eine konservative Planwirtschaft sollte privatwirtschaftliche Elemente mit sozialistischen vereinen und dazu beitragen, das »ökonomische Zeitalter« mit seinen Pfeilern Gewinn- und Rentabilitätsprinzip zu überwinden. Sombart suchte für seine politische wie wirtschaftliche konservative Revolution nach Vollstreckern; daß er sie vorübergehend – 1933/34 – im Nationalsozialismus zu finden glaubte, wird ihm bis heute nicht verziehen, woran auch die damalige Ablehnung durch NS-Stellen aufgrund Sombarts Beurteilung des Rassenwahns nichts ändern kann.

Diese temporäre Ambivalenz in bezug auf die Zäsur von 1933 ist auch bei Oswald Spengler, dem dritten Porträtierten, greifbar. Wie bei Lensch und Sombart betont Sieferle die »Synthese von Preußentum und Sozialismus, von Organisation und Gemeinschaft, von Pflichtethos und Dienst am Ganzen«. Auch Spenglers Nationalisierung der sozialen Frage nach außen – Gemeinschaftsorientierung (etwa der Deutschen) vs. Individualprinzip (etwa der Briten) – wird dargestellt. Erst bei Ernst Jünger sieht Sieferle diese Denkweisen abgeworfen; Jüngers Suche nach Identität und Mission Deutschlands mündete in der These, »daß es sich beim Nationalismus um eine überholte Fragestellung handelte«. Der weite Weg Jüngers von der Nation zu einem »globalen Universalstaat« mit den Zwischenstufen der »Gepäckleichterung« mittels Abschied von Traditionen einerseits und dem nationalbolshewistischen »Arbeiter« andererseits ist wohl nirgends so konzise untersucht worden wie von Sieferle, der den Abschluß seiner Monographie dem Soziologen Hans Freyer vorbehält. Dieser kann heute als Metavater des »Ethnopluralismus« bezeichnet werden, war er es doch, der zu Zeiten der KR, also 1918 bis 1932, die »reale Buntheit« der Menschheit in der Pluralität kulturell integrierter Völker als Gegenstück zur

Vielfalt emanzipierter und atomisierter Individuen erhalten sehen wollte.

Einer, der diese Vielfalt der Völker und Nationen nicht goutierte, weil es der Universalität seines Konzeptes widersprach, wurde in der KR, auch in ihrem sozialen Flügel, verschiedentlich rezipiert, insgesamt aber naturgemäß kritisch bewertet: Karl Marx. Ihm ist Band 4 der Werkausgabe gewidmet, in der zwei kompatible Sieferle-Studien abgedruckt sind: *Marx zur Einführung* und *Die Revolution in der Theorie von Karl Marx* (628 S., geb., 54 €). Teil 1 ist die wohl beste und zugänglichste Marx-Einführung neben den *Kapital*-Vorlesungen von Wolfgang Fritz Haug und erschien erstmals 2007; Teil 2 enthält Sieferles umfassende wie kluge Betrachtung der Marxschen Geschichtsphilosophie und ihrer revolutionären Implikationen, die bereits 1979 im Original vorlag. War *Marx von rechts* (Dresden 2018) der Versuch einiger Autoren, politischen Ertrag aus einzelnen Marx-Thesen zu erzielen, so ist Sieferles Doppelband ein



Die Konservative Revolution.
Fünf biographische Skizzen
382 Seiten, gebunden mit
Schutzumschlag, 36 €

Marx zur Einführung. Die Revolution
in der Theorie von Karl Marx
628 Seiten, gebunden mit
Schutzumschlag, 54 €

Erhältlich bei antaaios.de

formidables Grundlagenwerk zur Marxschen Theoriebildung, das in seiner Wissenschaftlichkeit ebenso beeindruckt wie in seiner tieferschürfenden Durchdringung komplexer Gegenstände. »Vieles von dem«, mahnt Sieferle konkludierend, »was heute unter Marxismus gehandelt wird, hat mit dem historischen Marx wenig zu tun.« Wer Sieferle liest, weiß besser als jeder linke Marxlesekreis, warum und weshalb diese Annahme zutreffend ist.

Wenn Armin Mohler der »Ahnherr« einer Neuen Rechten ist, dann verkörpert Rolf Peter Sieferle ihren Lehrmeister. Man muß hoffen, daß nicht zuletzt viele der 2015 Dazugestoßenen diese Maxime beherzigen und sich die von Sieferle erarbeitete Substanz aneignen. ■

Schwarz, weiß, trash

Nell Zink: *Virginia. Roman*, Hamburg: Rowohlt 2019. 320 S., 22 €

Bei Gesellschaften wird oft zur Begrüßung Sekt gereicht. Das öffnet und macht gesprächig. Introvertierte werden locker, andere kommen ins Sprudeln, spätestens nach dem zweiten Gläschen.

Dieser außergewöhnliche Roman einer außergewöhnlichen Autorin nun ist gut mit einem Zustand zwischen dem dritten und dem vierten Sektglas zu vergleichen, wenn Beflügeltsein zum Schwindel gerät. Mehr kann man schlecht verkraften. Gläschenweise ist es ein irres Vergnügen.

Auf's Korn genommen wird hier die große Erzählung des postmodernen Westens über »fluide Identitäten«. Es geht – wir schreiben die sechziger Jahre in Virginia – um die begabte Peggy (die ihren Namen mehrfach ändern wird), die lesbisch ist, allerdings keine sexuellen Beziehungen zu Frauen hat. Sie beginnt als ganz junge Frau eine Affäre mit dem hochbegabten Dichter und Dozenten Lee, der seinerseits eigentlich schwul ist. »Hochbegabt«: Lee schafft Poesie, in dem er beispielsweise 41mal das Wort »F*tze« in der Form des Empire State Buildings anordnet. Es gehe, sagt er, um den »Leseakt« und darum, daß die USA »schließlich ein freies Land« seien. Rasch entspringen dieser Mesalliance zwei Kinder. Peggy töpft nun Figuren, die sie als Symbole »für ihre Frustration als Hausfrau« betrachtet. Lee liebt seinen Sohn, ist ansonsten aber ein mieser Kerl, der sie notorisch betrügt und ihre Tonfiguren mißhandelt. Peggy verzicht sich mit ihrer Tochter in den Untergrund, sie wird jahrelang nicht auffindbar sein und mit Drogen handeln.

Ihrer Tochter (wie sich selbst) verpaßt sie eine neue Identität. Das hellblonde Mädchen wird als Schwarze ausgegeben. Bei der Einschulung stutzt die Rektorin: »Sind Sie ganz sicher, daß sie nicht weiß sein soll?« Als das Kind dazwischenruft, es sei blond, fährt man ihr über den Mund: »Es gibt keine blonde Rasse!« und läßt darüber hinaus die Selbstaussage der Mutter gelten. Das also per definitionem »schwarze« Mädchen wird größer, wiederum hochbegabt und verliebt sich in einen höchstbegabten jungen Schwarzen. Der nennt die Freundin »Blonde«, wie Hitlers Hund.

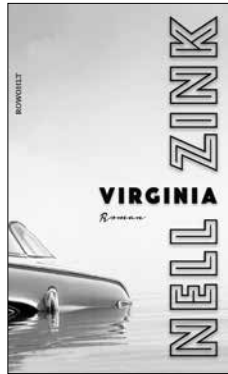
Am Ende dieser durchgedrehten, verschmitzten, gelegentlich trashigen, aber durchweg mit kalter Arroganz erzählten Geschichte kommt es zu einer erweiterten (zwischenzeit-

lich war Peggy platonisch mit einem päderastischen Indianer liiert) Familienzusammenführung. Lee will seiner schwarzweißen, wiedergefundenen Tochter ihren innigsten Wunsch erfüllen. Den wiederum kann man sich – die Flasche Sekt nun gewissermaßen intus – beinahe schon denken: Einmal die Villa Malaparte auf Capri besuchen ...

Nell Zink (*1964) wurde in Kalifornien geboren, wuchs in Virginia auf, promovierte in Tübingen und lebt schon seit langem in Bad Belzig. Sie liebt Vögel, ist also das, was man bei den Angelsachsen einen Bird-watcher nennt, was wiederum den Kreis zu Malaparte schließt, der Vögel verehrte. Ihren Schreibstil (übersetzt hat Michael Kellner; das Original hatte sie 2015 unter dem Titel *Mislaids* veröffentlicht) dürfte man typisch amerikanisch nennen. Sprich: in den arti-

gen oder maximal mainstreamfremden deutschen Erzählduktus hat sie sich noch nicht integriert. Und das ist gut so.

ELLEN KOSITZA ■



Für Masochisten!

Reni Eddo-Lodge: *Warum ich nicht länger mit Weißen über Hautfarbe spreche*, Stuttgart: Klett Cotta 2019. 263 S., 18€

Der Schwindel beginnt schon mit dem Titel: Wo in der deutschen Fassung »Hautfarbe« steht, ist im englischen Original umfassender von »race« – »Rasse« – die Rede. Die 1989 in London geborene Reni Eddo-Lodge nimmt ihre Umwelt in obsessiv rassistischen »Wir-und-die-anderen«-Kategorien wahr, die dauerdiskriminierte »People of Color« dauerdiskriminierenden »Weißen« gegenüberstellen. Liberale »Farbenblindheit« verachtet sie als eine weitere Finte des herrschenden »Systems«. Ihr Groll auf die »Weißen« steht im Mittelpunkt ihrer ermüdenden Elogen, deren Übersetzung sich liest, als wäre sie von Google Translate erzeugt worden. Unter den »Weißen« kennt Eddo-Lodge zwei Sorten: Die Minderheit, die sich zerknirscht dem Dogma vom »White Privilege« unterwirft und Besserung gelobt, und die Mehrheit, die sich trotzig hinter der Verleugnung ihres unbewußten Rassismus verbarrikadiert hat. Mit letzteren will Eddo-Lodge »nicht länger über Hautfarbe« reden, weil sich diese ethno- und egozentrischen

Starrköpfe ohnehin nicht für »meine Frustration, Wut oder Verzweiflung« interessieren, an dem sie schuld sind.

Zu Eddo-Lodges Besteck gehört auch die Annahme, daß »People of Color« gar nicht rassistisch sein können, da zum »Vorurteil« noch die »Macht« dazukommen muß, an der alle Weißen durch ihr Weißsein teilhaben. Niemals scheint ihr in den Sinn zu kommen, daß das Unbehagen im Zusammenleben von »Weißen« und »People of Color« keine Einbahnstraße ist, und sie hat auch keinerlei Antwort darauf, warum Weiße sich damit abfinden sollen, zur Minderheit in ihrem eigenen Heimatland zu werden.

Der einzige lesbare, schlüssige Abschnitt des Buches ist ein Interview mit dem ehemaligen BNP-Chef Nick Griffin. Dieses bezeichnet Eddo-Lodge als »absurd«, ohne sich ernsthaft mit seinen Argumenten auseinanderzusetzen. Das rassistische System hat sie jedenfalls mit jeder Menge Hype, einem »British Book Award«, und nun auch mit »Spiegel-Bestseller« belohnt.

MARTIN LICHTMESZ ■

Der Zug ist abgefahren

Francis Fukuyama: *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet*, Hamburg: Hoffmann und Campe 2019. 240 S., 22 €

Der Titel verspricht nicht zuviel: Identität des einst neokonservativen, inzwischen zur linken Mitte neigenden Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama bestätigt die wesentlichen Analysen und Prämissen identitärer und neurechter Vordenker, vor allem was die Bedeutung der nationalen Identität für das Gemeinwesen und die Problematik der Multikulturalisierung ehemals relativ homogener Nationen betrifft. Fukuyamas Buch ist eine Antwort auf den Trump- und Brexit-Schock. Das Establishment der westlichen Welt werde Konzessionen an seine »populistischen« Herausforderer machen müssen, will es an der Macht bleiben. Anknüpfend an seine berühmte These vom »Ende der Geschichte« untersucht er erneut den unausrottbaren Störenfried auf dem Weg ins Nirvana der »letzten Menschen« – den nach Platon »dritten Teil der Seele«, den Thymos, der den Drang nach Anerkennung, Ehre und Genugtuung befeuert. Diesen sieht er in problematischer Weise in den Exzessen der linken »Identitätspolitik« ebenso am Werk wie im Aufstieg des »Rechtspopulismus«, den er allerdings moralisch geringer wertet als das Engagement für »Black Lives Matter« oder »#MeToo«.

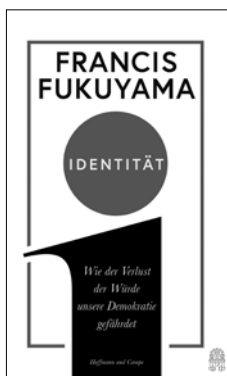


Fukuyama kritisiert den Verrat nicht nur der amerikanischen Linken, die immer neuen Minderheitenstämmen Geltung und Aufwertung zu verschaffen sucht, in der Regel verbunden mit einer sich aggressiv gebärdenden Abwertung der weißen, »angloprotestantischen« Noch-Mehrheit, des Christentums, der Landbevölkerung oder traditioneller Familienwerte. Fukuyamas eigentliche Sorge scheint aber der daraus resultierende Backlash des »weißen Nationalismus« zu sein: Das »bedeutungsvollste Problem der heutzutage von der Linken praktizierten« und von den Eliten geförderten Identitätspolitik bestehe darin, »daß sie eine entsprechende Politik der Rechten ausgelöst hat. Die linke Identitätspolitik zieht eine politische Korrektheit nach sich, deren Ablehnung zu einer wichtigen Mobilisierungsquelle

für die Rechte geworden ist.« Fukuyama sieht hier nicht nur den Zerfall der Vereinigten Staaten als Nation durch eine Überdosis an »Diversität«, sondern die Krise des liberalen Systems schlechthin, dessen Pluralismus nicht als Pluralismus von Kollektiven, sondern von Individuen konzipiert ist. Der Konstruktionsfehler im Bauplan dieses Systems ist der moderne, auf den Protestantismus zurückgehende Glaube an ein »Individuum«, das ein von allen sozialen und kollektiven Bindungen und Bedingungen gelöstes, zur Entfaltung drängendes »wahres, inneres Selbst« beherberge. Nun richtet sich die Forderung nach Anerkennung und Gleichstellung gerade in einer »diversen« Gesellschaft zunehmend auf Gruppenidentitäten, die einen sozialen Sinn stiften können, der umfassender ist als »Selbstverwirklichung«.

Fukuyama hat also wenig Gutes über die Folgen der »Diversität« zu sagen. Andererseits sei der Weg zurück zu den homogenen Gesellschaften der Vergangenheit weder möglich noch wünschenswert. Was also tun? »Die Herausforderung für zeitgenössische liberale Demokratien angesichts der Zuwanderung und der wachsenden Vielfalt« bestünde im Zusammenspielen aus Integration, Assimilation und formender Anpassung, »um eine inklusive nationale Identität zu erschaffen, die der vielförmigen gesellschaftlichen Realität gerecht wird und Neuankommlinge assimiliert.« Fukuyamas Vorschläge, wie dieses Kunststück gelingen soll, sind der schwächste Teil des Buches: Das Modell des Staatsbürger- und Bekenntnisnationalismus setzt mindestens einen fundierten historischen und symbolpolitischen Konsens voraus, der in den USA gerade rapide zerbröckelt. Diejenigen, die das »Experiment« der Multikulturalisierung auch in Europa durchziehen wollen, haben ebensowenig wie ihre amerikanischen Pendanten eine Ahnung davon, wie es gelingen soll.

MARTIN LICHTMESZ ■



Wie weiter mit Europa?

David Engels (Hrsg.): *Renovatio Europae. Plädoyer für einen hesperialistischen Neubau Europas*, Lüdinghausen/Berlin: Manuscriptum 2019 (Edition Sonderwege). 221 S., 12,80 €

Die Europäische Union hat den Europa-Begriff für sich in einem Maße vereinnahmt, daß man in der Öffentlichkeit als »schlechter Europäer« gilt, wenn man die EU kritisiert. Mag die moralische Qualifikation auch ein Propagandatrick sein, mit der Kritik mundtot gemacht werden soll, so ist die Identifikation von EU und Europa nicht nur eine Floskel der Elite – die meisten EU-Bürger haben kaum eine eigene Vorstellung von dem, was Europa sonst noch sein könnte. Europa war immer eine geistige Realität, mit der normale Zeitgenossen wenig anfangen konnten. Daß daraus ein Megastaat geworden ist, der in die Lebenswirklichkeit der Menschen umfassend eingreift, wird dann zum Problem, wenn die EU-Maschine ins Stocken gerät. Sichtbar wurde dies bei den beiden großen Krisen: des Euro und der Flüchtlinge. Außerhalb dessen scheint der Leidensdruck in den westlichen Mitgliedsstaaten nicht groß zu sein. In Ostmitteleuropa ist das bekanntlich anders. Hier gehört EU-Kritik zum Bestandteil der Wahlkämpfe.

Daß diese Staaten nicht nur ihre eigenen Ressentiments pflegen, sondern durchaus ein ernsthaftes Interesse an Europa haben, zeigt sich daran, daß man mit dem bekannten Althistoriker David Engels einen Mann nach Warschau geholt hat, der sich durch einen rücksichtslosen Blick auf die Gegenwart auszeichnet. Ein erstes Resultat dieser Zusammenarbeit ist der vorliegende Band. Engels hat ihn als »Plädoyer für einen hesperialistischen Neubau Europas« konzipiert und damit einen Begriff ins Spiel gebracht, der nur wenigen leicht von der Zunge gehen wird. Die Hesperiden, vielmehr deren vermuteter Heimatort, liegen ganz im Westen Europas, irgendwo im Atlantik. Engels faßt den Hesperialismus als »Gegenbegriff zum »Europäismus« auf, den er als Synonym für die gegenwärtige EU-Ideologie sieht. Im Laufe des Buches wird leider nicht deutlich, warum es dieser Begriff sein muß. Insbesondere bleibt unklar, ob sich damit eine Brücke über den Atlantik verbindet und eine entsprechende Spitze gegen die Russen impliziert ist. Es könnte sein, daß Trump das verkörpert, was den Beiträgern als Ideal vorschwebt. Etwas deplaziert wirkt die ständige Betonung der jüdischen oder jüdisch-christlichen Wurzeln bzw. Tradition Europas, für die es keinen Anhalt in der Wirklichkeit gibt, sondern die dem Jargon der amerikanischen Konservativen entliehen zu sein scheint.

Dabei bedürfte es solch nebulöser Begrifflichkeiten gar nicht, weil die Beiträger, allen voran der Herausgeber, sehr Bedenkenswertes zum Zustand der EU und dessen Überwindung

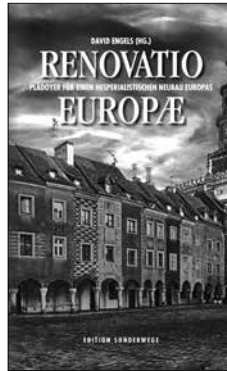
beizutragen haben. Die *Renovatio Europae* ist ausdrücklich als Provokation gemeint, weil die damit bezeichnete konservative Reform viel von dem in Frage stellen muß, für das Europa heute steht. Die Bezugnahme auf traditionelle Werte ist eigentlich selbstverständlich für eine Gemeinschaft, die es auch in Zukunft noch geben soll, stößt heute aber, in Zeiten des Universalismus, des Genderwahns und der Political Correctness schnell an Grenzen. Engels' Plädoyer ist durchaus eine Attacke: wenn er zeigt, daß die Demokratie nicht erst 1945 erfunden wurde und eine Neubewertung der föderativen Großstaaten des Mittelalters fordert. Er will die Nationalstaaten stärken, ohne auf die EU zu verzichten, die er in der Rolle sieht, alle Aufgaben in der globalisierten Welt zu übernehmen, die Nationalstaaten nicht allein bewältigen können. Seine konkreten Vorschläge einer Reform der Institutionen laufen auf eine Stärkung des föderativen Charakters hinaus, unter gleichzeitiger Zentralisierung einiger Aufgaben wie Verteidigung und Infrastruktur.

Engels' Forderung nach einer entsprechenden europäischen Verfassung ist konsequent: »Rückkehr zum Naturrecht, Wiederbelebung des christlichen Geistes, Einsetzung eines sozialverträglichen Wirtschaftsmodells, Durchsetzung der Subsidiarität mitsamt Schutz kleinteiliger, gewachsener Identitäten, Verteidigung der natürlichen Familie, Sicherung einer anspruchsvollen Migrationspolitik, Erneuerung unseres Sinnes für das Schöne.« Der ungarische Philosoph András Láncki untersucht in seinem Beitrag die verschiedenen europäischen Verfassungen und kommt unausgesprochen zu dem Schluß, daß es schwierig sein dürfte, zwischen den universalistischen Präambeln des Westens und den eher partikularen des Ostens eine gemeinsame

Verfassung zu extrahieren. Hier muß zunächst ein geistiger Kampf Klarheit schaffen. Wie wichtig dieser geistige Kampf als Vorbereitung für den politischen ist, macht der katholische Philosoph Jonathan Price deutlich, der einen »ästhetischen Patriotismus für Europa« fordert: »Der schlimmste Schaden, der durch ein zunehmend häßliches Europa angerichtet wird, ist die Tatsache, daß es selbst von den Europäern als immer weniger lebens- und liebenswert empfunden wird ... Nur wenige werden bereit sein, zu kämpfen für etwas, das nur noch schrecklich, widerwärtig, grotesk, abstoßend, unziemlich, unförmig oder selbst »funktionell« ist.«

Wir können den Bogen getrost etwas weiter spannen und neben die Ästhetik die ganze geistige Sphäre stellen, um die es im gegenwärtigen Europa schlecht bestellt ist. Eine Erneuerung muß ein geistiger Prozeß sein, der allerdings eines Anstoßes bedarf. In Preußen war es 1806 die Niederlage gegen Napoleon, die zu einem Umdenken zwang und das Band zwischen Volk und Staat erneuerte.

ERIK LEHNERT ■



Gewaltnotwendigkeit

Antonio Negri: *Über das Kapital hinaus*, Berlin: Karl Dietz Verlag 2019. 264 S., 29,90 €

Der italienische Theoretiker Antonio Negri (Jahrgang 1933) ist das linke Pendant zu Gabriele Adinolfi (Jahrgang 1954). Während Adinolfi (vgl. *Sezession* 55) als Aktivist der außerparlamentarischen Rechten die »Bleierne Jahre« der 1970er und frühen 1980er erlebte – als linke und rechte Militante unter maßgeblicher Beeinflussung durch Geheimdienstaktivitäten folgenschwere Anschläge verübten («Strategie der Spannung») –, war Negri auf der kommunistischen Gegenseite aktiv. Der Unterschied: Der Veteran der radikalen Rechten Adinolfi problematisiert bis heute die Rolle der »Dienste« für die tödliche Gewalteskulation; der Veteran der radikalen Linken Negri sieht keinen Anlaß zur Fundamentalkritik des einstigen Handelns. 1979 wurde Negri verhaftet und als führender Mitstreiter der terroristischen Roten Brigaden angeklagt, 1983 ging er (wie Adinolfi) ins französische Exil, wo er (anders als Adinolfi) eine Anstellung als Dozent für Politische Theorie an der Universität Paris VIII erhielt, bevor er zwischen 1997 und 2003 erneut in Italien inhaftiert wurde. Heute lebt Negri wieder in Paris und gilt als einer der führenden Denker des »undogmatischen«, sich kosmopolitisch artikulierenden Linksradikalismus mit anhaltender weltweiter Ausstrahlung. Sein gemeinsam mit Michael Hardt veröffentlichtes Werk *Empire* (dt. 2002) gilt Teilen der Linken bis heute als richtungsweisendes Manifest, die beiden Fortsetzungsbände (*Multitude*, dt. 2004; *Common Wealth*, dt. 2010) richten ihr Augenmerk auf das Ziel einer staats-, nations- und volkslosen Weltgesellschaft der Vielen. Diese biographischen und ideologischen Marker gilt es in Erinnerung zu rufen, wenn die vorliegende Erstübersetzung von *Marx oltre Marx* (1979) aufgeschlagen wird, die nicht als »Marx über Marx hinaus« im Berliner Karl Dietz Verlag erschienen ist, sondern als *Über das Kapital hinaus*. Die Titelmodifizierung ergibt Sinn in zweifacher Hinsicht: Einerseits weisen die Ideen des mit diesem Werk einsetzenden Negri-»Postoperaismus« – dies umschreibt grob: Revolutionärer Kampf plus Poststrukturalismus – über die kapitalistische Gegenwart hinaus, und zwar in Folge aktueller Debatten um immaterielle Arbeit und das neuerdings kolportierte Ende klassischer Lohnarbeit in Folge der vielschichtigen »Industrie 4.0«. Andererseits legen die abgedruckten Pariser Vorlesungen Negris, die sich den Marxschen *Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie* (1857/58) widmen, nahe, daß Marx in diesen stürmischen Vorarbeiten zu seinem *Kapital* einige Positionen vertrat, die er in seinem später erschienenen dreibändigen Hauptwerk dann revidierte

bzw. nicht mehr mit dieser Vehemenz vertrat. Negri meint also, die *Grundrisse* weisen in ihrer »lebendigen«, kämpferischen Sprache auch über das *Kapital* – als wissenschaftlicher, methodischer, nüchterner Darlegung – hinaus.

Negri widmet sich den *Grundrissen* vor allem in rebellischem Sinne: Er liest die *Grundrisse* durch die Brille des Militanten und stürzt sich auf jene Stellen, in der die »revolutionäre Vorstellungskraft« Marxens ebenso hervorstechen wie dessen »revolutionärer Wille«. Die zweifelsohne anspruchsvollen Betrachtungen der Marxschen Texte durch Negri, die eine Lektüre für Marx-Interessierte trotz genannter Idiosynkrasien empfehlenswert macht, dienen dem Autor der Vorlesungen aber letztlich der Feindbestimmung und der Zuspitzung. Mehr als über Lohn und Profit, die Mehrwerttheorie, das proletarische Subjekt, das Wertgesetz, die Kategorien des Kapitals, Zirkulation und den Weltmarkt lernt man möglicherweise über das antagonistische Grundverständnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen in Negris ideologischem Umfeld. Es geht um »die Entmystifizierung jeder pazifistischen Hypothese«, um »die Demonstration von Stärke als

dem entscheidenden Element«. Proletarische Gewalt erscheint in diesem Kontext als »positive Andeutung des Kommunismus«, politische Gewalt von links als »eine erste unmittelbare, machtvolle Bejahung der Notwendigkeit des Kommunismus«. Auch hier geht Negri weit über Marxens bildungsbürgerliche Sozialisierung hinaus: »Im Kommunismus lebt man oder lebt man nicht. Die Entscheidung liegt vor uns, in den Bedingungen des Klassenkrieges.« Negris *Finale furioso* mündet in eliminatorischem Eifer: »Der Gegner muss vernichtet werden.«

Diese konstanten Wechsel anspruchsvoller Vorlesung und Aufruf zum Terror sind lesenswert, nicht zuletzt, um sich in Erinnerung zu rufen, daß der offen artikulierten Fetisch der vernichtenden, entgrenzten Gewalt – ob 1979 oder 2019 – im antifaschistischen Berritt seine beständige Wohnstatt findet. Überdies markieren die Pariser Vorlesungen Negris unmißverständlich die Grenze zwischen kommunistischer Ideologie und nichtmarxistisch-sozialistischen Ideen unterschiedlicher Couleur: Negris Kommunismus sucht »ein neues Subjekt, das (...) die Wirklichkeit verwandelt und das Kapital zerstört«. Sozialismus? Ein Binnensystem des Kapitals. Marcel Mauss nannte »Sozialismus« demgegenüber jede Lehre von der »Übernahme der ökonomischen Macht« mittels »Nationalisierung« und »Schaffung eines unter nationaler Kontrolle stehenden industriellen und kommerziellen Eigentums«. Anders gesagt: Hie Staatsfeindschaft und gewaltsame Abschaffung der (Lohn-)Arbeit, da Organisation der Arbeit und ihres Ertrages zugunsten einer Gemeinschaft.

BENEDIKT KAISER ■

Was heißt Häresie?

Hilaire Belloc: *Die Großen Häresien. Der Kampf gegen Europa*, Bad Schmiedeberg: Renovamen 2019, 209 S., 16 €

Der katholische Apologet und Historiker Hilaire Belloc (1870–1953) war ein brillanter Politiker und Schriftsteller französischer Herkunft. Er gilt zusammen mit G.K. Chesterton als Begründer des Distributismus, einer ökonomischen Philosophie, die sich als Opposition zu den Wirtschaftssystemen des Kapitalismus und des Sozialismus verstand.

Ohne Glaube keine Kultur. Diesem Grundsatz huldigte Belloc, dessen Anliegen es war, Wort- und Sprachgenauigkeit als Grundlage klarer Definitionen, Verhaltensregeln und gediegener Sitten einzufordern. Der Autor betont, daß dem Wort »Häresie« keine zeitgenössische Bedeutung zukommt, da eine Materie behandelt werde, die keiner mehr ernst nehme. Um so beachtenswerter ist seine Begriffsbestimmung. Er schreibt: »Häresie ist die Verzerrung eines kompletten und selbständigen Systems durch die Einführung einer neuartigen Leugnung eines seiner wesentlichsten Teile.« Wer Europa in seiner Entstehung, seinen Veränderungen und Verzerrungen verstehen will, muß sich mit diesen Gegebenheiten auseinandersetzen.

Aus der Geschichte der Christenheit greift der Autor fünf Hauptangriffe heraus, die – weil bahnbrechend zerstörerisch – von überzeitlicher Bedeutung sind.

Alle Irrlehren der ersten drei christlichen Jahrhunderte wandten sich gegen die Naturen Christi. Zentrale Lehre der Kirche war und ist, Jesus Christus sei vollkommener Gott und vollkommener Mensch. Der Arianismus (300 n. Chr.) leugnete das Mysterium der zwei Naturen. Bemerkenswert ist die historische Situation, nämlich die Entwicklung des Machtgefüges in den ersten Jahren des offiziell christlichen Reiches, in welchem sich der Arianismus manifestiert. So war die Armee gänzlich arianisch. Arius selbst, eitel, eloquent und ehrgeizig, wurde auf dem Konzil von Nicäa (325 n. Chr.) verurteilt. Athanasius von Alexandrien steuerte einen Kompromiß an, nahm mehrmalige Verbannung durch das häretisch gesinnte Kaiserhaus auf sich und siegte mit dem Gedanken der Gottheit Jesu Christi und seiner Wesensgleichheit mit dem Vater (Homousie). Im Westreich starb der Arianismus aus. Im Osten überflutete ihn eine gewaltige Macht: der Islam.

Die Lehre Mohammeds kennzeichnet Hilaire Belloc als Häresie, nicht als neue Religion. Er beschreibt sie als Perversion des Christentums, als dessen Adaption und Mißbrauch. Mohammed war Heide, vereinnahmte jedoch Vorstellungen aus der katholischen Welt. Zentraler Punkt seiner Häresie ist die komplette Leugnung der Inkarnation und die Eliminie-

rung der Dreifaltigkeit. In den Sakramenten sah er verdorbene Auswüchse, die hinweggefegt werden müssen. Einfachheit war das Merkmal seiner Lehre. Der Islam erschien als Erleichterung vieler Spannungen in einer komplizierten und ermatteten Gesellschaft. Hervorragend stellt Belloc die historische Infiltration der Mohammedaner dar. Er resümiert, daß diese verzehrende Häresie und ihre schwer zu ergründende Vitalität die Christenheit beinahe zerstörte.

Im 13. Jahrhundert manifestieren sich unter dem Nachwirken gnostisch-manichäischer Anschauungen spiritualistische Sekten. Aus dem Département Tarn im französischen Zentralmassiv mit seiner Hauptstadt Albi schwärmten häretische Missionare aus. In Toulouse errichteten sie eine dualistisch geprägte albigensische Gegenkirche. Priesterliche Konsekrationsgewalt und die Realpräsenz wurden geleugnet, Antisakramentalismus verkündet, Inkarnation und christliche Mysterien verworfen, seltsame Reinigungsrituale und esoterische Arkandisziplinen eingeführt. Die Anprangerung des klerikalen Wohlstandes hetzte die Massen auf. Schließlich griff Papst Innozenz III. (1198–1216) ein. Es kam zu rabiaten Kämpfen und Plünderungen.

Der sogenannte Albigenserkreuzzug leitete den Untergang der Sekte ein.

Bei der Beurteilung der Reformation geht es Hilaire Belloc weniger um die Darstellung der sattsam bekannten dogmatischen Irrtümer, sondern mehr um die sittliche Atmosphäre des Protestantismus und der in ihm vereinigten häretischen Strömungen, die alle im Widerstand gegen eine einzige geistliche Autorität (Papsttum) gipfelten. Zweifellos richtete sich der reformatorische Eifer gegen den in Lehre und Gewohnheiten versteinerten Klerus, gegen Mißbräuche und Verweltlichung. Weitgehend vernachlässigt wird jedoch die Tatsache, daß das Desaster der Spaltung nicht 1517, sondern erst zwischen 1690 bis 1700 zur kompletten Trennung führte. Letztlich zeitigte diese Entwicklung als bitterste Frucht die Teilung der weißen Zivilisation in eine katholisch geprägte Kultur und in eine antikatholische – die alte moralische Einheit war zerstört.

Die fünfte Häresie nennt Belloc »modern«, wobei er ein Milieu kennzeichnet, in welchem der Antichrist zunehmend die Kontrolle über die Wahrnehmung, die Gedanken und das emotionale Leben des Menschen übernimmt. Dieser Angriff ist materialistisch und atheistisch. Verachtung und Haß auf die Tugend sind seine Hauptmerkmale. Letztlich wurzelt er in der Leugnung der Zentralautorität. Grausamkeit ist ein Teil seiner Philosophie, neues Heidentum und Lohnknechtschaft. Belloc wendet sich energisch gegen das Geschwätz von »den Kirchen«. Es gibt nur die Sancta Ecclesia Apostolica.

MAGDALENA S. GMEHLING ■



Holodomor

Anne Applebaum: *Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine*, München: Siedler 2019. 541 S., 36 €

Seit die Ukraine 1991 nach einer Volksabstimmung ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärte, stellt sich für sie die Frage nach der nationalen Identität. Kompliziert wird die Beantwortung dadurch, daß es keinen historischen Staat gab, außer einige kurzlebige Gründungen am Ende des Ersten Weltkriegs, auf den man sich berufen könnte. Die Traditionen in der Ost- und Westukraine sind durch die Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn oder Rußland völlig unterschiedlich. Trotzdem war mit der Unabhängigkeit schnell klar, worauf man die Nation, neben dem Rückgriff auf die fernen Zeiten der Kiewer Rus des Frühmittelalters, stützen konnte: den Holodomor. Dieser Neologismus steht für den von Bolschewisten planvoll herbeigeführten Hungertod von vier Millionen (andere Stellen sprechen von bis zu 14 Millionen) Ukrainern in den Jahren 1932/1933. In diesem Ereignis, von dem die damals polnischen Gebiete nicht betroffen waren, verdichtet sich das Schicksal der Ukraine im 20. Jahrhundert, weil sich neben der Leidensgeschichte auch eine Heldengeschichte des Überlebens erzählen läßt, die ihre Erfüllung in der Unabhängigkeit hat. Allerdings erkennen nur wenige Länder den Holodomor als Völkermord an. Daran haben auch die Spannungen in der Ostukraine, die Besetzung der Krim durch die Russen, die Maidan-Revolution nichts geändert. Andererseits verbindet Anne Applebaum, die als journalistische Historikerin schon einige Bücher über Osteuropa im 20. Jahrhundert vorgelegt hat, mit der Geschichte des Holodomor konkrete politische Forderungen im Hinblick auf die Einbindung der Ukraine in westliche Bündnisse.

Das Buch bringt keine neuen Fakten, sondern ist nach Robert Conquests Werk von 1986 das erste populäre Buch über den Holodomor, das in deutscher Übersetzung erscheint. Wissenschaftliche Bücher zum Thema sind nur in englischer Sprache verfügbar. Deshalb ist Applebaums Buch ein aufklärerischer Akt. Ohne den Streit über den kausalen Nexus aufnehmen zu müssen, wird man für den Holodomor doch festhalten müssen, daß dieser vor dem Zweiten Weltkrieg und vor Hitlers Machtergreifung stattfand. Auch wenn die Bolschewisten versuchten, den Völkermord vor der Welt geheim zu halten, waren die führenden Politiker Europas über das Sterben in der Ukraine im Bilde.

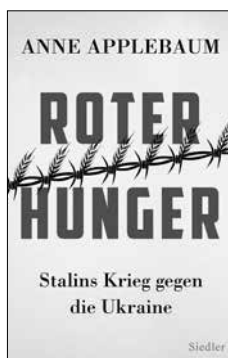
Applebaum beginnt ihr Buch im Jahr 1917, als nach Februarrevolution und den russischen Niederlagen die Zeit reif schien für einen eigenen ukrainischen Nationalstaat. Die Geschichte muß dort beginnen, weil nur so Stalins Paranoia verständlich wird, aufgrund derer er meinte, die

Ukrainer aushungern zu müssen. Der Widerstand gegen die bolschewistische Machtergreifung war in der Ukraine am stärksten, immer wieder flammten Aufstände auf, die, bei aller Unterschiedlichkeit (von Sozialdemokraten wie Petljura bis zu Anarchisten wie Machno) national grundiert waren. Da Rußland auf die Ukraine als Kornkammer angewiesen war, versuchte man es eine zeitlang mit Zugeständnissen, indem man die ukrainische Volkskultur förderte. Die Lage spitzte sich zu, als die Sowjets anfangen, mit dem ukrainischen Getreide Devisen zu erwirtschaften, um damit den Aufbau der Industrie zu bezahlen. Das vertrug sich nur schlecht mit der gleichzeitigen Kollektivierung der Landwirtschaft und dem Kampf gegen die sogenannten Kulaken, die zu einem spürbaren Rückgang der Erträge führten und politische Proteste provozierten.

Es eskalierte, als im Frühjahr 1932 eine Dürre die Erträge zusätzlich schmälerte, die Sowjets aber auf der Höhe der Getreideablieferungen beharrten. Damit kam eine Spirale in Gang, die schließlich zum millionenfachen Tod führte. Die Sowjetführung vertuschte die Katastrophe und ließ keine internationale Hilfe zu. Den Bauern wurde jegliche Nahrung beschlagnahmt, so daß diese nicht nur verhungerten, sondern ihnen auch kein Saatgut und keine Arbeitskräfte für die nächste Aussaat zur Verfügung standen. »Als die Wochen vergingen, erregte es schon Verdacht, überhaupt am Leben zu sein. Wenn Familien lebten, besaßen sie Lebensmittel. Wenn sie aber Lebensmittel besaßen, hätten sie sie abgeben müssen – und wenn sie das nicht getan hatten, waren sie Kulaken, Petljuristen, polnische Agenten, Feinde.«

Einzelne Befehle von Stalin und die strikte Geheimhaltung, für die auch später durch die Vernichtung der Sterbebücher gesorgt wurde, sind starke Beweise dafür, daß dieser Tod willentlich herbeigeführt wurde und keine Verkettung unglücklicher Umstände war. Daß es die Welt damals kaum interessierte, was in der Ukraine vor sich ging, hatte politische Gründe: Die Welt buhlte um die Zuneigung der Sowjetunion, schon allein, um sie nicht im Lager der Gegner zu wissen. Daher ist die Wirkungsgeschichte des Holodomor aufschlußreich. Sie zeigt nicht nur die Ignoranz des Auslands, sondern auch die Mittel, mit denen die Bolschewisten die Informationshoheit behaupteten. Die heutige Aufmerksamkeit hat wiederum politische Gründe, die Applebaum nicht verhehlt. Allerdings schießt sie über das Ziel hinaus, wenn sie das historische Geschehen ziemlich unverblümt im Sinne der Westbindung der Ukraine instrumentalisiert. Unausgesprochen wird damit eine Schuldideologie exekutiert, die den Unterschied zwischen den Tätern und dem Volk, dem sie größtenteils entstammten, verwischt. Eine Auffassung, die vielen bekannt vorkommen dürfte.

ERIK LEHNERT ■



Schleiermacher

Andreas Arndt: *Die Reformation der Revolution. Friedrich Schleiermacher in seiner Zeit*, Berlin: Matthes & Seitz 2019. 334 S., 30 €

Wie alle großen Deutschen, deren Wirken in die Jahre vor 1945 fällt, mußte sich auch der Theologe Friedrich Schleiermacher (1768–1834) in den letzten Jahren manch einseitige Deutung gefallen lassen, in denen sein Antijudaismus angeprangert oder die religiöse Bindung seines Erziehungskonzeptes bekrittelt wurde. Solche Beispiele rufen förmlich nach einer »großen intellektuellen Biographie«, die Schleiermachers »Denken und Wirken umfassend im geschichtlichen Kontext« darstellt und damit den einseitigen Untersuchungen der Nachgeborenen ein Korrektiv an die Seite stellt. Andreas Arndt hat das zumindest versucht, auch wenn sein Buch den selbstgestellten (oder vom Verlag gewählten) Anspruch nicht einlösen kann. Denn Arndt, der sich als Philosoph seit 1979 mit Schleiermacher beschäftigt hat und dementsprechend über eine profunde Kenntnis der Werke als auch der Sekundärliteratur verfügt, widmet sich vor allem zwei Aspekten des Lebens und Wirkens von Schleiermacher: seinem Ringen mit der Aufklärungsphilosophie vor dem Hintergrund der eigenen geistigen Entwicklung im Schoß der Herrnhuter Brüdergemeinde und seiner Idee eines Gemeinwesens vor dem Hintergrund der Französischen Revolution und den Befreiungskriegen (die Arndt konsequent als »sogenannte« bezeichnet, warum auch immer). Es fehlt zu viel, um wirklich von einer Biographie sprechen zu können.

Als das eigentliche Problem von Schleiermachers Biographie bezeichnet Arndt die Frage, was geschehe, wenn der religiöse Enthusiasmus (von dem auch die Französische Revolution erfüllt sei) auf eine skeptische Vernunft treffe? Das Ergebnis dieser Überlegungen sind die bekannten Reden *Über die Religion*, die eine Vernunftreligion propagieren, der nicht ganz ohne Grund der Vorwurf gemacht wurde, daß damit Gott aus der Religion entlassen werde. In diesem Kontext sieht Schleiermacher auch die Revolution (»die erhabenste Tat des Universums«), die ohne Enthusiasmus nicht beginnen kann, mit ihm aber gleichzeitig zu entarten droht, was Schleiermacher durch die (skeptische) Orientierung auf das Ganze, das Universum, verhindert wissen will: die Reformation der Revolution. In Deutschland beschränkte sich die Revolution von Anfang an auf »eine Revolution des Geistes durch eine geschlossene kulturrevolutionäre Avantgarde«.

Die Pointe besteht nun gerade darin, daß es zumindest auch eine konservative Revolution war, die sich in Deutschland ereignete, nach-

dem Napoleon Preußen 1807 gedemütigt hatte. Schleiermacher war hier in vorderster Stellung im Rahmen der Bildungsreform beteiligt, was ihm Arndt zwar nicht ausdrücklich übelnimmt, aber dennoch nicht zu sehr gewürdigt wissen möchte. Er will lieber zeigen, daß Schleiermacher trotz seiner nationalen Gesinnung kein Nationaler war, sondern immer schon Universalist. Dieser Nachweis gelingt Arndt nicht, auch wenn er behauptet, daß Schleiermachers Werk die »Universalisierung von Humanität« wie ein roter Faden durchziehen würde. Am Ende konstatiert Arndt lediglich eine Ambivalenz in seinem Denken, was nicht besonders überraschend ist, da das Problem ja spätestens seit der Französischen Revolution lautet, wie man das universalistische Christentum mit einer nationalen Gesinnung in Verbindung bringen kann. Arndt verrät schließlich im Epilog, daß für ihn Ambivalenz lediglich ein Schachzug ist, um Schleiermacher auf die Seite der Gutmenschen zu ziehen. Dort heißt es nämlich, daß die Am-

bivalenz nicht stehengelassen werden kann, sondern als »Unbestimmtheit« aufgehoben gehört, »indem die Zielvorstellung einer universellen Humanität auf vernünftige Weise mit den Bedingungen der Gegenwart vermittelt wird«.

ERIK LEHNERT ■

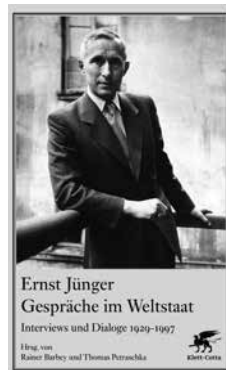


Fragebögen

Ernst Jünger: *Gespräche im Weltstaat. Interviews und Dialoge 1929–1997*. Herausgegeben von Rainer Barbey und Thomas Petraschka, Stuttgart: Klett-Cotta 2019. 574 S., 45 €

Ernst Jünger, der Chronist des 20. Jahrhunderts, ist nicht mehr umstritten. Was er trieb, erlitt, bedachte, anrichtete und rechtfertigte, ist nicht mehr anstößig, sondern wird wie eine exzentrische, spannende Lebensentscheidung wahrgenommen. Die von ihm stammende Beobachterformel »Dies alles gibt es also« läßt sich längst auf den Umgang der Kritik unserer Tage mit ihm anwenden: Man darf so gelebt haben wie Jünger, man darf sich so geäußert haben, mehr: Man möchte diesem Leben in Todesnähe, dieser von Büchern, Notizen, Käfern, Träumen, Wunden umstellten Existenz naherücken, möchte über sie sprechen können wie über einen seltsamen, recht seltenen, jedenfalls längst mit Nadeln fixierten Käfer. Es ist da eine Aura des Exklusiven, eine Hierarchie des Geistes, die in einer auf die Gleichberechtigungsposaune eingestimmten Trockenheit wirkt wie eine Zisterne.

Natürlich: Uns gefallen die wilden Pamphlete und die Demonstrationen vor der Paulskirche aus dem Jahre 1982 besser, als Jünger



den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt erhielt und noch für so faschistisch galt, daß die Studenten ihn nicht dulden wollten. Das Interview, das Rudolf Augstein, Hellmuth Karasek und Harald Wieser damals mit Jünger für den *Spiegel* führten, gehört zu den berühmten der seltenen Äußerungen Jüngers.

Zisterne jedenfalls: »Ein Jünger-Wort«, notierte Erhart Kästner in seiner *Stundentrommel vom heiligen Berg Athos*, und uns wird während der Lektüre der *Gespräche im Weltstaat* klar, woraus wir schöpfen dürfen und was wir diesem Kopf alles verdanken an Wörtern, Wendungen, Haltungen, Sehschulen. Der von den Germanisten Rainer Barbey und Thomas Petraschka sehr sauber herausgegebene Band vereint Interviews und Dialoge mit Jünger aus den Jahren 1929 (als die Kriegsbücher vorlagen und *Das Abenteuerliche Herz* gerade erschien) bis 1997 (dem Jahr vor seinem Tod). Manche davon sind legendär (das erwähnte *Spiegel*-Gespräch ganz sicher), manche konnte und kann man in den digitalisierten Beständen deutscher Bibliotheken auffinden – insgesamt aber nimmt uns die Zusammenstellung viel Rechercheaufwand ab und fördert Unzugängliches zutage.

Dazu gehört das eine der beiden längsten der in diesem Band versammelten Gespräche. Der französische Germanist und Jünger-Übersetzer Julien Hervier führte es zum 90. Geburtstag Jüngers im Jahre 1985, und es ist in seinen zwölf Teilen einer autobiographischen Rechenschaft in Gesprächsform. Hervier fragt unkritisch und fordert zu epischen Antworten auf, läßt also erzählen, während – um ein Gegenbeispiel zu erwähnen – der für seine Direktheit oder sogar Unverfrorenheit bekannte Interviewer André Müller ganz und gar keine »Dichtung und Wahrheit« hören will, sondern die Klängen kreuzt (1989).

Das andere umfassende Werk- und Lebensgespräch stammt aus dem Jahr 1995, es war unter dem Titel *Die kommenden Titanen* zunächst bei Karolinger erhältlich und ist nun in diesen Band aufgenommen worden. Darüber hinaus gibt es eitle Gesprächspartner, Curt Hohoff etwa, der als Fragesteller bald mehr Anteile hat als Jünger und irgendwie ständig erklärt, was er zu hören wünscht; mit dem französischen Publizisten und Übersetzer Frédéric de Towarnicki sind drei Gespräche abgedruckt, darunter ein sehr wichtiges aus dem Jahr 1991 mit dem Titel »Der Blick des Besatzers«, und eine Stellungnahme, die sich gegen die Arroganz und die politische Kritik eines Günter Grass richtet und sie als Ungezogenheit von französischen Gepflogenheiten abgrenzt.

Nein, keine Frage: Dieses Buch ist empfehlenswert, auch wenn es der Historisierung Jüngers weiter Vorschub leistet und ihn noch nahbarer macht. Aber vielleicht sollte man sich selbst korrigieren, vielmehr: das eigene Jünger-Bild. Der gab nämlich im Gespräch mit Hervier zu Protokoll, daß ihn Max Stirners *Der Einzige und sein Eigentum* wohl stärker inspiriert

habe als jedes andere Buch. Denn aus ihm leitete er die Figur des Anarchen ab, also aus dem Satz: »Mir geht nichts über mich«. Das könnte, stünde es bloß so da, auch ein postmoderner Hipster unterschreiben. Aber zum Glück hat der Gesprächsband über 500 Seiten.

GÖTZ KUBITSCHKEK ■

Rechts Autorität, links Fairneß?

Philipp Hübl: *Die aufgeregte Gesellschaft: Wie Emotionen unsere Moral prägen und die Polarisierung verstärken*, München: C. Bertelsmann 2019. 429 S., 22 €

Philipp Hübl darf man sich als eine Art Neuversion des photogenen In-Philosophen Richard David Precht vorstellen. Elf Jahre jünger (*1975) als Precht, versteht er – Juniorprofessor an der Universität Stuttgart – es, »komplexe Sachverhalte« einem breiten Publikum zu verdeutlichen. Hübl arbeitet am Puls der Zeit, andernfalls wäre er als Philosoph kaum zu verkaufen. Der wissenschaftliche Anhang seines Buches umfaßt neunzig Seiten – er hat wirklich sämtliche Studien zu seinem Untersuchungsfeld ins Auge gefaßt. Welches Untersuchungsfeld? Der Titel führt in die Irre. Vermutlich sind solche ungefähren Schreckensmeldungen rund um den sogenannten Riß (Die große Gereiztheit; Die Vereindeutigung der Welt; Die letzte Stunde der Wahrheit etc.) derzeit verkaufsträchtig. Die Bürger sind politisierter, polarisierter und popularisierter als in vergangenen Jahrzehnten. Es gibt wieder hüben und drüben, progressiv versus konservativ, rechts gegen links. Daß solche oft als ungültige Etiketten gescholtenen Feldpostnummern durchaus eine Wahrheit in sich tragen, ist die positive Erkenntnis in diesem fraglos unterhaltsamen Buch.

Der genuin Rechte (Hübl sagt zurecht, daß »konservativ« durchaus auch auf Linke zutrifft – zudem interpretiert er das Scheltwort »neoliberal« endlich korrekt) und der genuin Progressive sind bei Hübl, sozialpsychologisch betrachtet, zwei Typen unterschiedlicher Art. Unsere Emotionen prägen unsere Moral und damit unsere politischen Präferenzen, schreibt er. Man verschlingt all diese hier geschilderten Experimente mit großer Leselust und mancherlei Aha-Momenten. Eine un-



ter dutzenden hier vorgestellten Studien hat folgendes Resultat: Wir stellen uns vor, ein harmloser Bergwanderer müßte in die Tiefe gestoßen werden, um einen Zug zu blockieren und damit fünf Menschenleben zu retten. Linke/Progressive würden diesen Mann viel eher stoßen, sofern er ihnen als »Chip Ellsworth III.« (also einen alten weißen Mann) vorgestellt werde und es darum ginge, Mitglieder des »Harlem Jazz Orchestra« zu retten. Stellt man traditionell Konservative hingegen vor dieses Dilemma, macht die Rassenzugehörigkeit keinen Unterschied. Hübl beruft

sich fundamental auf die Studie *The Righteous Mind* (2013) des amerikanischen Psychologen Jonathan Haidt, der – bislang, wen wundert's, nicht ins Deutsche übersetzt! – bereits Martin Lichtmesz und Caroline Sommerfeld (*Mit Linken leben*, 2018) als Gewährsmann für »rechte« und »linke« Denke diente. Nun beruft sich Herr Hübl zwar ausführlich auf Haidt, tut dies allerdings aus linksliberaler Warte. Es wird davon ausgegangen, daß es sechs moralische Prinzipien gibt, auf denen Werte und Entscheidungen gründen: Fairneß, Fürsorge, Freiheit, Autorität, Loyalität und Reinheit. In Hübls Lesart sind die drei F-Worte grundlegend für moralische Entscheidungen linksliberal geprägter Menschen, wohingegen Rechte deutlich zu den anderen dreien tendierten. Die hier mannigfach zitierten Studien geben aber gerade dies gar nicht her! Konservativen dienen alle sechs Werte als Leitplanken. Und gerade Reinheitsphantasien hegen wohl (Klima, Veganismus, allenthalben die Correctness-Area) heute offenkundig mehr Linke als Rechte – für den Faktor »Autorität« gilt Ähnliches. Auch daß linke Universalisten das Rationalitätsargument auf ihrer Seite hätten, wie Hübl es geschickt interpretiert, geben all die zitierten Untersuchungen nicht her. Typisch Hüblsche Conclusio: »Die autoritäre Linke bevormundet andere aus dem Gedanken des Schutzes heraus. Autoritäre Rechtsradikale bevormunden andere, einfach weil sie es gerne tun.« Dabei sind diese Studien ein wahres Schatzkästchen: Parasiten machen konservativ. Gruppen, die parasitär heimgesucht werden, tendieren zu geringer Offenheit. In Zeiten von Infektionsgefahr sind Menschen fremdenfeindlicher. Frauen in Ländern mit hoher Infektionsgefahr (Bangladesch, Simbabwe) sind in sexueller Hinsicht deutlich konservativer als Frauen mit ausgebautem Gesundheitssystem und wenig Ansteckungsbedrohung (Slowenien, Finnland): »Je geringer die Gefahr, desto polygamer ihr Lebensstil.« Die Ekelneigung, hochinteressant, spielt übrigens eine Sonderrolle. Fast alle ekeln sich davor, aus einem Glas zu trinken, in das sie zuvor selbst gespuckt haben. Die meisten finden Sperma und Vaginalflüssigkeit generell eklig, meiden deshalb aber nicht die sexuelle Annäherung. »Moralischer Ekel« sei weitverbreitet: Die meisten Probanden weigerten sich, einen netten Retro-Pulli, frisch aus der chemischen Reinigung, anzuziehen, wenn ihnen gesagt wurde, daß er von Adolf Hitler getragen wurde. Es macht einen Unterschied, ob wir uns eher vor der eitrigen Kniewunde des Nebenmannes ekeln oder vor gebratenen Würmern. Konservatismus, sagt Hübl, basiere auf Angst und Ekel: »Konservative wollen die Außengrenzen ihrer Körper, Traditionen und Staaten« gegen Eindringlinge schützen. In mehrfacher Hinsicht plagt mich bei der Lektüre der Verdacht, daß Konservative mit einer Neuen Rechten wenig gemein haben. Wir sind doch keine Weicheier, die sich ekeln und ängstigen!

ELLEN KOSITZA ■

Die Polarisierung der Identitäten

Paul Collier: Sozialer Kapitalismus! Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft, München: Siedler Verlag 2019, 320 S., 20 €

Die Bücher des Entwicklungsökonom Paul Collier von der Universität Oxford bestechen immer wieder mit einer Vielzahl an empirischen Belegen für die aufgestellten Thesen. Wer die Politik des Multikulturalismus zerlegen will, sollte deshalb die dafür nötigen Fakten zur Migration in Colliers Arbeit *Exodus* (2014) nachschlagen. Wer sich hingegen fundiert zur wirtschaftlichen Situation Afrikas äußern möchte, kommt an *Die unterste Milliarde* (2008) nicht vorbei.

Sozialer Kapitalismus! ist ebenfalls unverzichtbar, aber aus einem anderen Grund. Collier entwickelt darin Wege, wie die geographische, soziale und globale Spaltung überwunden werden könne. Hauptsächlich widmet er sich dabei der Sinnkrise des reichen Westens. Deren Ursache sei, daß sich »qualifikations- und nationalitätsorientierte Identitäten polarisierten«.

Hochqualifizierte hätten in den letzten Jahrzehnten damit begonnen, sich nur noch über ihre Bildung zu definieren, während Geringqualifizierte weiterhin »ihre Nationalität stärker gewichten«.

Es gibt damit keine gemeinsame Identität mehr zwischen Basis und Überbau, wodurch einerseits das Vertrauen der Menschen in die Elite zusammenbricht und andererseits die Elite durch ihre gesteigerte Distanz alle Pflichten gegenüber dem Volk vergißt. Collier hält nun nichts davon,

diesen Spalt mit populistischen Mitteln zu vertiefen. Er warnt ausdrücklich vor Donald Trump, Marine Le Pen in Frankreich und der AfD. Vielmehr hofft er, daß sich in der »mühsamen Mitte« wieder das Bewußtsein für »Verbundenheit mit einem Ort« sowie sozialen Pflichten herauskristallisiert.

Wie das gelingen soll, bleibt vage. Letztendlich wäre Collier in Deutschland ein Kandidat für die WerteUnion der CDU, die auch trotz aller Enttäuschungen der letzten Jahre noch an eine Heilung der Volksparteien glaubt. Die Substanz seines Buches liegt somit nicht in politischen Empfehlungen. Hier erweist er sich als naiv bis illusorisch.

Brillant ist allerdings seine Bestimmung des Sozialen im Kapitalismus. Wir denken dabei intuitiv an die Umverteilung in einem anonymen Sozialstaat. Skizziert man diese als einen mechanischen Vorgang, wird damit jeder patriotische Gehalt negiert, den eine ökonomische Theorie notwendigerweise bieten muß. Denn, so Collier: »Der Wunsch nach Zugehörigkeit und Wertschätzung ist genauso fest in uns einprogrammiert wie das Bedürfnis nach Nahrung.« Aus diesem Grund wurden in der Menschheitsgeschichte Egoisten früher oder später vertrieben, was sich als eine Drohung gegenüber den ak-



Institut für Staatspolitik – Studien



Thor v. Waldstein
Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?

30 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 34



Josef Schüßlburner
»Verfassungsschutz«: Der Extremismus der politischen Mitte

62 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 30



Jan Moldenhauer
Japans Politik der Null-Zuwanderung
Vorbild für Deutschland?

40 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 35



Institut für Staatspolitik
Die Stunde des Populismus
Das Volk, die Elite und die Krise der Repräsentation

44 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 32

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel: (034632) 904396 · Fax: (034632) 904397
www.staatspolitik.de

tuell herrschenden Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien lesen läßt.

Collier plädiert also dafür, das Soziale als ausgleichendes Gegengewicht zum rationalen, da Massenwohlstand erzeugenden, Kapitalismus zu sehen. »Sozial« bedeutet dabei für ihn das Bewahren der nationalen Identität als gemeinsames Narrativ sowie die Gegenseitigkeit von Rechten und Pflichten.

Bezogen auf die geographische Spaltung von Stadt und Land heiße dies, daß die Metropolen ihren Teil zur Stärkung des ländlichen Raums beitragen sollten. Eine Abschöpfung bzw. Besteuerung der Agglomerationsgewinne sei darüber hinaus ethisch gerechtfertigt, weil die hohe Produktivität der Städter maßgeblich ein Resultat vorangegangener, kollektiver Investitionen in die Infrastruktur sei. Collier hat hierzu ein Steuermodell entwickelt, das Einkommen und Wohnsitz berücksichtigt. Es zählt zu den stärksten, konkreten Vorschlägen des Buches und zeigt, wo seine unnachahmliche Begabung liegt. Wie schon bei seiner Idee, echten Flüchtlingen Städte in Heimatnähe aufzubauen, schafft er es auch diesmal, der Politik ein ökonomisch durchdachtes Konzept vorzulegen, das eigentlich nur noch umgesetzt werden müßte, wenn man denn dafür Mehrheiten gewinnen könnte.

FELIX MENZEL ■

Im Leiden wird die Menschheit weise

Wolfgang Offermanns: *Mensch werde wesentlich! Das Lebenswerk des russischen religiösen Denkers Iwan A. Iljin für die Erneuerung der geistigen Grundlagen der Menschheit*, Wachtendonk: Hagia Sophia 2018. 290 S., 24,50 €

Kein Buch nirgends. Wer sich im deutschen Sprachraum über Denken und Werk des russischen Rechtsphilosophen Iwan Iljin (1882–1954), nach Selbstauskunft Wladimir Putins sein Lieblingsphilosoph, besser informieren möchte, als es die gegenwärtige Kremlastrologie der Großmedien gestattet, kann dies nun anhand einer ausführlichen Monographie aus der Feder Wolfgang Offermanns endlich tun. Dem Wert dieser Arbeit tut es keinen Abbruch, daß der Autor ein katholischer Geistlicher ist, weil hier ein Gelehrter voller Sachkenntnis und Sympathie für seinen Gegenstand am Werk war. Wer um die erbitterte Feindseligkeit weiß, mit der die Repräsentanten der Kirchen in Ost und West seit altersher einander begegnen, kann diese Haltung Offermanns nicht hoch genug schätzen. Voreingenommen ist der Blick des Autors allenfalls in seiner Ausrichtung, denn als Philosoph und Theologe richtet Offermanns seine Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die theologisch-philosophischen Arbeiten Iljins und nicht so sehr auf dessen umfangreiches poli-

tisches Schrifttum. Trotzdem wird auch der vorrangig politisch Interessierte diese Monographie mit Gewinn lesen, da Offermanns mit der gut gegliederten wie ausführlichen Darstellung der geistigen Prinzipien, aus denen Iljins politisches Denken und Handeln erwuchs, Grundlagenforschung im besten Sinne bietet. Nicht zuletzt auch deshalb, weil Offermanns, der als Gelehrter alten Schlages Iljins philosophisch-theologische Hauptwerke selbstverständlich vollständig und im Original gelesen hat, sich in einer klar verständlichen, jargonfreien Sprache auszudrücken versteht. Bei so vielen Vorzügen fällt es kaum ins Gewicht, daß der Informationsstand der biographischen Angaben und Bibliographien auf den Stand bis 1979, dem Jahr der Erstausgabe, beschränkt ist. Von russischen Verhältnissen wie einer dreißigbändigen Gesamtausgabe, zahlreichen Biographien und einer lebhaften akademischen Beschäftigung mit Autor und Werk mag man in Deutschland noch weit entfernt sein – einen ersten bedeutsamen Schritt hat

die Edition Hagia Sophia mit der Neuausgabe von Offermanns Dissertation immerhin gewagt. Nachdem 2017 Iljins vielbeachtetes Buch *Über den gewaltsamen Widerstand gegen das Böse* (1925) erstmals auf deutsch erschienen war, ist er – der jahrelang in Berlin an der Seite von Nikolai Berdiajew wirkte und von Alexander Soltschenizyn hochgeschätzt wurde – auch hierzulande kein Unbekannter mehr. Adorján Kovács steuerte ein einordnendes Vorwort bei, ein Kürzelverzeichnis der ständig zitierten Hauptwerke, zwei Bibliographien (Werkverzeichnis und Sekundärliteratur), ein Personenverzeichnis lassen für eine ergiebige Lektüre keine Wünsche offen.

SOPHIA GATZMAGA ■

Bauern- und Völkerfrühling?

Samir Amin: *Souveränität im Dienst der Völker. Plädoyer für eine antikapitalistische nationale Entwicklung*, Wien: Promedia Verlag 2019. 144 S., 17,90 €

Der französisch-ägyptische Intellektuelle Samir Amin (1931–2018) verlor sich, obschon marxistischen Positionen nahestehend, nie in ideologischen Blasen einer arrivierten Linken. Er hielt sich nah an die zu verändernde Lebensrealität – insbesondere Afrikas.

In seinem jüngst erschienenen Band geht es nun um eines seiner Lebensthemen: Volkssouveränität als Voraussetzung für Ernährungssouveränität et vice versa. Amin wünscht sich eine genuin afrikanische Herangehensweise an afrikanische Widersprüche auf dem Weg zu einer multipolaren Welt handlungsfähiger Nationen. In seinem Fokus steht das Ziel einer flächendeckenden afrikanisch-bäuerlichen Landwirtschaft, deren Binnenpreise durch souveräne Nationalstaa-



ten (mit starken Bauernbewegungen) festgelegt werden sollten – nicht vom Weltmarkt. Denn daß der von der westlichen Welt oktroyierte Freihandel in Afrika dazu führe, daß sich der Markt für Nahrungsmittelimporte aus dem Globalen Norden öffne, wobei afrikanische Landwirte mit ihren agrarpolitisch subventionierten und hochprofessionellen Konkurrenten aus dem Westen in keiner Weise mithalten können, ist für Amin ein Kernproblem.

Amins Weg besteht insbesondere darin, allen Bauern – der Bevölkerungsmehrheit Afrikas, aber auch Asiens, insgesamt 2,5 Milliarden Menschen – gleichen Zugang zu Land zu gewährleisten. Der jeweilige Staat (als Alleineigentümer des gesamten Bodens seines Territoriums) solle die bäuerliche Familie als Nutznießer einsetzen, in den Dörfern Verteilungsgerechtigkeit herstellen und qua Autorität garantieren. Die Bauern wären unmittelbare Profiteure ihrer eigenen Arbeit, die Produkte könnten sie in regionalen Wirtschaftskreisläufen frei verkaufen, der Staat würde durch geplante Ankäufe Mindestpreise ermöglichen und Kredite, Saatgut und Marktzugänge stellen.

Ohne diese und weitere Vorschläge zur fundamentalen afrikanischen Agrarreform an dieser Stelle diskutieren zu können, ist zweierlei festzuhalten:

Erstens hat Amin in zentralen Punkten recht: Afrika kann durch vermeintliche Wohltätigkeit des Westens niemals auf eigenen Beinen stehen; es müßte originär autochthone Wege finden, die zentrale Versorgungsproblematik als Schritt zur ökonomischen Gesundung des Kontinents in den Griff zu bekommen. Weiterhin ist Amin beizupflichten, daß der Boden einer Nation nie als veräußerliche »Ware« zu betrachten ist. Und auch Amins Fundamentalkritik der volksfernen und kapitalhörigen EU als »Instrument der Amerikanisierung Europas« in kultureller wie ökonomischer Hinsicht ist nicht viel hinzuzufügen.

Zweitens sind Mängel offenkundig. Amin kritisiert korrekterweise den neuen Imperialismus der »Triade« aus den USA, der EU und Japan, der für Verheerungen unterschiedlichster Art sorgt. Aber seine maoistische Prägung macht ihn blind für andere Akteure mit materiellen Interessen – allen voran China, das längst ein entscheidender Player ist. Auch Amins Afrika-Begriff ist problematisch: Der Kontinent ist in sich äußerst heterogen – ethnisch, religiös, kulturell. Amin suggeriert gelegentlich, hier hätte man einen mehr oder weniger einheitlichen Raum vor sich, für den es analoge Lösungsansätze gäbe. Doch allein im von Amin genannten westafrikanischen Binnenstaat Mali gibt es verschiedenste Ethnien und Religionen, der Staat ist schwach, Banden und Terroristennetzwerke stark, und neben der bäuerlichen Familie – dem Subjekt von Amins Theorie – gibt es ganze Landstriche, die noch von vorkapitalistischen Hirten und Jägern geprägt sind und

sich derzeit Verteilungskämpfe mit seßhaften Bauern liefern, die bereits zu Hunderten Toten führten. Wie sollen da gar panafrikanische Lösungen aussehen?

Der Einwände ungeachtet empfiehlt sich die Lektüre Samir Amins für jeden politisch Aktiven hierzulande, der weiß, daß massenhafte Migrationsbewegungen nicht durch Stacheldraht und Frontex enden werden, sondern daß komplexe geopolitische und -ökonomische Lösungsansätze notwendig sind, die es Millionen von Menschen ermöglichen, ein Auskommen in ihrer Heimat zu finden. Amin bietet hierfür Denkanstöße.

BENEDIKT KAISER ■

Was ist wertvoller als Gold?

Alexander Kissler: *Widerworte. Warum mit Phrasen Schluss sein muss*, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2019. 204 S., 18 €

Ein auf den ersten Blick peinlich wirkender Gemeinplatz verdient genauere Beachtung: Jedes Herrschaftssystem bringt einen ideologischen Überbau hervor, der mittels eines propagandistischen Apparats abgesichert wird. Viktor Klemperers legendäres Buch *Lingua Tertii Imperii* entlarvt die Wortmanipulationen des NS-Regimes. Eine inhaltlich vergleichbare Schrift hat Ulrich Weißgerber für die DDR vorgelegt. Manfred Kleine-Hartlage seziert (durchaus in dieser Tradition) die *Sprache der BRD* in einer kürzlich neu aufgelegten Publikation. Seit kurzem ist »Framing-Manual« in aller Munde, mit dessen Hilfe betreutes Denken im systemkonformen Sinn medial forciert werden soll. Selten ist unverschämter versucht worden, eine Neuauflage des Orwellschen Neusprechs für die Gegenwart unter die Leute zu bringen.

Vor diesem Hintergrund wird der sich früh abzeichnende Erfolg von Alexander Kisslers *Widerworte* deutlich. Der Kulturjournalist spießt die in den letzten Jahren immer penetranteren Phrasendrescherei der Eliten ebenso scharfzüngig wie humorvoll auf. Jeder kennt die alles- und nichtsagenden Sprüche: »Wir schaffen das«; Migranten seien »wertvoller als Gold«; »das ist alternativlos«; »Menschlichkeit kennt keine Obergrenze«; »Heimat gibt es auch im Plural« und viele mehr.

Fünfzehn Plattheiten werden auf den Grad ihrer Abgedroschenheit hin analysiert. Kissler will die Phrasenerzeugung beendet sehen, um das Denken anzuregen und die Freiheit zu erhalten.

Es ist nicht schwer zu belegen, warum solche Sprüche substanzloses rhetorisches Lametta beinhalten: »Wir schaffen das« – die berühmten drei Worte kreieren ein Kollektiv, das es nie gegeben hat, denn ein Großteil der Bevölkerung steht der Migrationspolitik kritisch gegenüber, hat es aber schwer, sich medial hinreichend zu artiku-



lieren. Weiter lässt sich beliebig füllen, was denn geschafft werden soll. Die Integration der Neuankömmlinge? Vielleicht, aber damit ist nicht klar, was konkret damit gemeint ist. Die Hoffnung der Regierenden und ihrer Helfershelfer in den Propagandazentralen liegt auf der Hand: Man muß nur ein und dieselben Plattitüden immer von neuem wiederholen, dann werden sie geglaubt. Ungenauigkeiten und Widersprüche in den Aussagen werden gar nicht mehr zur Kenntnis genommen. Darstellungen wie die Kisslers können ein wenig dazu beitragen, daß die Fähigkeit zur Wirklichkeitsanalyse nicht ganz auf der Strecke bleibt. Dafür ist dem Ressortleiter des *Cicero* zu danken.

FELIX DIRSCH ■

Belohnt wird, wer sich anpaßt

Oliver Hauschke: *Schafft die Schule ab. Warum unser Schulsystem unsere Kinder nicht bildet und radikal verändert werden muss*, Berlin: mvg Verlag 2019. 224 S., 16,99 €

Der preußische König Friedrich Wilhelm I. führte 1717 die Schulpflicht ein. Er legte damit einen Grundstein für die sprunghaften wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts und den Kriegsvorwehen verschoben sich die Prämissen erstmals. Garantierte die Schulpflicht anfangs das Erlernen von Grundfähigkeiten und Allgemeinwissen, häufig auch die Alphabetisierung breiter Volksschichten, nutzten moderne Staaten den umfassenden Zugriff auf alle Kinder und Jugendliche später als gesellschaftlichen Gleichrichter. Mit jedem neuen Totalitarismus wurde an den Schulen ein immer neuer Mensch gelehrt, der sich paßgenau und reibungslos einfügen sollte. Lautete die Devise des preußischen Schulsystems »belohnt wird, wer etwas leistet«, lehrten die modernen Schulsysteme das Prinzip »belohnt wird, wer sich anpaßt«. Deutschland und das westliche Europa haben die Schwelle zu einem neuen Totalitarismus spätestens 2015 überschritten. Im gleichen Jahr erschien Michel Houellebecq's *Soumission*. Darin wird Ben Abbes, ein führendes Mitglied der Muslimbrüder, zum französischen Staatspräsidenten gewählt. Innerhalb seiner Regierung beanspruchen seine Muslimbrüder jedoch nur das Bildungsministerium: Wer die Jugend hat, bestimmt über die (totalitäre) Zukunft. Ob nun Realität oder Fiktion – »belohnt wird, wer sich anpaßt« bedeutet heute mehr denn je, daß das Erlernen von sozialen Anpassungskompetenzen an Schulen einen zunehmenden Stellenwert einnimmt und nicht selten über die Notengebung mitentscheidet. Mit Blick auf das deutsche Schulsystem kritisiert das der Lehrer Oliver Hauschke in seinem Buch *Schafft die Schule ab*. Er stellt

fest: »Es ist die Art und Weise, wie Schule, die Fächer und das Lernen heute immer noch sind. Es ist die strenge und unsinnige Kategorisierung nach Fächern und Schulzweigen, die Besserwisserie von Lehrkräften, die auch noch das letzte Haar in der Suppe suchen und dabei oft das Positive übersehen.« Rückblickend auf 20 Jahre an verschiedenen Stellen im deutschen Schuldienst kritisiert er, daß sich das Schulsystem vor allem dadurch selbst am Leben erhält, indem es sich aus Anpassern rekrutiert sowie jede Veränderung und Kritik mit Hinweis auf die eigene Erfolgsgeschichte und Unfehlbarkeit wegbügelt. Hauschke fordert deshalb, die Schule nicht zu reformieren, weil sie nicht reformierbar ist, sondern als Institution abzuschaffen und »Lernorte« zu etablieren, an denen Schüler (freilich unter Fortgeltung der Schulpflicht) ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechend, entdeckend und selbstbestimmt lernen, dafür aber keine Noten mehr erhalten. Man könnte lächelnd einwenden, wie genau das denn realisiert werden soll, wer den immensen Bedarf an Lehrern deckt, die allen Interessenlagen der Schüler entgegenkommen können und auch, nach welchen Kategorien der Arbeitsmarkt dann Einstellungen vornimmt, wenn es weder Noten noch Zeugnisse mehr geben soll. Die Kritik an diesem absolut notwendigen Diskurs um das deutsche Schulsystem muß viel weiter gehen: Hauschke blendet nämlich, und das macht sein Buch trotz seiner wichtigen Botschaft zu einem enorm schlechten Buch, alle gesellschaftlichen und noch wichtiger: alle wirtschaftlichen Bedürfnisse an das Schulsystem aus. Für ihn leben wir in einer Gesellschaft aus Freiheit, Gleichheit, Pluralität und Demokratie. Zu unserem Glück brauchen wir nur noch ein gutes Schulsystem. Als Prototyp des Oberstudienrates ignoriert er damit die Realität. Daß wir längst in einer »Demokratiesimulation« (Martin Sellner) leben, paßt nicht in sein Weltbild. Deswegen interessiert ihn auch nicht, daß die Schulsysteme der westlichen Welt die Aufgabe haben, angepaßte und ortlose Individuen zu formen, die sich traditionslos und kosmopolitisch in das Heer des weltweiten Wohlstandsproletariates einreihen, um heute in Berlin und morgen in Dubai ohne Reibungsverlust die gleichen Arbeiten verrichten zu können und das damit erwirtschaftete Einkommen unmittelbar über den Konsum der Weltwirtschaft zurückzugeben. Die größte gesellschaftliche Herausforderung ist für Hauschke folglich der Klimawandel, nicht etwa der aufkeimende Totalitarismus, der über den stattfindenden Bevölkerungsaustausch die Abschaffung der Demokratie unumkehrbar und die Schule zu einem Ort der krassen Umerziehung macht. Solche Themen blendet Hauschke aus, sonst passen die Thesen nicht mehr zum festgesetzten Intervall. Er legt stattdessen Wert auf die geschlechtergerechte Schreibweise von »Schüler/innen«.

MATTHIAS MÜLLER-BRINKMANN ■



Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2019 im siebzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- ▶ eine »kluge Zeitschrift«
(*Die Welt*)
- ▶ die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz«
(*Tagesspiegel*)
- ▶ »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will«
(*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- ▶ 50 € im Normalbezug,
- ▶ 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- ▶ 75 € im Förderabonnement,
- ▶ 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2019

Neuabonnenten erhalten als Prämie das Buch *Die große Autorenschlacht* von Günter Scholdt portofrei geliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2019, 17. Jahrgang



Heft 88 / Februar / 11 €
Thema: »Volk«

80 Seiten, Beiträge u. a.:

Thor v. Waldstein
Begriffe vom Volk
Caroline Sommerfeld
Wer gehört zu uns?
Eberhard Straub
Kulturvolk
Alexander Gauland
Populismus



Heft 91 / August / 11 €
offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

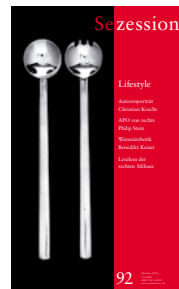
Autorenporträt
Antoine de Saint-Exupéry
Götz Kubitschek
Die Klausur
Martin Kehlberg
Entzug
Stefan Scheil
Polen 1939



Heft 89 / April / 11 €
offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Günter Scholdt
Graf Rostows Insel
Stefan Scheil
Schaut auf dieses Land
Francois Bousquet
Gelbwesten
Martin Lichtmesz
Zwei Jahre Trump



Heft 92 / Oktober / 11 €
Thema: »Lifestyle«

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Christian Kracht
Christian Kracht
Philip Stein
APO von rechts
Benedikt Kaiser
Warenästhetik und Post-Politik
Lexikon der rechten Milieus



Heft 90 / Juni / 11 €
Thema: »Sachsen«

80 Seiten, Beiträge u. a.:

Maximilian Kraß
Mehr Sachsen
Uwe Tellkamp
Spätes Atlantis
Benedikt Kaiser
AfD im Osten
Thomas Wawerka
Christen im Osten



Heft 93 / Dezember / 11 €
offenes Heft

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Theodor Fontane
Theodor Fontane
Götz Kubitschek
Was wir lesen
Till-Lucas Wessels
Neue Gedichte
Ellen Kositzka
Das war 2019

Immer hat man die Welt mit dem Theater und mit einem Schauspiel verglichen. Die Gewißheit, daß es so sei, durchdringt einen wie Schwermut bald schwächer und dann wieder mehr.

Erhart Kästner, *Zeltbuch von Tumilat*